

# Preußische Allgemeine



Nr. 20 · 19. Mai 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



## Energie aus der Erde

Wie Geothermie einen Beitrag zur Lösung unserer Energieprobleme leisten kann Seite 2



Ausstellung Frankreichs Kaiser Napoleon III. und seine Gärten Seite 11



Heimat Die „Botschaft eines Engels“ grüßt am Elbinger Bahnhof Seite 21

VON WERNER J. PATZELT

Natürlich ist Bremen zu klein, um aus dem dortigen Wahlergebnis Bundestrends ableiten zu können. Doch allgemeine Einsichten lassen sich hier fallstudienartig überprüfen, und zwar ziemlich gut.

Die SPD als klassische Regierungspartei Bremens verbesserte sich um rund fünf Prozentpunkte vom freilich schlechtesten Wahlergebnis, das sie je an der Weser erzielte, auf ihr nunmehr zweit-schlechtestes. Jetzt liegt sie wieder auf dem ersten Platz, obwohl ihr dauerregiertes Land weiterhin die letzten Plätze belegt. Am meisten zu loben ist für das Bremer Wahlergebnis denn auch der populäre SPD-Spitzenkandidat. Gut eigentlich, wie sehr es immer noch auf Persönlichkeit und Persönlichkeiten ankommt!

Die mitregierende Linkspartei verlor nur wenig. Als Erfolg empfindet sie, dass sie diesmal nicht für bundesweite Zerstrittenheit zu büßen hatte. So richtig zufrieden machte sie das aber nicht, denn gewählt wurde im sowieso sehr linken Bremen. Dort gibt es, ganz umgekehrt, für die FDP keine Heimspiele. Noch ein wenig weiter zur nahenden Fünf-Prozent-Schwelle abgesunken, überlebte sie dennoch als Parlamentspartei. Solche Wahl-abende sind für die FDP nichts Unge-wohntes, denn Liberalismus wird in Deutschland allenfalls als Korrektiv nachgefragt. Tatsächlich lässt sich ohne bürgerlichen Koalitionspartner von der FDP allenfalls eine Verhinderung von größeren Übeln in Aussicht stellen. Für die jetzige Ampelpartei ist das freilich nur ein Mau-erblümchen-Argument.

### Grüner Hochmut – und Sinkflug

Die Grünen rutschten um gut fünf Prozentpunkte auf das Niveau der Linken. Mit der Volkspartei von Akademikern und Gutmenschen wird es wohl nichts werden. Hier kam auch noch Hochmut vor dem

Sinkflug. Obendrein machte die grüne Bundespartei, zuständig in Berlin für alles Gute, Wahre und Schöne, ziemlich Schluss mit der Illusion, schöne Wortblasen würden Wirklichkeitsmauern verschieben, nicht aber an ihnen platzen. Doch wenn Pazifisten zu Waffenlieferanten werden und grüne Wirtschaftspolitiker stark energieabhängige Firmen ins Ausland vertreiben, dann sinkt eben die Bereitschaft von Wählern, grüne Ansagen für höhere Weisheit zu halten. Zwar werden grüne Regierungsbeteiligungen noch lange üblich sein, nicht zuletzt in Allparteien-Bündnissen gegen die AfD. Doch ihr Zauber ist verflogen – und nicht nur, weil Lobbyismus und Clanwirtschaft als Teil des grünen Geschäftsmodells ruchbar wurden.

Besonders aufschlussreich ist der Aufstieg der „Bürger in Wut“. Sie errangen fast jede zehnte Wählerstimme. Natürlich profitierten sie davon, dass sich Bremens AfD durch parteiübliche Torheiten selbst aus dem Rennen genommen hatte. Deutlich mehr zusätzliche Stimmen als von ihren bisherigen Wählern erhielten sie nun von jenen, die vor vier Jahren ihr Kreuz bei der AfD gemacht hatten. Obendrein kam gewichtiger weiterer Zuwachs von der CDU. Wieder einmal zeigt sich jenes Zehntel der westdeutschen Wählerschaft, dem die Union zu weit nach links gerückt ist, als dass man sie weiterhin wählen wollte. Im Osten ist das sogar gut ein Viertel.

### PARTEIENLANDSCHAFT

## Grüne Offenbarungen und bürgerliche Perspektiven

Die Landtagswahl in Bremen belegt das Ende des grünen Zaubers – und die anhaltenden Selbstbeschränkungen im liberal-konservativen Lager

Irgendwann werden Grüne und Linke, vielleicht sogar Deutschlands Intellektuelle und Politikwissenschaftler, womöglich doch noch erkennen, dass es nicht reicht, über die regelmäßig guten Wahlergebnisse von Parteien weit rechts der Mitte bestürzt oder entsetzt zu sein. Besser wäre es, die Gründe dafür zu begreifen. Die aber gehen weit über jenen „Rassismus & Faschismus“ hinaus, an dem Deutschlands Linke sich ebenso routiniert wie ergebnislos abarbeiten.

### Die Selbstbeschränkung der CDU

Doch auch für die Union wird es erst noch kommende ostdeutsche Wahldesaster brauchen, bis sie einsieht: Es war politisch höchst ungekonnt, sich mit moralingeschwellter Brust ans Verscheuchen von so vielen Wählern und ans Ausgrenzen jener Partei zu machen, der man eigene Anhänger und Mitglieder einst selbstgefällig zutrieb. Auch in Bremen hat die CDU keineswegs um die rechte Wählerschaft gekämpft. Wie überall wollte man sich anschlussfähig für die Grünen machen – gerade so, als ob diese in der Union mehr sähen als einen Zweitkutscher zur Regierungsmacht, bei dem man nur einsteigt, wenn keine rote Droschke verfügbar ist.

Zwar hat die Union in Bremen nur wenig verloren. Sie liegt aber wieder sehr deutlich hinter der SPD. Weder wurde ihr ein „Regierungsauftrag“ erteilt, noch ergibt sich ihr Wahlergebnis aus einer

„Wechselstimmung“. Eigene Gestaltungsmacht hat sie nicht errungen. Vielmehr müsste sie dankbar sein, wenn die SPD sie anstelle von Grünen und Linken zum Juniorpartner und Mehrheitsbeschaffer kürte. Vielleicht reicht der heutigen Union tatsächlich das Backen so kleiner Brötchen, gnadenhalber verzehrt an der Tafel links von ihr. Dann muss die CDU nur weitermachen wie bisher, kann also noch jahrelang ihr Heil in Vergrünung, Sozialdemokratisierung und dem Bestreben suchen, Journalisten links der Mitte zu gefallen.

Wie anders sähen ihre Chancen aus, hätte sie den in Westdeutschland üblichen Zehnerblock an Wählerstimmen nicht rechten Parteien überlassen, sondern – über einen starken Parteiflügel rechts der Mitte – wie ehemals an sich gebunden! Wie anders wären dann die Anreize für andere Parteien, sich anschlussfähig zu einer weiterhin auf dem politischen Spielfeld dominierenden Union zu machen. Dann entstünden eines Tages auch wieder Alternativen zu rot- und grün-schwarzen Bündnissen. Doch bislang wurde die CDU durch den sich selbst zugefügten Schaden durchaus nicht wieder klug.

Ob ihr das überhaupt gelingen wird, ist ebenso ungewiss wie die Fähigkeit der AfD zur Einsicht, welche großen Gestaltungschancen sie durch Verbalradikalismus und unklare Verfassungstreue vergibt. Warten wir also weiterhin auf politisches Lernen aus solchen Wahlergebnissen.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Die „Heizwende“ macht deutsche Vermieter zu Übernahmekandidaten Seite 7

#### Kultur

Jan Philipp Reemtsma wagt sich an eine Reanimation des „ersten Klassikers“ Wieland Seite 9

#### Das Ostpreußenblatt

Polen sagt sich von „Kaliningrad“ los und kehrt zu „Królewiec“ zurück Seite 13

#### Lebensstil

Mit dem richtigen Dünger und Photovoltaikanlagen im Einsatz für die Pflanzen Seite 21



### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 303909 20  
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Erdwärme** Erst langsam nimmt außerhalb von Bayern die Erkenntnis Fahrt auf, dass hier an einer ernstzunehmenden Energiequelle kräftig vorbeigefördert worden ist

# Grundlastfähig, aber lange missachtet

Geothermie kann rund 30 Prozent der deutschen Wärmeenergie abdecken

VON BERNHARD KNAPSTEIN

**O**ft wird übersehen, dass die von der aktuellen Ampelregierung angestrebte, aber bereits von Angela Merkels CDU eingeleitete Energiewende mit 56 Prozent zu mehr als der Hälfte die Wärmeenergie betrifft, also diejenige Energie, die dazu benötigt wird, um Wohnungen zu beheizen, Schwimmbäder auf Temperatur zu bringen und Arbeitsplätze hinsichtlich der Raumtemperatur nutzbar zu machen. Da Gas, Öl und Braunkohle weichen sollen, müssen Alternativen her. Dabei konzentriert sich die Bundesregierung vor allem auf sogenannte Wärmepumpen. Die darf man sich als Geräte vorstellen, die mittels viel Strom die Umweltwärme aufgreifen und über ein Kühlmittel konzentriert dazu nutzen, um Wasser zu erhitzen. Sinnvoll einsetzbar sind diese Geräte allerdings nur in Kombination mit Photovoltaikanlagen, sonst steigt der Strombedarf ins Unermessliche. Das hat jüngst das Wohnungsunternehmen Vonovia zu spüren bekommen, das seine ganzen Wärmepumpen nicht ans Netz bekommt, weil nicht ausreichend Strom zur Verfügung steht. Die Netze sind ausgelastet.

An Vonovia ist der US-Vermögensverwaltungs-Gigant Blackrock als Großaktionär beteiligt. Der 8,7 Billionen US-Dollar verwaltende Konzern wiederum hat im großen Stil in die grüne Klimaschutzstrategie investiert und steht hinter Lobby-Institutionen wie Agora Energiewende oder der European Climate Foundation. Agoras Ex-Chef Patrick Graichen ist inzwischen Staatssekretär unter Robert Habeck. Doch trotz der dichten Verflechtungen zwischen Blackrock-Kapital und der grünen Energiepolitik bleiben Vonovias Wärmepumpen zunächst vom Netz.

Bei der seit vielen Jahren bereits diskutierten Energiewende haben sich die jetzt in politischer Verantwortung stehenden Grünen vor allem auf Windkraft und Solarenergie sowie auf die Abschaltung der Kernkraftwerke konzentriert. Das rächt sich nun.

## Einfaches Prinzip

Dabei ist ein grundlastfähiger Energieträger über Dekaden übersehen und künstlich in der reinen Forschungsförderung gehalten worden: die Nutzung der tiefen Erdwärme. Dabei ist das Potential erheblich. Nach einer Studie des Umweltbundesamts kann die tiefe Geothermie jähr-

lich etwa 118 Terrawattstunden bereitstellen, die oberflächennahe Geothermie die gleiche Leistung erbringen. Es geht also um rund 240 Terrawattstunden per anno. Mit anderen Worten: Die Geothermie könnte rund 30 Prozent der benötigten Wärmeenergie abdecken – und zwar grundlastfähig.

Das Prinzip der Tiefen Geothermie ist einfach: Das dem Erdmantel nahe und natürlich heiße Grundwasser wird über eine Erdbohrung gefördert, die Wärme über einen Wärmetauscher abgegriffen und das in diesem Wege erkaltete Grundwasser über eine zweite sogenannte Injektionsbohrung auf dasselbe Tiefenniveau wieder versenkt, wo es sich erneut aufgrund der Erdwärme und der natürlichen Radioaktivität im Untergrund erhitzen und zur Förderbohrung fließen kann. Die beiden Bohrungen werden Dubletten genannt. Die Temperatur des Wassers nimmt dabei nur extrem langsam ab. Während beispielsweise ein Windrad nach rund 25 Jahren zurückgebaut werden muss und seine Kohlefaserkomponenten praktisch nicht recycelbar sind und nur mit extremem Energieaufwand verbrannt werden können, kann Erdwärme über Jahrhunderte genutzt werden. Oberirdisch ist nicht

mehr zu sehen als ein Container, in dem sich der Wärmetauscher befindet.

Die Tiefe Geothermie ist vor allem im bayerischen Molassebecken, am Oberrheingraben und im Rotliegenden (Sandstein) des norddeutschen Beckens, das sich über den gesamten norddeutschen Raum erstreckt, wirtschaftlich interessant. Während das nur rund 2000 bis 2500 Meter tiefe, rund 100 Grad heiße Grundwasser des gut durchlässigen Molassebecken-Gesteins, das zu den Alpen hin in die Tiefe abfällt, von der bayrischen Energiewirtschaft bereits nach Kräften erschlossen wird, hängt vor allem Niedersachsen mit den weitaus größeren Potentialen deutlich zurück.

Dass die bisherigen Bundesregierungen, aber eben auch Niedersachsen, sich bislang eher für flächenfressende Photovoltaikanlagen entlang von Autobahnen und die Landschaft verspargelnde Windkraftanlagen begeistern konnten, liegt nach Ansicht von Geologen des Bundesverbands Geothermie (BVG) auch an der Sichtbarkeit. „Was man nicht sehen kann, existiert für die Politik nicht“, äußerte sich etwa BVG-Vizepräsidentin Inga Moeck einmal gegenüber einer niedersächsischen Tageszeitung und fordert endlich einen

massiven Ausbau der Geothermie, um mehr erneuerbare Grundlastenergien zu erschließen.

Ein zweiter Grund für die bisherige Nichtbeachtung der Erdwärme dürften allerdings auch die Kosten zur Erschließung des tiefen Untergrunds sein. So kostet eine sogenannte Geothermie-Dublette in der norddeutschen Tiefebene rund 50 Millionen Euro. Die hier relevanten heißen Grundwasserreservoirs liegen nämlich in einer Tiefe von rund 4500 bis 5000 Metern, sind allerdings auch deutlich heißer.

## Viele Vorteile

Die europäischen Staaten sichern ihre Geothermie-Projekte über Fonds ab. Etwas Vergleichbares ist in Deutschland noch nicht aufgelegt worden. Und erst vor zwei Wochen hat die niedersächsische Landesregierung erstmals überhaupt Fördermittel zur Absicherung des Fündigkeitsrisikos von über sieben Millionen Euro für ein Praxis-Projekt ausgeschüttet. Gefördert wird das Tiefe-Geothermie-Projekt der Heide-Geo GmbH in Münster. Das Unternehmen will mit Energiekonzern Exxon-Mobil die ausgeführte Erdgasbohrung „Munster Südwest Z3“ über-

nehmen. Exxon kann die Bohrung nicht mehr wirtschaftlich sinnvoll nutzen, da 147 Grad heißes Wasser in die Bohrung einschneidet. Erdgasförderer sprechen dabei auch vom „Absaufen“ der Bohrung, von der man sich vor allem trockenes Gas erhoffte. Das heiße Wasser ist also genau derjenige Kippunkt, an dem Erdgasförderer sich zurückziehen, die Bohrung aber interessant wird für eine geothermische Nachnutzung. Bekannt ist das Potential bereits seit 2008. Und 2014 hatte der niedersächsische Landtag gar in einer einstimmig beschlossenen Resolution das Munsteraner Projekt als Pilotprojekt von bundesweiter Bedeutung erkoren. Eine einzige Dublette soll laut Stadtwerke Munster-Bispingen zwischen 4000 und 5000 Haushalte mit günstiger Wärme versorgen können. Auch wenn die Landesregierung noch von Fündigkeitsrisiken spricht, sind die Daten bereits jetzt exzellent, denn das heiße Wasser schießt mit rund 40 Litern je Sekunde in die Bohrung ein, obwohl das eigentliche Grundwasserniveau noch gar nicht erreicht ist und in weiteren 50 Metern Tiefe erwartet wird. Der rote Sandstein ist zudem unter Muns-ter gut durchlässig, sodass auch auf Fracking verzichtet werden kann, um das Wasser zwischen den beiden Bohrungen zum Fließen zu bringen.

Zusätzliches Bonbon für den Betreiber: Seit einiger Zeit ist bekannt, dass das dortige Lagerstättenwasser Lithium in hoher Konzentration führt, das ebenfalls gefördert werden könnte. Doch bis es so weit ist, dass Deutschland den Werkstoff selbst fördert, wird wohl noch weiterhin das Lithium in Südamerika oberirdisch abgebaut, wo ganze Landschaften bereits verwüstet und unfruchtbar geworden sind.

Der Reiz einer Nachnutzung vorhandener Bohrungen liegt zudem auch darin, dass die geologischen und hydrologischen Daten über den Erdgasförderer bereits vorliegen und die millionenschweren Kosten für die erste der beiden notwendigen Bohrungen einer Geothermie-Dublette eingespart werden können. Geologen schätzen, dass von den rund 2000 in Niedersachsen vorhandenen Bohrungen zehn Prozent nachgenutzt werden können. Doch selbst geringere Bohrungen, man spricht auch von Abteufungen, sind wirtschaftlich nutzbar.

Erst langsam nimmt außerhalb von Bayern die Erkenntnis Fahrt auf, dass hier an einer ernstzunehmenden Energiequelle kräftig vorbeigefördert worden ist.



Im Gegensatz zu Windkraft- und Photovoltaikanlagen ziemlich dezent: Erste Geothermieanlage der Stadtwerke München (SWM) in München-Riem  
Foto: SWM/Thomas Einberger

## GEOTHERMIE

# Was Kritiker noch ins Feld führen

Die letzten Argumente der Gegner gegen die Nutzung der tiefen Erdwärme schwinden

Die Tiefe Geothermie hat nur noch wenige Kritiker, dennoch ist es gut, auch deren Argumente zu kennen. So werden vor allem von der Bohrung selbst ausgehende Gefahren ins Feld geführt. Die Lernkurve der Bohringenieure ist allerdings inzwischen so gut, dass bebenfreies, hydraulisches Stimulieren des Untergrunds (Fracking) technisch machbar ist, wie die Geologin Inga Moeck erst vor Kurzem im bayrischen Wolfratshausen hat nachweisen können.

Argumentiert wird zudem mit der These, mit dem Fördern des heißen La-

gerstättenwassers würde der Druck im Untergrund abnehmen und dies würde zu Absenkungen und Beben führen. Das ist deshalb nicht der Fall, da mit der Reinjektion des abgekühlten Lagerstättenwassers im geschlossenen Kreislauf auf das ursprüngliche Niveau im Rahmen der Dublettenbohrung der Druck im Untergrund gleichbleibend ist.

Als dritter Kritikpunkt wird außerdem auf eine theoretisch mögliche Vermischung des giftigen Lagerstättenwassers mit trinkbarem Grundwasser verwiesen. Altersbedingt kann jede Bohrung

und jeder Trinkwasserbrunnen abgängig sein. Und in der Tat gab es in Emlichheim, wo Wintershall-Dea eine alte Einpressbohrung betreibt, eine Leckage in der betagten Bohrung, aus der zwischen 2014 und 2018 bis zu 220.000 Kubikmeter Lagerstättenwasser in den Untergrund ausgetreten sein könnten.

## Sträfliche Nachlässigkeit

Doch das Unternehmen hat die Intaktheit der Bohrung nicht regelmäßig überprüft, mithin sträfliche Nachlässigkeit an den Tag gelegt. Grundwasser war durch die

Leckage im Übrigen nicht betroffen, da sich die Trinkwasserreservoirs einige hundert Meter oberhalb des Lecks befinden. Bohrungen werden inzwischen auf Höhe von Trinkwasserreservoirs mit mehreren Ummantelungen abgesichert, die Sicherheit der Bohrungen regelmäßig mit sensiblem Gerät überprüft. Soweit die Standards eingehalten werden, sind Risse in den Bohrungen leicht feststellbar. Hinzukommt, dass bei einer reinen Einpressbohrung der Druck zunehmend ansteigt. Das ist bei einem Kreislaufsystem nicht der Fall.

Nicht zuletzt stören sich Naturschutzverbände an Additiven, die dem erkalteten Lagerstättenwasser zugeführt werden. Die Chemikalien gehörten nicht in den Untergrund. Die Additive sind dosierte Zusätze, um Ablagerungen in der Injektionsbohrung und im Untergrund zu verhindern. Ohne Additive in dem ohnehin giftigen Lagerstättenwasser müsste indessen mit Verschlüssen im Untergrund gerechnet werden, was wiederum Fracking nach sich ziehen würde. Daher akzeptieren sogar Grüne inzwischen die Nutzung von Additiven. B.K.

# Wenn der Kapitalismus „woke“ wird

Egal, ob Gender-Politik oder „Klimaschutz“ – in immer mehr Bereichen gehen das Kapital und der Nonprofit-Bereich eine unheilvolle Allianz ein und zwingen der Gesellschaft ihre Wertvorstellungen auf. Widerspruch ist nicht mehr erlaubt

VON JOSEF KRAUS

**E**in neues Phänomen geht in der westlichen Welt: Es heißt „woker“ (aufgeweckter) Kapitalismus. Erstmals verwendet wurde dieser Begriff 2018 von Ross Douhat in einer Kolumne in der „New York Times“ – überschrieben mit „The rise of woke capital“.

Mit Kapitalismus ist hier nicht mehr das Wirtschaften des ehrbaren Kaufmanns und des gewinnorientierten familiengeführten Mittelstandsbetriebs gemeint, auch nicht der Kapitalismus von Anteilseignern („Shareholder Value“). Nein, all dies wurde abgelöst von einem öko-, klima-, gender- und diversitätsgerechten, schier missionarischen „Stakeholder Value“-Kapitalismus politisch motivierter Interessengruppen, die sich in „globaler Verantwortung“ fühlen. Und die eine Fusion von „Big Business“ und „Öko-/Queer-Sozialismus“ vorantreiben.

Die Verfechter dieses Kurses geben sich verantwortlich für eine grenzenlose Welt, die sich den drei ESG-Prinzipien („Environmental, Social and Governance“ – Umwelt, Soziales und gute Unternehmensführung) verpflichtet fühlt. Dahinter stehen nicht mehr die Eigentümer vergangener Zeiten, sondern hochdotierte, angestellte Manager, die in hohen Milliardendimensionen mit den Anlagen großer Fonds und kleiner Leute jonglieren. Dabei verpassen sie beteiligten Firmen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), ja selbst Regierungen auf schier totalitäre Weise eine Haltung, die man durchaus als neuen Kulturmarxismus bezeichnen kann.

Identitätspolitik ist angesagt. Das heißt: Jeder Einzelne, jede Community kann sich mit Anspruch auf allseitige Akzeptanz selbst erschaffen und definieren. „Autopoiesis“ nennt man das auch: Man definiert sich – für andere verbindlich – zum Beispiel als „queer“, divers, endlos tolerant und zugleich repressiv intolerant gegen Andersdenkende. Investoren, milliardenschwere sogenannte Philanthropen, Staaten, Think Tanks und NGOs verfilzen monetär und personell miteinander.

## „Woker“ Kapitalismus im Alltag

Werden wir konkret, ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Die Drogeriekette DM produziert Podcasts „gegen Alltagsrassismus“, der Lebensmitteldiscounter REWE hisst nicht nur zum Christopher-Street Day die Regenbogenfahne. In immer mehr Prospekten von Kosmetikherstellern und selbst von Discountern wie Aldi, Norma, Netto und Lidl tauchen schwarze Models auf. Während altherwürdige Apotheken und Hotels den „Mohr“ aus ihrem Namen streichen sollen, scheint es ohne „PoC“ (People of Colour = farbige Menschen) nicht mehr zu gehen.

Die Deutsche Bahn AG stellte 2021 einen Regenbogen-ICE in Dienst und dichtete: „Wir sind Vielfalt! Wir lieben es bunt!“ Mit dem „Railbow-ICE“ könne man sofort que(e)r durch ganz Deutschland fahren. Die Lufthansa begrüßt unterdes ihre Passagiere mit „Liebe Gäste“ statt mit „Damen und Herren“, damit sich kein(e) Diverse(r) diskriminiert fühlt. Die VW-Tochter Audi spricht ihre Mitarbeiter und Kunden seit 2021 mit „Audianer\_innen“ an und leistet sich eine „Diversitätsmanagerin“ ganz oben in der Firmenleitung.

Volkswagen und Mercedes wiederum erziehen ihre Belegschaften auch umweltschonend. VW hat am Hauptsitz in Wolfsburg im Sommer 2021 die Currywurst, ja alle Fleischgerichte von der Speisekarte der Werkskantine gestrichen. Begründung: Nachhaltigkeit! Mercedes will in seinen Kantinen seit Anfang 2022 die CO<sub>2</sub>-Bilanz verbessern, zum Beispiel durch vegane Kost. Und Energiekonzerne verdonnern ihre „Mitarbeitenden“ zu „Compliance“-Seminaren, in denen den Teilnehmern „Wokeness“ eingetrichtert wird.



Strippenzieher im Hintergrund: Selbsternannte „Philanthropen“ wie der Brite Chris Hohn gehören zu den Gründern und Geldgebern von Stiftungen und radikalen Bewegungen wie „Extinction Rebellion“

Foto: ddp

Dass dieses Phänomen nicht auf Deutschland beschränkt ist, zeigen die Beispiele global agierender Konzerne. 2021 benannte der „Mars“-Konzern „Uncle Ben's“-Reis in „Ben's Original“ um und tilgte zugleich das Portrait des afroamerikanischen Onkels Ben. Mit diesem Schritt, so „Mars“, solle „Inklusion und Gleichberechtigung“ gefördert werden. Der Sportartikelkonzern Nike warb mit einer Trans-Influencerfrau als „Botschafter(in)“ für Sport-BH und Damen-Leggings. Bei den Kunden kam dies jedoch nicht gut an. Ebenso wie die Kampagne des US-Budweiser-Braukonzerns, der zu Werbezwecken ein Transgender-Modell (siehe PAZ vom 7. Mai) anheuerte, das sich auf TikTok als „Girl“ inszeniert. Nach gewaltigen Einbrüchen im Umsatz und einem sinkenden Aktienkurs sah sich das Unternehmen zu einer Kehrtwende gezwungen. Man bedauert, die Gesellschaft „gespalten zu haben“, und wolle doch lieber alle „bei einem Bier vereinen“. Auch „Disney“ ist mit von der Partie. Schon seit mehreren Jahren heißt es in den Freizeitparks nicht mehr „Welcome ladies and gentlemen, boys and girls“, sondern gender-neutral „Dreamers of all Ages“ (Träumer aller Altersgruppen).

## Green- und Queer-Washing

Diese und andere Beispiele zeigen: Hier findet eine überwiegend leise, aber nachhaltige Gehirnwäsche statt – qua „green“- und „queer-washing“. Der Kunde ist mittels hypnotisierender Dauerberieselung eingelullt. Er ist als Wirtschaftsbürger entmündigt, weil er den Tricks der Propaganda ausgeliefert ist und mit der Zeit gar nicht mehr weiß, wo er überhaupt noch einkaufen kann, ohne einer gesellschaftspolitischen „Message“ aufzusitzen. Oder aber er kauft zur eigenen Gewissensberuhigung mit einem „diversen“ Produkt gleich ein solches Image dazu. So wie er früher mit einer bestimmten Zigarettenmarke das Gefühl von Männlichkeit erwarb. Hinter all den Propaganda- und Erziehungsmaßnahmen stehen machtvolle Plattformen wie Google, Wikipedia und Facebook, die obendrein Einträge, die „woken“ Kriterien widersprechen, gern sperren, löschen oder zumindest deren Reichweite einschränken.

Ein Netz an milliardenschweren Entscheidungen, deren Einfluss selbst die Reichweite der

Regierungen großer Staaten übertrifft, kommt hinzu. Dazu gehören unter anderem Multimilliardäre wie Warren Buffet und Bill Gates, die seit 2010 mit rund 150 weiteren Mitgliedern den Zirkel „The Giving Pledge“ (Deutsch etwa: das Spendenversprechen) bilden. Das Versprechen („pledge“) besagt, eigene Gewinne wohlätig und quasi in die Rettung der Welt zu investieren. Mit passender medialer Begleitung versteht sich. Allein die Gates-Stiftung verfügt mittlerweile über 70 Milliarden US-Dollar. Von denen gingen zuletzt über 300 Millionen an Medienhäuser wie CNN, NBC, „The Atlantic“, BBC, „The Guardian“, „Financial Times“, „Daily Telegraph“, „Le Monde“, „El País“ und „Der Spiegel“ (der allein 5,4 Millionen Euro erhielt). Der schöne Nebeneffekt dieser Gabe ist, dass von den genannten Medien kein kritisches Wort mehr über die Spender zu erwarten ist.

Wie schnell aus vermeintlich edlen Motiven harter Druck entsteht, zeigt die US-Technologiebörse Nasdaq. Diese verlangt inzwischen „Diversity“-Quoten bei den von ihr gelisteten Unternehmen, mit dem Ergebnis, dass das Investmenthaus Goldman Sachs keine Börsengänge von Unternehmen mehr durchführt, in deren Vorständen ausschließlich weiße Männer sitzen. Die Silicon Valley Bank spendete an die Bewegung „Black Lives Matter“ (BLM) 73 Millionen US-Dollar, ging später aber pleite. Auch andere Geldhäuser wie Morgan Stanley oder die Citibank spenden gern an linke Lobbyvereine.

## Die Verbindung zur Energiewende

Eine ganz eigene Rolle spielen die großen US-Vermögensverwalter. BlackRock, seit 1999 an der Börse notiert (8,6 Billionen US-Dollar Vermögen), gehört dazu. Ebenso Vanguard und die State Street Corporation. Diese investieren seit einiger Zeit in Europa gezielt in eine „Klima-Planwirtschaft“ (in China übrigens in Öl). Neben der Beteiligung an weltweit insgesamt 18.000 Unternehmen (in Deutschland allein etwa 40 DAX-Konzerne) gehört dazu auch die Förderung von Nichtregierungsorganisationen, um im politischen und vopolitischen Raum ein optimales Umfeld zu schaffen.

Damit sind wir in Robert Habecks „grünem“ (Vettern-)Wirtschaftsministerium an-

Man definiert sich – für andere verbindlich – zum Beispiel als „queer“, divers, endlos tolerant und zugleich repressiv intolerant gegen Andersdenkende

gekommen. Dort zieht ein beamteter Staatssekretär namens Patrick Graichen die Fäden zwischen Öko-Lobby und Staatsapparat. Graichen war von 2014 bis zum Regierungswechsel 2021 Geschäftsführer von „Agora Energiewende“, die 2012 von der Mercator-Stiftung und der European Climate Foundation ins Leben gerufen wurde. Graichen ist nicht nur gut vernetzt, sondern auch gut verwandt und verschwägert – sowohl innerhalb seines Ministeriums als auch der Öko-NGOs: zum Beispiel mit Schwester Verena, Bruder Jakob, Schwager und Parlamentarischem Staatssekretär Michael Kellner.

Noch ein anderer Name spielt eine Rolle: Bernhard Lorentz, unter anderem Mitgründer der „Stiftung Klimaneutralität“, Gründungsgeschäftsführer der Hertie School of Governance, Mitgründer des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change und nun Leiter der Nachhaltigkeitsabteilung bei Deloitte, der umsatzstärksten Management-Beratung der Welt.

Heutiger Direktor der „Stiftung Klimaneutralität“ ist Rainer Baake, einst unter anderem Staatssekretär bei den „grünen“ Umweltministern Fischer und Trittin sowie später bei Bundeswirtschaftsminister Gabriel (SPD). Stellvertretender Vorsitzender des Beirats der „Stiftung Klimaneutralität“ ist ein Strippenzieher, den die „Zeit“ einmal „den mächtigsten Grünen der Welt“ nannte: Hal Harvey.

## Grüne Netzwerke

Wenn es um Millionen geht, ist dieser milliardenschwere Investor als Präsident der „Climate Imperative Foundation“ die Spinne im Netz. Geld hat er, ist seine 2008 gegründete „ClimateWorks Foundation“ doch mit 500 Millionen US-Dollar der Hewlett-Stiftung ausgestattet. Harvey ist Mitinitiator mehrerer weiterer NGOs wie eben der „European Climate Foundation“, der „Agora Energiewende“ und der „Stiftung Klimaneutralität“. Geld kommt außerdem vom britischen Milliardinvestor Christopher Hohn über die „Children Investment Fund Foundation“. Hohn finanziert auch die radikale Klimabewegung „Extinction Rebellion“.

Geld kommt zudem von dem kanadischen Milliardär John McBain, der zum Club „The Giving Pledge“ von Gates und Buffet gehört. Geld fließt außerdem aus der „Mercator Stiftung“, die 15,7 Prozent des Vermögens der Metro-Gruppe (Familie Schmidt-Ruthenbeck) verwaltet. Diese Stiftung förderte 1992 bereits die Gründung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, sie bringt nun für 2024 bis 2029 7,5 Millionen Euro in die „Agora“ ein, namentlich in das Projekt „Agora Verkehrswende III“.

Zurück ins Investmentgeschäft: Unlängst verkaufte der führende deutsche Wärmepumpenhersteller Viessmann aus Hessen seine entsprechende Sparte für zwölf Milliarden an den US-Konzern „Carrier Global“. „Carrier Global“ wiederum gehört zu 86 Prozent BlackRock und Vanguard. Über ein Schlupfloch im Steuersystem muss Viessmann die zwölf Milliarden nur mit einem Satz von 1,5 Prozent versteuern. Die Kreise schließen sich, Goldgräberstimmung allenthalben.

Im Ganzen erinnert das Amigo-Öko-System an den Begriff des „Milliardärsozialismus“ von Oswald Spengler. Der 1936 verstorbene Philosoph hatte diesen Begriff einst geprägt. Er prognostizierte damit das Ende der europäischen Kultur in einer wachsenden Tyrannei technokratisch operierender Regierungen, obwohl er von der Allianz globaler Konzerne und den von ihnen geförderten NGOs noch gar nichts wissen konnte. Doch egal, wie man die Entwicklung auch nennen mag: Der „woke“ Kapitalismus, das Zusammenspiel aus Kapital und Nonprofit-Sektor unterminiert nicht nur den klassischen Kapitalismus samt Marktwirtschaft, sondern auch die Demokratie.

## ● MELDUNGEN

## Deutschlands Müllhauptstadt

**Berlin** – Bei einer Befragung unter Nutzern des Nachrichtenportals t-online schnitt die deutsche Hauptstadt als schmutzigste Großstadt Deutschlands ab. Fast jeder zweite der mehr als 25.000 Teilnehmer der Umfrage gab an, dass er Berlin für die dreckigste Großstadt des Landes halte. Mit großem Abstand folgten die allesamt westdeutschen Städte Duisburg, Köln, Frankfurt am Main und Dortmund. Laut dieser Wertung befinden sich drei der fünf dreckigsten Städte in Nordrhein-Westfalen. Die in Berlin geführte Debatte um den Umgang mit den Müllbergen in den Parks ist inzwischen um eine bemerkenswerte Idee bereichert worden. Clara Hermann, grüne Bürgermeisterin des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, erklärte, dass nicht zu wenig Abfallbehälter in den Parks das Problem darstellten, sondern zu viel Plastik. Als Lösung forderte Hermann gegenüber dem „Tagesspiegel“ ein Verbot für Plastik- und Einwegverpackungen. *H.M.*

## Mohammed auf Nummer 1

**Berlin** – Mohammed war im vergangenen Jahr in Berlin der beliebteste Erstname für neugeborene Jungen. Der Name Noah, bislang Spitzenreiter, rutschte auf Platz zwei ab. Wie aus der neuen Liste der häufigsten Erstnamen der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfDS) weiter hervorgeht, landete Adam auf Rang drei. Bei den Mädchennamen war in Berlin Sophia am beliebtesten, gefolgt von Emilia und Emma. Im Nachbarbundesland Brandenburg waren die beliebtesten Vornamen für Neugeborene Emil und Mia. Auf den Plätzen 2 und 3 landeten bei den Jungennamen Finn und Oskar. Bei den Mädchennamen waren es Charlotte und Hanna. Als bundesweit beliebteste Vornamen ermittelte die Gesellschaft für deutsche Sprache Noah und Emilia. *H.M.*

## Plädoyer für Fleischkonsum

**Champaign (Illinois)** – Eine aus Dutzenden Wissenschaftlern bestehende Gruppe von Ernährungsexperten hat im Fachblatt „Animal Frontiers“ scharfe Kritik an den Bemühungen geübt, Menschen aus Gründen des „Klimaschutzes“ zu vegetarischen oder gar veganen Ernährungsformen zu nötigen. Fleisch ermögliche die Aufnahme von Vitamin B12, spiele eine wichtige Rolle bei der Versorgung mit Retinol, Omega-3-Fettsäuren und Mineralstoffen wie Eisen und Zink und enthalte essentielle Verbindungen für den Stoffwechsel wie Taurin und Kreatin. Deshalb gebe es in Populationen mit sehr geringem Fleischkonsum auch zahlreiche Mangelkrankungen, darunter Anämie und Zwergwuchs. Alternative vegane oder vegetarische Produkte könnten den Nährstoffbedarf nur unzureichend decken, was den Rückgriff auf eine Reihe von Nahrungsergänzungsmitteln erfordere. Diese seien aber in der Summe nur für die relativ wohlhabenden Menschen in der „Ersten Welt“ erschwinglich. *W.K.*



Stellen die aktuelle Kriminalitätsstatistik vor: Holger Münch und Nancy Faeser

Foto: imago/Jürgen Heinrich

## KRIMINALITÄT

## Das BKA blickt nach rechts

Bundeskriminalamt legt Jahresbericht 2022 vor – Anstieg der Straftaten

VON PETER ENTINGER

**A**ls parteiloser Staatsrat beim sozialdemokratischen Innenminister Bremens hat sich Holger Münch einen Namen als eifriger Kämpfer gegen Rechts gemacht. Seit 2014 steht der frühere Polizeibeamte an der Spitze des Bundeskriminalamts. Und bei der jährlichen Präsentation der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) erklärt der BKA-Chef in schöner Regelmäßigkeit, dass die größte Bedrohung der bundesdeutschen Demokratie aus dem rechten Spektrum komme.

Das war in der vergangenen Woche nicht anders, als Münch gemeinsam mit Innenministerin Nancy Faeser vor die Hauptstadtpresse in Berlin trat. „Im Jahr 2022 war abermals ein neuer Höchststand der Fallzahlen der Politisch moti-

vierten Kriminalität zu verzeichnen. In Teilen der Bevölkerung bestehen zudem Radikalisierungstendenzen. Diese Entwicklungen, insbesondere in den Bereichen der Politisch motivierten Kriminalität von Rechts und der Hasskriminalität, sind sehr ernst zu nehmen“, sagte Münch.

Doch ein genauer Blick auf die Zahlen zeigt ein differenzierteres Bild. Denn „Rechte“ können Straftaten begehen, die Linke nicht zugerechnet werden. Im Bereich der PMK entfallen rund 27 Prozent auf sogenannte Propagandadelikte. Allerdings macht dieser Anteil bei den rechten Straftaten gut 60 Prozent aus. Dabei handelt es sich vor allem um Verstöße gegen Paragraph 86 des Strafgesetzbuches, der das Verwenden von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen unter Strafe stellt.

Und hier liegt der Teufel sprichwörtlich im Detail. Denn eine Hakenkreuzschmiere an einer AfD-Geschäftsstelle wird in aller Regel als rechte Straftat verbucht, wobei sie von linken Tätern begangen wurde. Ähnlich verhält es sich mit Blick auf Beleidigungen. Auch hier ist der Anteil der Vorfälle, die dem rechten Spektrum zugeordnet werden, überproportional groß. „Der Begriff der extremistischen Kriminalität orientiert sich am Extremismusbegriff der Verfassungsschutzgesetze des Bundes und der Länder und dazu vorhandener Rechtsprechung“, heißt es dazu in einer Stellungnahme des BKA.

**Straftat als von Rechts verbucht, obwohl von Links verübt**

Dass es einen gewaltaffinen, rechten Bodensatz gibt, steht dabei außer Frage. 41 Prozent aller Opfer von Gewalttaten

wurden von Tätern aus dem rechten Milieu verletzt. Die Zahl der Straftaten gegen Asylsucher nahm um neun Prozent zu, die der Gewaltdelikte um 22 Prozent. Zudem stieg der Anteil von Sachbeschädigungen gegen Asylbewerber-Unterkünfte stark an.

Innenministerin Faeser gab an diesem Anstieg der AfD eine Mitschuld: „Aus Worten werden Taten.“ Einen Beleg für ihre These lieferte sie allerdings nicht. Im linken Spektrum sanken dagegen die Zahlen im Vergleich zum Vorjahr um 31 Prozent auf 6976 Delikte. Hier ging es zumeist um Sachbeschädigungen (3545), in 842 Fällen aber auch um Gewalttaten und in 588 um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz. Münch wies aber darauf hin, dass die einzelnen Straftaten „durchaus heftig seien und professioneller und persönlich werden“.

Die neue Daten-Sammlung des BKA bietet durchaus andere interessante Erkenntnisse. Die Politisch motivierte Kriminalität in Deutschland kletterte mit 58.916 Delikten im Jahr 2022 auf einen Höchststand seit Einführung der Statistik 2001. Faeser und Münch erklärten diesen Anstieg mit Straftaten bei den Corona- und Klimaprotesten oder als Reaktionen auf den Ukrainekrieg. Ein Blick auf die Statistik zeigt die erstaunliche Tatsache, dass der größte Teil der Straftaten als „nicht zuzuordnen“ kategorisiert wurde.

**Überwiegende Zahl der Fälle „nicht zuzuordnen“**

Darunter fallen beispielsweise die immer militanter werdenden Klimaproteste, die nur bei „eindeutiger Beweislage“ im linken Sektor verbucht werden, aber auch Vorfälle aus der Reichsbürgerszene. Bei den Corona-Protessen tut man sich ebenfalls mit einer Einordnung schwer. Immerhin teilt das BKA mit, dass es sich bei den in diesem Rahmen begangenen Straftaten nicht zwangsläufig um rechte Delikte handele.

Der Anstieg von 70 Prozent bei den sogenannten Klimaprotesten überrascht vor allem unter dem Aspekt, dass Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang der Szene kürzlich noch einen Persilschein ausstellte, indem er sie für nicht verfassungsfeindlich erklärte. Einen starken Anstieg gab es auch bei den politisch motivierten Straftaten mit Auslandsbezug. Diesen sehen die Behörden fast ausschließlich im Ukrainekonflikt begründet. Doch auch diese Statistik ist mit Vorsicht zu genießen. Denn bereits das Zeigen des Buchstaben „Z“ wird als entsprechende Straftat aufgeführt. Das „Z“ gilt als Symbol für den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine.

## BREMER BÜRGERSCHAFTSWAHL

## Noch mehr als die SPD legten die Bürger in Wut zu

Die Stimmengewinne der Protestpartei kamen aus dem Lager der AfD, der CDU und der Nichtwähler

Erleichterung bei den Sozialdemokraten, Liberalen und Linken, Ernüchterung bei CDU wie Grünen und möglicherweise ein neuer Faktor in der politischen Landschaft. Die Bürgerschaftswahl in Bremen und Bremerhaven brachte eine Menge Erkenntnisse. Fest steht nach der Wahl, deren finale Auszählung sich aufgrund des komplizierten Wahlrechts bis in die Wochenmitte hineinzieht, dass der sozialdemokratische Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Andreas Bovenschulte, mit rund 30 Prozent weiter regieren kann. Ober er dies wie bisher mit einem rot-rot-grünen Bündnis tun oder der CDU die Rolle des Juniorpartners anbieten wird, ließ er am Wahlabend noch offen.

Die Union hatte auf 30 Prozent gehofft, es wurden fünf Prozentpunkte weniger. Für Spitzenkandidat Frank Imhoff wäre eine Koalition mit der SPD eine Option. Dementsprechend präsentierte sich

der Landwirt am Wahlabend mit einem optimistischen Dauergrinsen. Das war auch bei der Linkspartei zu sehen, die mit etwas mehr als elf Prozent gegen den Bundestrend ein erstaunlich gutes Ergebnis einfuhr. Während bei der FDP die Freude über den knappen Einzug überwog, herrschte bei den Grünen Katzenjammer. Die Öko-Partei verlor 5,4 Prozentpunkte und landete nur knapp vor den Linken auf Platz 3.

Viele Augen richteten sich am Wahlabend auf Jan Timke. Bisher galt der frühere Beamte des Bundeskriminalamtes im politischen Bremen als Exot. Seit 2007 schaffte es der heute 52-Jährige bereits viermal, über den Umweg Bremerhaven in die Bürgerschaft einzuziehen. Aufgrund des Bremer Wahlrechts werden beide Stimmbezirke getrennt gewertet. Im Stadtgebiet Bremen spielte seine Wählervereinigung „Bürger in Wut“ (BIW) bisher keine Rolle, auch wenn in

der Vergangenheit bereits Abgeordnete der Alternative für Deutschland während einer Legislaturperiode zu seinen Bürgern in Wut stießen. Diesmal profitierte Timkes Truppe davon, dass die in Bremen heillos zerstrittene AfD zwei konkurrierende Listen einreichte, von denen am Ende keine zugelassen wurde. Die AfD hat angekündigt, das Wahlergebnis anzufechten zu wollen. Die Erfolgsaussichten werden aber eher als gering bewertet.

Ohne rechte Konkurrenz vervielfachten die Bürger in Wut ihr Ergebnis und lagen zu Wochenbeginn bei 9,7 Prozent. In Bremen schafften sie den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde mit sieben bis acht Prozent locker und in ihrer Hochburg Bremerhaven wurden sie mit 22,7 Prozent zweitstärkste Kraft hinter der SPD. In einzelnen Stimmbezirken im Norden der krisengeschüttelten Hafenstadt kamen die BIW sogar zu Ergebnissen von rund 30 Prozent.

Aufschlussreich ist ein Vergleich mit den Ergebnissen der letzten Wahl 2019. Damals bekamen die BIW 7,4 Prozent und die AfD 9,1 Prozent, beide zusammen also 16,5 Prozent und damit über sieben Prozentpunkte weniger als jetzt die BIW alleine. Laut Timke ist rund die Hälfte der Stimmen nicht aus dem AfD-Lager gekommen. 54 Prozent wählten gemäß einer Umfrage die BIW, weil die AfD dieses Mal nicht gewählt werden konnte. Mehrere tausend Stimmen nahmen die BIW der CDU ab, und aus dem Lager der bisherigen Nichtwähler bediente sich die Partei auch. „Wir waren das Sammelbecken für Unzufriedene“, sagte Timke.

Die BIW wollen nun nach der Wahl direkt im Bündnis Deutschland aufgehen, einer AfD-Abspaltung mit bundespolitischem Anspruch. „Wir werden Bremen als Startschuss nehmen für die bundesweite Ausweitung der Partei“, erklärte Timke. *P.E.*

## MEDIEN UND POLITIK

# Unschuldsvermutung? Nur wenn's passt!

Brandenburger Jugendliche wurden ohne Beweise als Rassisten bundesweit an den Pranger gestellt

VON HERMANN MÜLLER

Nachdem es in Berlin an Silvester zu Krawallen und Angriffen auf Einsatzkräfte gekommen war, hatte der Antirassismus-Beauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan (SPD), vor einem Generalverdacht gegen Immigranten gewarnt: „Wer jetzt mit Generalverdacht gegenüber Menschen mit Einwanderungsgeschichte reagiert, trägt zur weiteren Stigmatisierung und Spaltung unserer Gesellschaft bei, statt die sozialen Ursachen des Problems zu bekämpfen“, so Alabali-Radovan im Januar.

Tatsächlich neigen viele Medien und auch Politiker nicht nur zu voreiligen Pauschalurteilen, wenn Ausländer als Tatverdächtige gelten. Noch weit auffälliger zeigen Medien und Politik eine Tendenz zu schnellen Bewertungen, wenn sich scheinbar die Behauptung untermauern lässt, im Land grassiere ein massives Rechtsextremismusproblem. Wie im Fall „Sebnitz“ kann die Berichterstattung dabei auch schon mal als Medienskandal enden: Im Jahr 2000 hatte zunächst die „Bild“-Zeitung berichtet, Rechtsextreme hätten im Schwimmbad der ostsächsischen Stadt ein sechsjähriges Kind so lange gequält, bis es ertrank.

## Nicht der erste Schnellschuss

Die Vorwürfe stellten sich später als haltlos heraus. Zumindest bei einem Teil der Öffentlichkeit dürfte sich trotzdem das Bild vom „rechtsradikalen Osten“ weiter verfestigt haben. Zur Erinnerung: Im Jahr 2015 musste sich Stanislaw Tillich (CDU), der damalige Regierungschef des Freistaats, im Interview mit „Bild“ die Frage bieten lassen: „Warum ist Sachsen so braun?“ Dementsprechend fielen auch die ersten Reaktionen aus, als der Sänger Gil Ofarim 2021 zwei Mitarbeiter eines Leipziger Hotels beschuldigte, diese hätten ihn antisemitisch beleidigt. Der damalige Außenminister Heiko Maas (SPD) zeigte sich „fassungslos“ und befand, Leipzig sei „kein Einzelfall“. Die Staatsanwaltschaft Leipzig prüfte die Antisemitismusschwärze monatelang und kam schließlich zu dem Ergebnis: Der von dem Musiker beschriebene antisemitische Vorfall hat sich gar nicht ereignet.



Ort des vermeintlichen Übergriffs: Eingang zur Ferienanlage im märkischen Heidesee

Foto: pa

In besonders extremer Form sind solche Reaktionen wieder nach einem angeblichen Vorfall in Brandenburg zu registrieren. Zuerst hatte die „Bild“-Zeitung am 8. Mai berichtet, dass Schüler einer 10. Klasse aus Berlin-Kreuzberg in einer Ferienanlage in Heidesee im märkischen Landkreis Dahme-Spreewald nahe Berlin von teils verummten Jugendlichen rassistisch beleidigt und bedroht worden seien.

Die Berliner Schüler, überwiegend mit Immigrationshintergrund, hätten daraufhin noch nachts unter Polizeischutz aus dem Ferienlager eskortiert werden müssen. Bundesweit folgten Schlagzeilen wie „Rassistischer Angriff in Brandenburg“. Komplette Unterblieb es in der Berichterstattung, die unter Verdacht stehenden Brandenburger zu Wort kommen zu lassen. Einige Medien merkten immerhin an, die Polizei müsse noch weitere Befragungen der Jugendlichen durchführen.

Noch am Tag der ersten Presseberichte hat der Bundestagsabgeordnete Steffen

Kotré (AfD), der im Oktober in Dahme-Spreewald für das Amt des Landrats kandidiert, das Gespräch mit den beschuldigten Jugendlichen gesucht. Diese berichteten von einem verbalen Schlagabtausch, an dem beide Seiten beteiligt gewesen seien. Nach ihrer Darstellung ist es dabei aber von keiner Seite der Konfliktparteien zu körperlicher Gewalt gekommen.

Laut den Brandenburger Jugendlichen ist ihnen aus den Reihen der Kreuzberger Schüler allerdings angedroht worden: „Kommt nach Berlin, dann stechen wir euch ab!“ Sollten die weiteren Ermittlungen durch die Polizei diese Darstellung bestätigen, dann hat es sich um einen Streit zwischen Jugendlichen gehandelt, der in der Millionenstadt Berlin vermutlich des Öfteren vorkommt.

## Faeser nannte es „schrecklich“

Trotz des Medienskandals um die Kleinstadt Sebnitz und der Wendung im Fall Gil Ofarim widerstanden Politiker auch in diesem Fall nicht der Versuchung, noch vor Abschluss der Ermittlungen das Ge-

schehen politisch einzuordnen. Mit Blick auf den Vorfall im brandenburgischen Ferienlager sprach Bundesinnenministerin Nancy Faeser am 9. Mai, also bereits einen Tag nach den ersten Medienberichten, davon, Politik und Behörden müssten die Vorgänge, die sie als „furchtbar“ bezeichnete, nun „sehr genau aufarbeiten“. Ohne diese Aufarbeitung abzuwarten, stellte Faeser aber fest, der Rechtsextremismus sei „die größte Bedrohung für Demokratie in unserem Land“. Auch sei es „sehr schrecklich, dass quasi diejenigen weichen mussten, die angegriffen wurden“.

Brandenburgs neuer Bildungsminister Steffen Freiberg wurde in der Fragestunde des Landtags am 10. Mai direkt darauf angesprochen, ob ihm auch die Aussagen der brandenburgischen Jugendlichen vorlägen und ob für die jungen Leute nicht zunächst die Unschuldsvermutung zu gelten habe. Der SPD-Politiker erklärte unumwunden, er könne schließlich nicht bis zum Abschluss eines rechtskräftigen Verfahrens warten.

## BERLIN NACH DER WAHL

# Hoffnungen auf eine politische Wende gedämpft

CDU-Senatorinnen lassen wenig Willen für eine Abkehr von der bisherigen Politik erkennen

Die Hoffnung, dass mit den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und dem Scheitern des Volksbegehrens extremer Klima-Aktivistinnen eine grundsätzliche Wende in der Berliner Verkehrspolitik einträte, muss möglicherweise gedämpft werden. Große Erwartungen verbanden sich insbesondere mit der von der CDU gestellten neuen Verkehrssenatorin Manja Schreiner.

Schreiner betont nun jedoch, auch sie sehe die Notwendigkeit, den Autoverkehr in Berlin „einzudämmen“, und unterstreicht ihre Haltung mit einem klaren „Definitiv ist das so.“ In Berlin gibt es etwa 1,3 Millionen private Kraftfahrer. Doch allenfalls den Pendlern will die neue Senatorin entgegenkommen: „Wir haben sehr, sehr viel Pendelverkehr. Das ist eine ganz zentrale Forderung, die wir aufstellen und die wir jetzt auch umsetzen werden, dass

wir Park-and-Ride-Parkplätze in den Außenbezirken haben, dass wir den ÖPNV attraktiver gestalten, dass wir Lückenschlüsse machen.“

Die scheidende Verkehrssenatorin Bettina Jarasch (Grüne) hat ihr die teillespernte Friedrichstraße als öffentliches Ärgernis hinterlassen, und sie versuchte mit der Sperrung des Autobahntunnels Schlangenbader Straße weitere Fakten zu schaffen. Dazu kommen zig Kilometer auf dem Straßenraum aufgemalte Fahrradwege. Diese sind häufig parallel zu bereits vorhandenen Radwegen aufgemalt worden. In einigen Fällen wurden die bisherigen Radwege begrünt. Damit soll verhindert werden, dass mit einigen Eimern schwarzer Farbe der alte Zustand wiederhergestellt werden kann.

Schreiner will den Radverkehr weiter fördern: „Gerade in der Innenstadt ist es

natürlich so, dass du einen ganz großen Radfahrertraffic hast. Und da ist es auch angemessen, dass eine Breite von 2,30 oder 2,50 Meter da ist.“ Dabei gehe es auch darum, dass Radfahrer die Möglichkeit zum Überholen haben müssten.

## Lehrer: Anforderungen gesenkt

Die von Schreiner und ihren Vorgängern stets bemühte Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs zu steigern, wäre nur mit einem großzügigen Ausbau von U- und S-Bahn möglich. Der geschieht zurzeit in Paris. Die sehr viel größere Stadt verfügt derzeit über 227 Kilometer Metro auf 14 Linien. Da sieht das kleinere Berlin mit seinen 155 Kilometern auf neun U-Bahn-Linien gar nicht so schlecht aus. Doch bis 2030 erhält Paris etwa 200 neue U-Bahn-Kilometer dazu, wovon die deutsche Hauptstadt nur träumen kann.

Auch auf dem Bereich der Bildungspolitik ist keine grundlegende Wende zum Besseren in Sicht. In dem Bestreben, mehr Immigranten zu Lehrern zu machen, werden die Standards gesenkt. So will die von der CDU gestellte neue Schulsenatorin Katharina Günther-Wünsch die Anforderungen an die Deutschkenntnisse der Lehrer senken.

So wird der bisherige Grundsatz, dass Lehrer an deutschen Schulen unsere Landessprache exzellent beherrschen müssen, aufgeweicht. Das hatte sich ihre Vorgängerin von der SPD nicht getraut. Günther-Wünsch gibt sich unbeirrt: „Mehrere Hundert Pädagogen haben sich allein aus der Ukraine beim Senat beworben. Die Voraussetzung für die Tätigkeit ist das C2-Zertifikat in deutscher Sprache. Hier ist die Erwartungshaltung zu hoch.“

Frank Bücker

## KOLUMNE

# Strapaziert

VON THEO MAASS

Die Medien haben den Besuch des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Deutschland mit großer Euphorie begleitet. Reich beschenkt mit Waffen und Geld zog er von dannen. In die anfänglich große Solidarität mit den Ukrainern mischt sich bei manchen Berlinern mittlerweile auch Skepsis gegenüber so manchen aus dem attackierten Land Geflüchteten.

Erstaunt reiben sich Hauptstädter die Augen, wenn sie die neuen und oft hochpreisigen Autos mit dem „UA“-Kennzeichen und dem gelb-blauen Emblem sehen. Im Straßenverkehr ist ihnen gegenüber Vorsicht geboten. Diese Gefährte sind nicht selten ohne jeden Versicherungsschutz unterwegs. Laut einer führenden deutschen Boulevardzeitung bekommen allein in Sachsen bereits jetzt mehr als hundert einheimische Autofahrer nach Unfällen ihre Schäden nicht erstattet.

Bis maximal ein Jahr nach der Einreise garantiert die „Grüne Karte“ die Haftpflichtversicherung. Doch viele Ukrainer fahren bereits länger auf Deutschlands Straßen. Führt man ohne Kfz-Haftpflichtversicherung in Deutschland auf öffentlichen Straßen, begeht man allerdings eine Straftat. Darüber hinaus wird man persönlich für die Schäden in Regress genommen, die man mit seinem Fahrzeug bei Dritten verursacht. Lässt man als gesetzestreuer Deutscher seinen Wagen zum Brötchenholen oder, um bei der Bank Geld abzuheben, kurz im „eingeschränkten Halteverbot“ stehen, ist oft sehr schnell die Ordnungsmacht da und kassiert. Bei Autos aus der Ukraine schauten die Aufpasser lieber weg, klagen Autofahrer.

Einzelfälle? Nun, die Gastfreundschaft der Deutschen wird derzeit angesichts von Flüchtlingsansturm und einer Rekordzahl von neu hereinströmenden Asylsuchern ohnehin massiv strapaziert. Man sollte es mit den Irritationen nicht übertreiben.

## MELDUNG

# Amts-Mail gegen die AfD

**Beeskow** – Im Tesla-Landkreis Märkisch-Oderland hat SPD-Kandidat Frank Steffen mit 52,4 Prozent die Stichwahl zur Landratswahl gewonnen. Der AfD-Kandidat Rainer Galla kam auf 47,6 Prozent. Grüne und Linkspartei hatten zur Wahl des SPD-Mannes aufgerufen, CDU und Freie Wähler hatten das diesmal nicht getan. Eine Sachbearbeiterin des Landratsamtes hatte in einem dienstinternen Rundschreiben davor gewarnt, den AfD-Kandidaten zu wählen. Bei der Mitarbeiterin soll es sich nicht nur um eine Verwandte einer lokalen SPD-Größe handeln, sondern auch um eine Untergebene der Ehefrau des SPD-Kandidaten um das Amt des Landrates. Unterstützung erfuhr der SPD-Mann Steffen auch von der evangelischen Kirche. Der örtliche Superintendent Frank Schürer-Behrmann warnte in einer Rundmail an seine Mitarbeiter vor der Wahl Gallas. Mit Blick auf die Verweigerung der CDU und der Freien Wähler forderten die Grünen eine „Brandmauer aller demokratischen Parteien gegen rechts“. F.B.

## ● MELDUNGEN

## Gegen zweite Amtszeit

**Washington** – Die Umfragewerte des US-Präsidenten Joe Biden haben sich weiter verschlechtert. Aktuelle Erhebungen zufolge wünschen sich 77 Prozent der potentiellen Teilnehmer an der für kommendes Jahr vorgesehenen nächsten Präsidentenwahl einen anderen Kandidaten als den Amtsinhaber. Selbst unter den Anhängern der Demokraten bilden die Gegner einer Kandidatur Bidens mit 58 Prozent die Mehrheit. Das liegt nicht zuletzt an dessen immer häufigeren geistigen Fehlleistungen. Nur rund ein Drittel der Befragten hält den 81-Jährigen noch für fähig, weitere vier Jahre zu regieren. Zum Vergleich: Im Falle des fast vier Jahre jüngeren Donald Trump sind fast zwei Drittel der Amerikaner der Meinung, er könne eine zweite Amtszeit physisch und psychisch durchstehen. Auf die direkte Frage, wen sie 2024 „wahrscheinlich oder definitiv“ wählen würden, votierten 45 Prozent der Probanden für Trump und 38 für Biden. W.K.

## Ermittlungen gegen Pfizer

**Austin** – Der Generalstaatsanwalt des US-Bundesstaates Texas, Kenneth Paxton, hat eine offizielle juristische Untersuchung gegen die drei Impfstoffhersteller Pfizer, Moderna und Johnson & Johnson eingeleitet. Diese dient der Aufdeckung von eventuellen heimlichen Beteiligungen an der verbotenen Gain-of-Function-Forschung zur Steigerung der Gefährlichkeit von Viren. Darüber hinaus will Paxton auch wissen, inwieweit die Unternehmen die Wirksamkeit ihrer COVID-19-Impfstoffe und die Wahrscheinlichkeit einer Übertragung von COVID-19 nach Einnahme der Impfstoffe falsch dargestellt hätten, was gegen das texanische Gesetz über irreführende Handelspraktiken verstöße. Dabei geht es vor allem um die vorsätzliche Manipulation von Daten in Impfstoffstudien, also „potentiell betrügerische Aktivitäten, die nicht in den Bereich der gesetzlichen Immunität fallen, die den Herstellern des COVID-19-Impfstoffs gewährt wird“. W.K.

## Ungarn droht mit Blockade

**Budapest** – Weil die größte Bank Ungarns, die OTP Bank, auf einer ukrainischen Liste von vermeintlichen Unterstützern des russischen Kriegs gegen die Ukraine steht, hat der ungarische Außenminister Péter Szijjártó angekündigt, dass Budapest die geplanten neuen Russland-Sanktionen der EU nicht mittragen werde. Der Minister kritisierte, dass die Ukraine die Bank auf die Liste gesetzt habe, obwohl diese gegen keinerlei Gesetze verstoße. Die EU-Kommission plant ein elftes Paket mit Handelsbeschränkungen, von denen auch die Geschäfte ungarischer Unternehmen betroffen sein könnten. Mit Blick auf den ukrainischen Raketenangriff auf die Region Lugansk am vergangenen Wochenende sagte Szijjártó, die ungarische Regierung werde wohl kaum über neue Sanktionen verhandeln können, die weitere Opfer erforderten. Bei dem Raketenangriff waren sechs Kinder und ein Erwachsener verletzt worden. MRK

## POLEN

## Die Ukraine statt Litauen

US-Magazin spekuliert über eine polnisch-ukrainische Union in der Tradition der polnisch-litauischen

VON BODO BOST

Der Weg der Ukraine nach Europa begann eigentlich 1386, als vor mehr als 600 Jahren, als mit der Union von Krevo die polnisch-litauische Rzeczpospolita begründet wurde, die von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichte und weite Teile der heutigen Staaten Litauen, Polen, Weißrussland und Ukraine umfasste. Der derzeitige Krieg hat die Ukraine wieder näher an sein westliches Nachbarland Polen geführt.

Beim Staatsbesuch des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyjs in Polen im April war erstmals von einem gemeinsamen Staatsprojekt die Rede. Schon jetzt sind geflohene Ukrainer in Polen polnischen Bürgern mit Ausnahme des

Wahlrechts gleichgestellt. Kein anderes ukrainisches Staatsoberhaupt hat es je derart gut verstanden, die Menschen im Nachbarland Polen zu begeistern, wie Selenskyj es gegenwärtig schafft. „In Zukunft wird es keine Grenzen zwischen unseren Völkern geben: wirtschaftliche, politische und historische“, schrieb Selenskyj Anfang April auf Twitter. Derartige Bekundungen fanden in Polen wie in der Ukraine viel Zuspruch.

## Union von Krevo

Doch es bleibt nicht bei bloßen Gesten. Immer mehr wird in beiden Ländern daran erinnert, dass die Union von Krevo dazu beitrug, weite Teile Osteuropas einschließlich der Länder der ehemaligen Kiewer Rus' mit dem westlichen Christentum zu verbinden. Der Gegner war da-

mals jedoch weniger Russland als der Deutschordensstaat.

„Die polnisch-litauische Gemeinschaft wurde zu einem der größten Staaten Europas und zu einem Laboratorium für politische Regierungsführung, das sogar von den Gründervätern der Vereinigten Staaten eingehend studiert wurde“, schrieb unlängst die renommierte US-Zeitschrift „Foreign Policy“ („FP“). Nach dem Sturz der Jagiellonendynastie entwickelte sich das Land zu einer Wahlmonarchie, die den italienischen Stadtstaaten ähnelte. Die Union basierte auf dem parlamentarischen Prinzip der Einstimmigkeit, der Freiheit, die der Adel im Gegensatz zu den absolutistischen Monarchien Westeuropas genoss. „Foreign Policy“ fragte nun: „Was wäre, wenn es für die Probleme, mit denen die Ukraine und

Polen heute konfrontiert sind, eine ähnliche politische Lösung gäbe?“

Eine politische Union zwischen den beiden Ländern wäre nicht von Nostalgie, wie bei Putins Traum von einem auf Gewalt basierenden Großrussland, sondern von gemeinsamen Interessen der Menschen beider Nationen getragen. Die heutige Ukraine (und Weißrussland) hätten aufgrund ihrer 400-jährigen gemeinsamen Geschichte innerhalb der polnisch-litauischen Union viel mehr mit Polen gemeinsam als mit Russland, ungeachtet gegenseitiger Behauptungen russischer Propagandisten und der Tatsache, dass die Beziehungen oft sehr kompliziert gewesen seien, argumentiert das Magazin.

## Angebliche Vorteile einer Union

Beide Staaten haben schlechte Beziehungen zu Russland. Polen ist heute Mitglied der EU und der NATO, und die Ukraine möchte beiden Organisationen beitreten. Selbst wenn der Krieg zwischen der Ukraine und Russland mit einem ukrainischen Sieg und der Vertreibung der russischen Streitkräfte aus dem Land endet, stehe Kiew ein möglicherweise jahrzehntelanger Kampf bevor, um der EU und der NATO beizutreten, so die Einschätzung von „FP“.

Was würde passieren, wenn Polen und die Ukraine nach dem Ende des Krieges einen gemeinsamen Bundesstaat oder eine Konföderation mit gemeinsamer Außen- und Verteidigungspolitik bilden würden und die Ukraine fast sofort, wie einst Mitteldeutschland nach der Vereinigung mit Westdeutschland, in die EU und die NATO brähte, fragt „FP“. „Eine polnisch-ukrainische Union würde zum zweitgrößten Land in der EU und wahrscheinlich zu ihrer größten Militärmacht werden und ein mehr als ausreichendes Gegengewicht zum deutsch-französischen Tandem bilden“, spekuliert „FP“.

Durch einen solchen Staatenbund bekäme Polen auch einen Großteil der in der Zwischenkriegszeit annektierten Gebiete östlich der Curzon-Linie zurück, die es 1945 hatte zurückgeben müssen. Dann könnten die aus den dortigen Gebieten stammenden Polen in Schlesien und Pommern wieder in die Ukraine zurückkehren. Eine polnisch-ukrainische Union böte auch Verhandlungsmasse für Friedensverhandlungen mit Russland, denn die Krim oder der Donbass gehörten nie zur Rzeczpospolita.



Versteht es, die Polen zu begeistern: Der ukrainische Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj bei seinem Staatsbesuch in Polen

## AFRIKA

## Im Sudan tobt ein Stellvertreterkrieg

Peking profitiert vom De-facto-Staatschef al-Burhan, Abu Dhabi, Riad und Washington von dessen Vize

Seit dem 15. April kämpfen in der Republik Sudan zwei rivalisierende militärische Gruppierungen gegeneinander: die Sudanesischen Streitkräfte (SAF), die unter dem Kommando des Chefs des Militärischen Übergangsrates (TMC) und damit De-facto-Staatsoberhauptes Generalleutnant Abdel Fattah al-Burhan stehen, und eine Miliz namens Rapid Support Forces (RSF), die von al-Burhans Stellvertreter, Generalleutnant Mohammed Hamdan Daglo alias Hemedti, angeführt wird. Die landesweiten Kämpfe lassen sich jedoch nicht auf einen persönlichen Konflikt zwischen zwei Junta-Mitgliedern reduzieren, die augenscheinlich jeweils allein an der Spitze des drittgrößten und äußerst rohstoffreichen afrikanischen Staates zwischen der Sahara und dem Roten Meer stehen wollen.

Daglo wird unterstützt durch Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Für sie hat der Sudan eine enorme wirtschaftliche Bedeutung als Lieferant beträchtlicher Mengen an Fleisch und anderen Nahrungsmitteln. Deshalb wollen die VAE bei Abu Amana sogar einen eigenen Hafen an der sudanesischen Küste bauen. Über ihn sollen in der Zukunft die Erträge der geplanten riesigen Getreidefelder entlang des oberen Nils in die Emirate verschifft werden. Zweifellos agiert Daglo auch als Sachwalter der Interessen der VAE und Saudi-Arabiens und genießt deshalb Rückendeckung aus Riad und Abu Dhabi.

Darüber hinaus kontrolliert Daglos Familie den Handel mit dem im Sudan geförderten Gold. Das wiederum macht ihn nicht nur für die arabische Welt, son-

dern ebenso für Russland interessant. Immerhin gehört Gold zu den Artikeln, mit denen die Russische Föderation an Devisen gelangen und die westlichen Sanktionen unterlaufen kann. Russland verarbeitet aus dem Sudan und anderen afrikanischen Staaten importiertes Gold zu Barren, die sich hervorragend auf dem Weltmarkt verkaufen lassen.

Jahrelang versuchte die russische Regierung, die Genehmigung zur Errichtung eines Marinestützpunktes in Bur Sudan zu erhalten. Am 12. Februar dieses Jahres war dieses Bemühen von Erfolg gekrönt. Daglos Gegenspieler al-Burhan unterzeichnete ein entsprechendes Abkommen mit den Russen.

Mit der geplanten Militärbasis wäre Moskau in der Lage, den Seeweg durch das Rote Meer und den nördlich anschlie-

ßenden Suezkanal zu kontrollieren. Das widerspricht alles den geostrategischen Interessen der Vereinigten Staaten, die bereits erleben mussten, wie China im Sudan Fuß gefasst hat. So geht inzwischen ein Drittel des sudanesischen Erdöls in die Volksrepublik.

Deshalb intervenierte Washington mehrmals gegenüber al-Burhan, wobei abwechselnd Drohungen und finanzielle Köder zum Einsatz kamen. Doch der ließ sich nicht beirren – selbst als die Staatssekretärin für politische Angelegenheiten im US-Außenministerium Victoria Nuland im März persönlich in Khartum vorstellig wurde.

Kurze Zeit darauf griffen Daglos erstaunlich gut ausgerüsteten Rapid Support Forces die Streitkräfte von al-Burhan an. Wolfgang Kaufmann



Vonovia zählte vor zwei Jahren den Norwegischen Staatsfonds mit 14,6 und die US-amerikanische Fondsgesellschaft BlackRock mit 7,4 Prozent zu seinen größten Anteilseignern: Die Unternehmenszentrale des größten Wohnungsvermieters Europas in Bochum *Foto: Laurardnk*

VON HERMANN MÜLLER

IMMOBILIENBRANCHE

## Potentielle Schnäppchen für internationale Investoren

Die Belastung durch die „Heizwende“ macht deutsche Wohnungsvermieter zu Übernahmekandidaten oder zwingt sie zum Wohnungsverkauf

Bereits das erste Regierungsbündnis auf Bundesebene unter Beteiligung von Roten und Grünen hatte sich aus Sicht ausländischer Großinvestoren als ausgesprochener Glücksfall erwiesen. Mit einer Reform der Unternehmensteuern machte Rot-Grün nach der Jahrtausendwende den Weg zur Zerschlagung der sogenannten Deutschland AG frei. Nachdem SPD und Grüne den Verkauf von Unternehmensbeteiligungen steuerfrei gestellt hatten, trennten sich deutsche Banken und Versicherungen von ihren bis dahin oft über Jahrzehnte gehaltenen Anteilen an deutschen Unternehmen. Neue Eigentümer waren in vielen Fällen sogenannte Heuschrecken, stark auf Rendite orientierte Finanzinvestoren. Seit der Zerschlagung der Deutschland AG befinden sich die Dax-Konzerne fest in der Hand ausländischer Investoren. Zum Stichtag 31. Dezember 2021 hielten Anleger aus Deutschland nicht einmal mehr 30 Prozent der Anteilsscheine der Dax-Konzerne.

Die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Bundesbauministerin Klara Geywitz zu einer sogenannten Heizungs- und Wärmepumpen- und Fernheizungen zur Pflicht zu machen, kommen auf Eigentümer, Vermieter und Mieter erhebliche Kosten zu. Habecks Wirtschaftsministerium hat zwar finanzielle Unterstützung für die „Wärmewende“ zugesagt. Und Bauministerin Geywitz kündigte an, das neue Gebäudeenergiegesetz werde nicht dazu führen, dass Menschen gezwungen seien, ihr Haus zu ver-

kaufen, weil sie sich nicht an die Anforderungen halten können. Abzuwarten bleibt, ob diese Ankündigung auch für die großen Vermietungskonzerne gelten wird.

### Der Wert sinkt

Deutschland verfügt mittlerweile über mehrere große Konzerne, die im Vermietungsgeschäft aktiv sind. Diese Unternehmen haben die vergangene Niedrigzinsphase oftmals genutzt, um schuldenfinanziert zu wachsen. Mit der Übernahme von Deutsche Wohnen durch Vonovia ist 2021 sogar der größte Wohnungsvermieter Europas entstanden. Durch das Zusammengehen der beiden Branchenriesen entstand ein Konzern mit einem Wohnungsbestand von 557.000 Wohnungen. Demgegenüber stehen allerdings auch hohe Schulden. Im Konzernbericht 2021 wies Vonovia Schulden von über 68 Milliarden Euro aus.

Solange die Immobilienfinanzierungen historisch günstig waren und der Wert der gekauften Immobilien immer weiter in die Höhe kletterte, funktionierte die Wachstumsstrategie der Immobilienkonzerne. Bereits seit Monaten macht sich in der Branche der großen Vermieter allerdings Alarmstimmung breit, weil die Finanzie-

rungskosten wieder steigen. Gründe sind die gestiegenen Zinsen, die auch dazu beitragen, dass die Immobilienbewertungen sinken. Ablesbar war die neue Situation in den letzten Monaten bereits an Kursverlusten großer Vermietungskonzerne wie etwa Vonovia, TAG Immobilien oder Adler Real Estate.

Europas größter Wohnungsvermieter, der deutsche Konzern Vonovia, hatte bereits vergangenes Jahr Pläne bekanntgegeben, Häuser und Wohnungen im Milliardenwert zu verkaufen, um Schulden zu tilgen. Insgesamt will der Dax-Konzern in den kommenden Jahren Wohnungen und Mehrfamilienhäuser im Wert von rund 13 Milliarden Euro abstoßen: „In Zeiten höherer Zinsen ist es sinnvoll, Schulden zu reduzieren“, begründete Vonovia-Chef Rolf Buch dieses Vorhaben.

### Die Kosten steigen

Mit Habecks „Heizungs- und Wärmepumpen- und Fernheizungen zur Pflicht zu machen, kommen auf Eigentümer, Vermieter und Mieter erhebliche Kosten zu. Habecks Wirtschaftsministerium hat zwar finanzielle Unterstützung für die „Wärmewende“ zugesagt. Und Bauministerin Geywitz kündigte an, das neue Gebäudeenergiegesetz werde nicht dazu führen, dass Menschen gezwungen seien, ihr Haus zu ver-

Modernisierungs- und Sanierungszwang den Buchwert von Immobilien zunächst einmal sinken lassen. Die bereits vergangenes Jahr gefällte Entscheidung von Vonovia, Wohnungen wieder zu verkaufen, könnte lediglich ein Vorspiel für das Abstoßen weiterer Wohnungen sein. Dies könnte sich als die Gelegenheit erweisen für Investoren, die finanzkräftig genug sind, die Übernahme großer Immobilienpakete zu stemmen.

Im Bereich der kommunalen Wohnungsunternehmen könnte Habecks „Heizungs- und Wärmepumpen- und Fernheizungen zur Pflicht zu machen, kommen auf Eigentümer, Vermieter und Mieter erhebliche Kosten zu. Habecks Wirtschaftsministerium hat zwar finanzielle Unterstützung für die „Wärmewende“ zugesagt. Und Bauministerin Geywitz kündigte an, das neue Gebäudeenergiegesetz werde nicht dazu führen, dass Menschen gezwungen seien, ihr Haus zu ver-

PHARMABRANCHE

## Gewinneinbruch bei Biontech

Das Ende der Corona-Pandemie hinterlässt seine Spuren – Aber der Vorstand gibt sich optimistisch

Das börsennotierte Mainzer Pharmaunternehmen Biontech, das gemeinsam mit dem US-Konzern Pfizer den Corona-Impfstoff Comirnaty auf den Markt gebracht hat, zählt zu den großen Gewinnern der COVID-19-Pandemie. 2021 lag der Umsatz bei knapp 19 Milliarden Euro und der Netto-Gewinn bei 10,3 Milliarden. Und auch 2022 waren die Zahlen noch beeindruckend. Der Umsatz betrug 17,3 Milliarden Euro und der Gewinn 9,4 Milliarden. Doch inzwischen hat die Nachfrage nach Comirnaty deutlich nachgelassen. Das zeigen die Ergebnisse des ersten Quartals 2023. Der Umsatz fiel von 6,37 Milliarden im gleichen Zeitraum des Vorjahres auf 1,27 Milliarden und der Netto-Gewinn um über 86 Prozent von 3,69 Milliarden auf 502 Millionen Euro.

Laut dem Biontech-Finanzvorstand Jens Holstein entsprach dieser Rückgang den Erwartungen des Managements. Den Umsatz- und Gewinneinbruch begründete der Vorstandsvorsitzende von Biontech, Uğur Şahin, gegenüber der Deutschen Presse-Agentur mit der mittlerweile nur noch saisonalen Nachfrage nach dem Impfstoff. Deshalb rechnet er erklärtermaßen in der zweiten Jahreshälfte wieder mit höheren Verkaufszahlen und einem Gesamtumsatz für 2023 von rund fünf Milliarden Euro. Inwieweit Biontech zusätzlich auch von Abgeltungszahlungen für bereits bestellte, aber nicht mehr benötigte Vakzin-Dosen profitieren könnte, ließ er unerwähnt. Der Biontech-Partner Pfizer will sich die überflüssig gewordenen Dosen in einer Größenordnung von 280 Millionen Stück mit zehn Euro pro Dosis vergüten lassen.

Ansonsten betrachtet Biontech das laufende als „eine Art Übergangsjahr“, das durch drei Veränderungen gekennzeichnet sei. Zum Ersten plant das Unternehmen, fortgeschrittene Corona-Impfstoffe herauszubringen, die sich besser an die ständig neuen Virus-Varianten anpassen lassen. In diesem Zusammenhang versprach Şahin, der Wirkstoff der nächsten Generation werde vor schweren Corona-Erkrankungen schützen.

### Argumente für den Optimismus

Zum Zweiten ist vorgesehen, weitere mRNA-Impfstoffe gegen Gürtelrose und Tuberkulose zu entwickeln. Die Gürtelrose zählt zu den häufigeren Nebenwirkungen der Corona-Vakzine. Diese neuen Produkte werden bereits in klinischen Studien getestet.

Zum Dritten teilte Biontech mit, in die Entwicklung von mRNA-basierten Therapien gegen Krebs einsteigen zu wollen. „Wir haben wesentliche Fortschritte gemacht und bereiten den Beginn einer ersten klinischen Phase-3-Studie im Bereich Onkologie vor“, erklärte Şahin. Im Detail geht es um den versuchsweisen Einsatz neuer Antikörper zur Heilung von Patienten mit Lungenkarzinomen, der noch in diesem Jahr anlaufen könnte. Biontech hatte dazu im März eine strategische Zusammenarbeit mit dem US-Krebspezialisten OncoC4 vereinbart.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollen dieses Jahr bei 2,6 Milliarden Euro liegen. Das sind rund 13 Prozent des Netto-Gewinns von Biontech während der Corona-Jahre 2021 und 2022. *Wolfgang Kaufmann*

● MELDUNGEN

## Wieder mehr Optimismus

Köln – Einer Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft zufolge blicken deutsche Unternehmer in diesem Jahr wieder zuversichtlicher in die Zukunft. Auch die Aussichten für den Arbeitsmarkt bessern sich. Erwarteten 39 Prozent der befragten Unternehmen im vergangenen Herbst noch einen Geschäftsrückgang für 2023, waren es im März und April dieses Jahres nur noch 26 Prozent. Sowohl im Autobau, bei Industrieunternehmen als auch im Dienstleistungssektor kehrt der Optimismus zurück. So stellen sich 36 Prozent auf einen Zuwachs ein und wollen auch wieder mehr investieren als im Vorjahr und planen, mehr Mitarbeiter einzustellen. 24 Prozent rechnen hingegen mit weniger Investitionen sowie mit Stellenabbau. Besonders in der Baubranche sind die Aussichten weiterhin schlecht. *MRK*

## Vom Ex- zum Importeur

Bonn – Nach der Abschaltung der letzten drei deutschen Kernkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 zum 15. April ist die Bundesrepublik vom Exporteur zum Importeur elektrischen Stroms geworden. Wurden in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres noch rund 9,4 Terawattstunden Strom ins Ausland geliefert, importierte Deutschland seit dem Atomausstieg bereits mehr als eine Terawattstunde. Dennoch will die Bundesnetzagentur hier keinen Zusammenhang sehen und verweist auf den europäischen Strom-Verbund, der elektrische Energie „dort erzeugt, wo dies am günstigsten möglich ist“. Dahingegen meinte der Energiesystem-Experte André Thess von der Universität Stuttgart: „Nach derzeitigem Stand des Wissens besteht eine klare Korrelation zwischen den Strom-Importen nach Deutschland und der Abschaltung der Kernkraftwerke.“ Endgültige Gewissheit werde allerdings erst die Analyse der Daten der nächsten Wochen erbringen. *W.K.*

## Großangriff auf kleine Banken

New York – Die desolate Lage vieler kleinerer Regionalbanken in den USA resultiert auch aus einem gemeinsamen Angriff des Technologiekonzerns Apple und der Großbank Goldman Sachs. Mittlerweile erhält jeder, der die Apple-Kreditkarte nutzt, 4,15 Prozent Zinsen auf sein Geld. Und wenn der Kunde zugleich noch ein Sparkonto bei Goldman Sachs eröffnet und dieses über Apple-Geräte verwaltet, entfallen auch sämtliche Gebühren sowie jegliche Form von Mindestguthaben. Derartige Angebote liegen für normale US-Banken aufgrund ihrer Kostenstruktur im Bereich des Illusorischen. Sie können meist nur einen effektiven Jahreszins von 0,35 Prozent anbieten, obwohl die Federal Reserve Bank den Leitzins schon auf 5,25 Prozent angehoben hat. Also wechseln viele Sparer nun zu Apple. Das bedeutet allerdings, dass sie künftig nur noch mittels der Technik dieses IT-Riesen an ihr Geld gelangen und massenhaft private Daten preisgeben müssen. *W.K.*

## KOMMENTARE

## Nachtfahrt

BERNHARD KNAPSTEIN

Das ideologisch geprägte Chaos um die Energiewende wird derzeit am besten sichtbar beim Wohnungsunternehmen Vonovia, das aufgrund ausgelasteter Stromnetze seine Wärmepumpen nicht ans Netz bekommt. Heizen mit Strom ist halt schwierig dieser Tage. Viel zu früh wurden die Kernkraftwerke nämlich vom Netz genommen. Doch handelt es sich um einen Schuss ins Knie, denn das hinter Vonovia stehende US-Kapital von Blackrock hat genau diese Energiepolitik in Deutschland gefördert.

Dass die Kernkraft eine Übergangstechnologie ist, ist nicht neu. Und auch wenn man sich über die Bedeutung des von der menschlichen Zivilisation produzierten Kohlendioxids aus guten Gründen trefflich streiten kann: Braunkohle ist schmutzig und wie Erdgas endlich. Es ist also durchaus angebracht, alternative Energieträger frühzeitig in den Blick genommen, ihre Erschließung erforscht, erprobt und, soweit sinnvoll, auch vorangebracht zu haben. Die Sonnenblumenpolitik der

Grünen lebt indessen allein vom Nein zur Kernkraft und dem Ja zur Sonnen- und zur Windenergie. Dass beide nur so lange Grundlast liefern können, wie die Sonne scheint und der Wind weht, hat die Ökofundamentalisten wenig interessiert.

Dabei ist mit der tiefen Erdwärme eine nach menschlichem Ermessen unerschöpfliche Energiequelle mit Grundlastfähigkeit vorhanden, deren Erschließung machbar, ungefährlich und deutlich weniger landfressend, Sicht raubend und Vögel tödend ist als Photovoltaikanlagen und Windparks. Während Erdgasförderer verpflichtet sind, ihre Bohrungen nach Nutzung wieder zu verschließen, könnten viele der mehrere tausend Meter tiefen Löcher weiterhin für Geothermie-Projekte genutzt werden. Neben der Abschaltung der Kernkraftwerke ist die Nichtnutzung dieses Potentials ein weiterer Beleg für die energiepolitische Nachtfahrt mit Höchstgeschwindigkeit und maximaler Crash-Wahrscheinlichkeit. Nötig ist das nicht – noch nicht einmal aus grüner Sicht.

## Gruß aus der Geschichte

RENÉ NEHRING

Die Akzeptanz historischer Realitäten erfolgte mit deutscher Gründlichkeit. Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag und dem deutsch-polnischen Grenzvertrag von 1990 gab die Bundesrepublik Deutschland nicht nur jeglichen Anspruch auf eine Wiedervereinigung mit dem historischen deutschen Staatsgebiet östlich von Oder und Neiße auf – führende Repräsentanten taten fortan sogar so, als hätte es die Siedlungsgeschichte im Osten nie gegeben.

Dass die Geschichte keineswegs schläft, zeigt sich seitdem immer wieder. So erwarteten und erwarten gerade die ostmitteleuropäischen Staaten nicht nur ein stärkeres Engagement jenes Landes, das diesen Raum in den Jahrhunderten zuvor maßgeblich geprägt hat und für sie selbst der erste und wichtigste Partner in Europa ist. Vielmehr zeigt sich, dass in den zwischenstaatlichen Beziehungen unserer Nachbarn

die offenen Fragen der Vergangenheit noch immer ein bestimmender Faktor der Politik sind.

Ein Beispiel dafür gab nun die Republik Polen, die vor wenigen Tagen angekündigt, dass im polnischen Sprachgebrauch für die Stadt Königsberg in Preußen künftig nicht mehr der sowjetisch-russische Name Kaliningrad verwendet werden soll, sondern der alte polnische Name Królewiec (siehe hierzu die Seite 13 dieser Ausgabe).

Tagesaktuell stellt sich damit unweigerlich die Frage nach den Motiven für diesen Schritt, schließlich konnte Polen den Namen von Stalins Gehilfen schon vor dreißig Jahren tilgen. Ist es wirklich nur ein symbolischer Akt – oder steckt dahinter die Vorbereitung etwaiger kommender Gebietsansprüche?

Über den Tag hinaus lehrt das polnische Agieren, dass die Vergangenheit eben nicht schläft. Und dass die Ignoranz von heute schon bald das nächste Problem von morgen sein kann.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,  
**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Offizielle Förderung der „Enthomogenisierung der Gesellschaft“: Verleihung des Lew-Kopelew-Preises an die von Axel Steier (rechts mit Urkunde) geführte Organisation „Mission Lifeline“ und den Kapitän ihres Schiffes „Lifeline“, Claus-Peter Reisch (links mit Urkunde), im Beisein des luxemburgischen Ministers Jean Asselborn (rechts von Steier) Foto: Horst Galuschka

## KOLUMNE

## „Keine Weißbrote mehr“

FLORIAN STUMFALL

Leider muss man annehmen, dass die Parteien in ihre Programme nicht alles schreiben, was sie wirklich wollen, und etliche brisante, für eine fernere Zukunft geplante Vorhaben zunächst verschweigen, um das Publikum nicht zu erschrecken. Doch ist umgekehrt zweifelsfrei erkennbar, was sie nicht wollen oder geringschätzen.

Nimmt man die Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2021 als die aktuellste Standortbestimmung, so stellt man so gut wie durchgehend fest, dass die deutsche Nation, deren Träger das Volk und deren rechtliche und politische Ausgestaltung der Staat ist, keine erkennbare Rolle spielt.

Man möchte annehmen, dass bei einer Wahl in Deutschland und zum Deutschen Bundestag der deutsche Name eine bestimmende Rolle spielt, aber das ist keineswegs der Fall. Bei der Partei „Die Linke“ ist ohnehin ein Totalausfall festzustellen. Bei den anderen Parteien, von Grün über Rot und Gelb bis Schwarz, erscheint Deutschland hauptsächlich als eine politische Manövrierarmee, deren Bestimmung es sei, möglichst bald und möglichst vollständig in einer EU aufzugehen, die so immer zentralistischer, mächtiger und autoritärer würde.

In unterschiedlicher Deutlichkeit machen all diese Parteien zudem deutlich, dass sie Deutschland als ein Zielobjekt massenweiser Einwanderung betrachten. Die Grünen sprechen von „Einwanderungsgesellschaft“, die Roten von „kultureller Vielfalt“ und „Verschiedenheit“, die Unionsparteien schieben die Verantwortung für die Immigration auf Brüssel, und die FDP schweigt dazu. Es gibt bei den etablierten Parteien keine einzige, die sich mit dem Begriff der Nation auseinandersetzen würde. Die grundlegenden Elemente von Staat und Gesellschaft, die Prägung durch Tradition und Kultur, der Wert von Sprache und Bildung – all das verschwindet wie in den hinteren Gewölben eines levantinischen Basars.

## Abschied von den Wurzeln unseres Gemeinwesens

Auch die Einheit von Volk und Staat wird verworfen oder gerät in Vergessenheit, diese Einheit, welche die Grundlage des Gemeinwesens und die Rechtfertigung der öffentlichen Gewalt darstellt. Wenn,

wie die linken Parteien es wollen – und hier ist eine Abgrenzung jedenfalls zur CDU nur schwer vorzunehmen –, die deutsche Staatsbürgerschaft mehr oder minder ohne Voraussetzung vergeben wird, ohne Rücksicht auf Herkunft, kulturelle Prägung und innere Beziehung zu Deutschland, dann gibt es keine Kennzeichnung des Staatsvolkes mehr, sondern nur noch eine große Beliebigkeit, die kein Merkmal mehr aufweist, an dem die Einheit mit dem Staat gemessen werden könnte. Allein die AfD wagt es noch, von einer deutschen Leitkultur zu sprechen.

## Das wahre Endziel der Masseneinwanderung ist eine Kulturrevolution

Volk und Staat werden zu rein formalen Begriffen. Dass eine solche Entwicklung der linken Zielvorstellung entspricht, zeigen manche Zitate von dieser Seite, wenn etwa die grüne Claudia Roth meint, es gebe keine Deutschen, sondern nur Nicht-Migranten, oder wenn der ebenso grüne Robert Habeck erklärt, dass er Vaterlandsliebe stets „zum Kotzen“ gefunden habe. Doch wenn auch diese Aussagen weidlich bekannt sind, werden sie doch meist nur als Curiosa abgetan und nicht als Warnung verstanden.

Dabei sollte man sich hüten, derlei als linke Spinnerei abzutun, mit der man halt einmal leben müsse. Denn die Sache hat System. Die Preisgabe der deutschen Staatsbürgerschaft soll nämlich keineswegs nur zu einer Gleichstellung von Deutschen und Ausländern führen – das ist lediglich das kurzfristige Ziel. Die grundlegende Absicht aber ist, auf dem Weg des Multikulturalismus der importierten Lebensart ein Übergewicht zu verschaffen.

Bereits heute gibt es Beispiele dieser Art, etwa wenn der Neubürger in einem Dorf bei Gericht gegen eine Belästigung durch Kirchenglocken klagt. Wollte jemand dementsprechend gegen den Ruf des Muezzin Klage erheben, so wäre er ein Fall für den Staatsanwalt wegen „Hass

und Hetze“. Oder aber wenn sich ein Deutscher zwei Frauen nimmt, ist er dran wegen Bigamie. Tut ein Türke in Deutschland dasselbe, dann finanziert ihm der Staat den Mehraufwand. Kulturfremde Totschläger und Vergewaltiger bekommen Strafabtatt.

## Vorsätzliche Verdrängung der Europäer

Es ist also in Wirklichkeit nicht so, dass sich fremde Einflüsse immer ergänzend zu den angestammten Gewohnheiten gesellen. Das ist eher in Ausnahmen der Fall. In der Regel aber geht die Entwicklung dahin, dass das Fremde das Gewachsene verdrängt. Ihre Befürworter betrachten die multikulturelle Gesellschaft gegen allen Ausgenschein deshalb nicht als gescheitert, denn sie wollen eine Kulturrevolution.

Das geht über die Frage nach Glauben, Prinzipien und Traditionen weit hinaus, und hier kommt die sogenannte Seenotrettung ins Spiel, bei der vorwiegend Afrikaner ein paar hundert Meter vor der Küste ihres Kontinents nach Absprache von Schiffen europäischer Eigner – gegebenenfalls auch der evangelischen Kirche – aufgefischt und illegal nach Europa gebracht werden, ein kriminelles Verhalten im Namen der höheren Moral.

Einer der Frontmänner dieser Schleperei namens Axel Steier, der den Verein „Mission Lifeline“ führt, äußert sich unumwunden zu seinen Motiven: „Die Enthomogenisierung der Gesellschaft schreitet voran. Ich unterstütze das mit meiner Arbeit.“ Also auch hier: Die Zuwanderung geschieht nicht im Sinne eines Zusätzlichen, Ergänzenden, ja, nicht einmal als Hilfe für die Geschundenen und Bedrohten, sondern zur Verdrängung der europäischen Bevölkerung zugunsten der Afrikaner und Levantiner. Irgendwann, so hofft Steier, werde es „keine Weißbrote mehr geben“, worunter er Menschen weißer Hautfarbe versteht. Und bei all dem, nicht nur bei diesem Schlepper, fragt man sich nach dem Krankheitskeim, der einen solchen Selbsthass erzeugt.

Das ist der Rassismus der anderen Art, grüner, linker, radikaler Rassismus, gekleidet ins weiche Gewand der Mildtätigkeit und Menschenliebe.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.



## Einsamer Kampf gegen Windmühlen

Reanimation des „ersten Klassikers“ – Jan Philipp Reemtsma zieht mit seiner Wieland-Biographie die Summe seines Forscherlebens

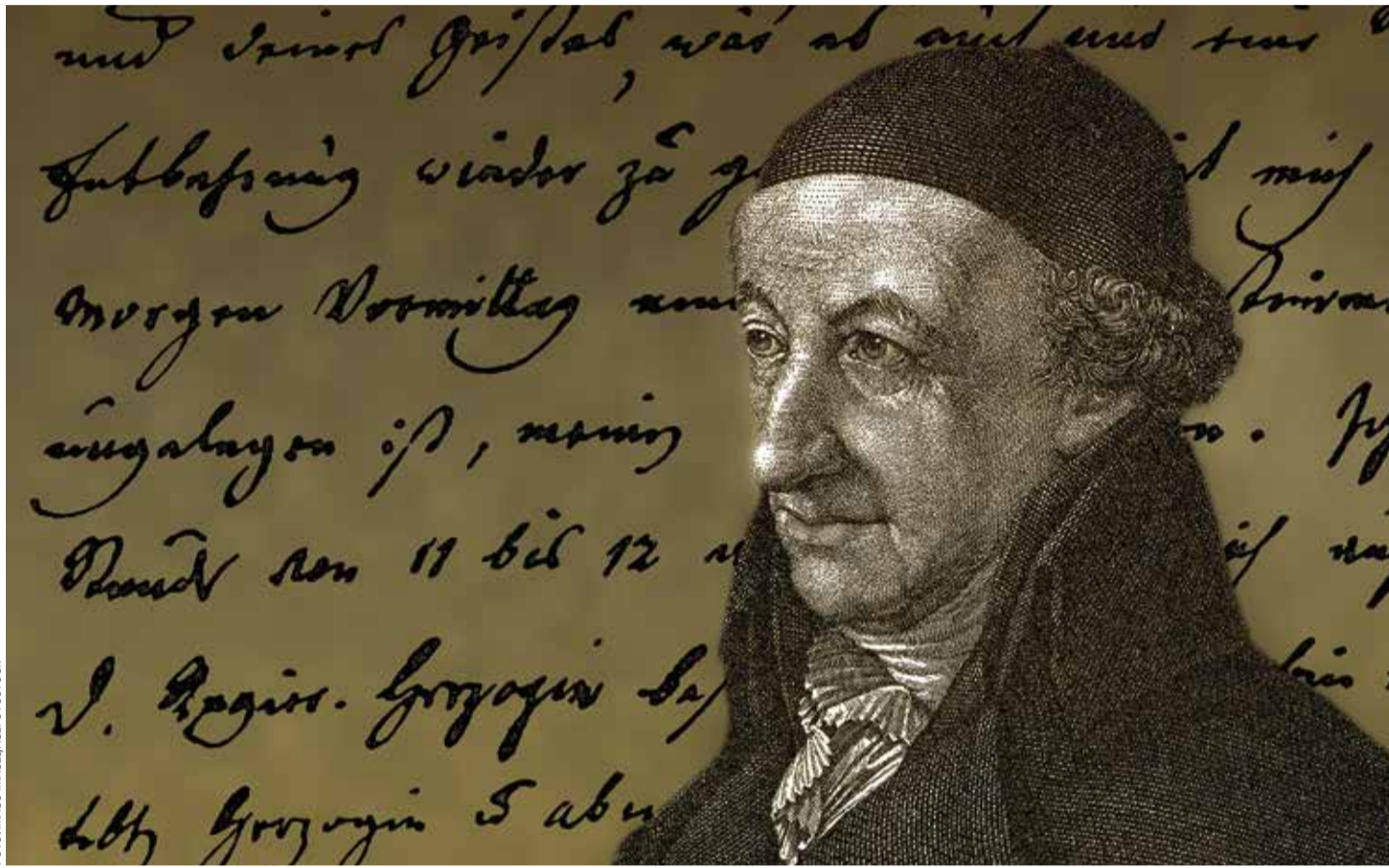
VON HARALD TEWS

Vom klassischen Weimarer Viergestirn haben Goethe und Schiller eine weltweite Ausstrahlung. Von den anderen beiden, dem gebürtigen Ostpreußen Herder und dem aus einem Dorf bei Biberach an der Riß stammenden Wieland, sind uns heutigen Zeitgenossen allenfalls die Namen geläufig. Ihre Werke aber nicht.

Einer, der zumindest im Fall von Wieland noch retten will, was zu retten ist, ist Jan Philipp Reemtsma. Seit Jahrzehnten bemüht sich der Literaturwissenschaftler, Mäzen und Institutsgründer, Wieland aus dem Sumpf des Vergessens zu ziehen. Mit der neuen Biographie „Christoph Martin Wieland. Die Erfindung der modernen deutschen Literatur“ macht er Werbung für den Autor, indem er ihn als großen schriftstellerischen Innovator und einen der Gründerväter neuzeitlicher Erzählkunst verkauft.

Reemtsmas Engagement für Wieland ist die Frucht einer fast schon obsessiven Beschäftigung mit dem Klassiker. Schon vor 30 Jahren schrieb er seine Doktorarbeit an der Universität Hamburg über Wielands „Aristipp und einige seiner Zeitgenossen“. Der noch dem sentimentalischen Geschmack entsprechende Briefroman, der unter Wielands Werken keineswegs den ersten Platz einnimmt, nimmt in der Biographie gleichwohl den meisten Platz ein, noch vor Hauptwerken wie die „Geschichte des Agathon“ oder „Die Geschichte der Abderiten“, die eigentlich für die Neuerung des Romanes stehen.

Abgesehen von dieser Marotte für den „Aristipp“ hat sich Reemtsma um Wieland enorm verdient gemacht. Der Spross der Hamburger Zigarettdynastie, der sich sein Millionenerbe auszahlen ließ und der 1996 Opfer eines spektakulären Entführungsfalls wurde, über den er sein Buch „Im Keller“ geschrieben hat, investiert sein Vermögen in seine Leidenschaft: Literatur und Soziologie. Das von ihm gegründete Hamburger Institut für Sozial-



Laut Reemtsma neben Lessing der „Erfinder der modernen deutschen Literatur“: Christoph Martin Wieland (1733–1813)

forschung wurde in den 1990ern mit den umstrittenen Wehrmachtsausstellungen schlagartig bekannt.

Weniger bekannt ist seine andere Institutsgründung: die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur. Diese hat bereits 1984 einen Reprint der noch von Wieland selbst besorgten „Sämtlichen Werke“ in 15 Bänden herausgebracht. Reemtsma gab später weitere Werke in Einzelbänden heraus und ist außerdem an der historisch-kritischen Oßmannstedter Ausgabe der Werke Wielands beteiligt, die seit 2008 inklusive günstigerer Studienausgaben erscheint.

Stichwort Oßmannstedt: In dem kleinen Ort östlich von Weimar besaß Wieland ein nach ihm benanntes Gut, das zu DDR-Zeiten verfiel und erst durch Reemtsmas stets diskrete finanzielle Unterstützung in ein schmuckes Kleinod

samt Museum und Forschungsstätte umgewandelt wurde.

Wenn also einer prädestiniert ist, über Wielands Leben und Werk zu schreiben, dann ist es sicher Reemtsma. Die Summe eines Forscherlebens steckt in seiner Wieland-Biographie, was aber nicht immer von Vorteil ist. Bei der Lektüre stellt sich oft der Eindruck ein, dass sich der Autor in Einzelheiten und Inhaltsangaben einzelner Werke verzettelt. Um die Schönheit der Wielandschen Sprache zu dokumentieren, zitiert er oft seitenweise aus dessen Werken, was gut ein Viertel der 700-seitigen Biographie ausmacht.

Statt sich auf die aktuelle Wieland-Forschung zu beziehen, führt Reemtsma als Gewährsmann für seine These von Wieland als modernem Literaten immer wieder seinen zweiten literarischen Säulenheiligen ins Feld: Arno Schmidt. Auch

das Werk dieses Hamburger Nachkriegsautors hat Reemtsma noch zu dessen Lebzeiten gefördert. Die „Arno Schmidt Stiftung“ im niedersächsischen Heideort Bargfeld ist maßgeblich sein Werk. Im Personenregister der Wieland-Biographie finden sich dann auch gleich viele Einträge zu Schmidt wie etwa zu Schiller, Wielands Zeitgenossen und Nachbarn in Weimar. Man kann es mit dem Blick durch die Schmidt-Brille auch übertreiben.

Trotzdem gebührt dem 70-jährigen Biographen Respekt für diese Reanimation des „ersten Klassikers“, der noch vor Herder, Goethe und Schiller nach Weimar kam und dessen Werke als erste wieder in der Versenkung verschwunden sind. Reemtsma bringt eine einleuchtende, wenngleich nicht ganz neue Erklärung: Anders als Lessing, dem laut Reemtsma neben Wieland zweiten „Erfinder“ der

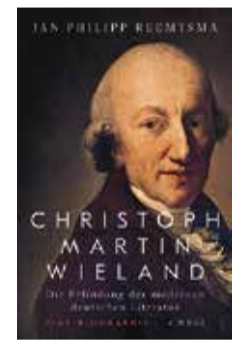
modernen deutschen Literatur, Goethe und Schiller war Wieland weder Poet noch Dramatiker. Diese beiden Literaturformen waren beim Publikum des 18. Jahrhunderts die angesehensten. Reemtsma schreibt: „Er war kein Bühnenautor, und er war auch kein Lyriker, ging also schon deswegen dem Bildungsbürgertum verloren. Er war nicht auf der Premierenbühne und nicht im Lesebuch.“

Als Romanautor, Herausgeber der Zeitung „Der Teutsche Merkur“ sowie Übersetzer von Shakespeares Werken – mittels eines englisch-französischen Wörterbuchs, wie man bei Reemtsma lernt – und Ciceros „Sämtlichen Briefen“ bezeichnete sich Wieland damals schon als „Macher“. Er benutzte den heute modernen Begriff, da er sich als einen der ersten Prosaautoren sah, selbst den Shakespeare-schen Blankvers übertrug er in Prosa.

Dass er damit Meilensteine wie die „Geschichte des Agathon“ geschaffen hat, dem noch vor Goethes „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ frühesten „Bildungsroman“, arbeitet Reemtsma sorgfältig heraus, versäumt aber zu betonen, dass gerade das klassische Bildungswissen den Romanen im Wege steht. Die antik-mythologische Kulisse, in denen Wielands Werke spielen, ist uns heutigen Lesern fremd geworden.

Reemtsmas Appell, mit seiner Biographie Wielands Werk „wieder lesen zu lernen, und damit den Sinn für die Wahrnehmung spezifischer Schönheiten zu gewinnen“, klingt so, als führe hier einer einen einsamen Kampf gegen Windmühlen und um Wielands literarische Auferstehung.

**Jan Philipp Reemtsma:** „Christoph Martin Wieland. Die Erfindung der modernen deutschen Literatur“, Verlag C. H. Beck, München 2023, gebunden, 704 Seiten, 38 Euro



### LITERATUR

## Ein nationales Ausrufezeichen

Vor 150 Jahren starb Italiens Nationaldichter Alessandro Manzoni – Weltliteratur mit „Die Verlobten“

Im Zentrum Mailands führt der nördliche Ausgang der großen Einkaufsgalerie Vittorio Emanuele II links zum Platz vor dem Opernhaus Scala und rechts zum Platz vor der Kirche San Fedele. Mitten auf dieser Piazza befindet sich ein Monument zum Andenken an den Mailänder Schriftsteller Alessandro Manzoni, den ein tragisches Schicksal mit diesem Ort verbindet. Nach dem Besuch eines Gottesdienstes in San Fedele stürzte er vor der Kirche so unglücklich auf den Kopf, dass er fünf Monate später, am 22. Mai 1873, an den Folgen des Sturzes im Alter von 88 Jahren verstarb.

In Italien gilt Manzoni als Nationalheiliger, einen vergleichbaren Status haben nur noch Dante Alighieri und Verdi. Das „Requiem“ des Opernkomponisten Verdi ist aus Anlass des Todes von Manzoni entstanden und erklang erstmals zu dessen erstem Todestag in Mailand.

Manzonis Ruhm gründet sich auf ein einziges Werk, das Verdi wegen seines humanistischen Ansatzes „einen Trost für

die Menschheit“ nannte: der von Walter Scotts inspirierte historische Roman „Die Verlobten“, der auch unter dem Titel „Die Brautleute“ bekannt ist. In dem 1827 erschienenen Werk schildert Manzoni die Liebe eines jungen lombardischen Paares, der sich ein Raubritter aus den Bergen entgegenseht. Bevor die Liebesgeschichte ein Happy End findet, muss das Paar die große Mailänder Pest von 1630 überstehen. Die Schilderung dieser Epidemie gehört zum Stärksten, was die romantische Literatur hervorgebracht hat. So ergreifend und hautnah hat erst wieder Albert Camus im Roman „Die Pest“ den Ausbruch dieser Plage geschildert.

Weil Goethe, der seit seinen Italienreisen die Sprache beherrschte, zuvor eine Napoleon-Ode Manzonis ins Deutsche übersetzt hatte, schickte dieser eine Fassung von „Die Verlobten“ an den deutschen Dichterkönig. Der würdigte zwar nicht die auf historischen Quellen basierende Pestgeschichte, den Rest aber schon, wie er im Gespräch mit Eckermann

feststellte: Der Roman überflügele alles, „was wir in dieser Art kennen“. Unmittelbar nach dessen enthusiastischer Färsprache erschienen gleich zwei Übersetzungen ins Deutsche, denen bis heute über ein Dutzend weitere gefolgt sind.



Manzoni-Denkmal vor San Fedele

Goethes Fassung der „Verlobten“ enthielt noch viel lombardischen Dialekt. Damit sein Werk in ganz Italien verstanden wurde, schuf Manzoni eine an das Toskanische angelehnte neue Fassung in einer Art italienischer Hochsprache. Er habe, hieß es, „die Wäsche im Arno nachgespült“. Während des Risorgimento, als die Italiener nach einem geeinten Staat strebten, galt Manzonis Bemühung um eine einheitliche, landesweit verständliche Literatursprache als nationales Ausrufezeichen. Die Tatsache, dass die Leser das 1815 auf dem Wiener Kongress gebildete und von den Österreichern regierte Königreich Lombardo-Venetien in der im Roman beschriebenen spanischen Fremdherrschaft des Herzogtums Mailand gespiegelt sahen, trug mit dazu bei, dass man in Manzoni eine Leitfigur des Risorgimento sah. So wurde der Autor im neugebildeten Königreich Italien zum Senator ernannt. Für weitere literarische Werke fehlte dem Nationaldichter danach jedoch der geeignete Stoff. **H. Tews**

### MELDUNGEN

## Händel-Fest in Göttingen

**Göttingen** – Unter dem Motto „Hel-las!“ legen die Internationalen Händel-Festspiele Göttingen noch bis zum 29. Mai ihren Schwerpunkt auf Griechenland. Im Mittelpunkt der 60 Veranstaltungen stehen die beiden Händel-Oratorien „Semele“ und „Hercules“. [www.haendel-festspiele.de](http://www.haendel-festspiele.de) **tws**

## Kollwitz-Bilder zum Tod

**Köln** – Die Kölner Domschatzkammer zeigt bis zum 10. September mit „Begnungen“ zehn Werke der Königsberger Künstlerin zum Thema Abschied und Tod. Es handelt sich um eine Ausstellung des Kölner Kollwitz-Museums, das aufgrund von Baumaßnahmen vorübergehend geschlossen ist und daher in der Domschatzkammer gastiert. [www.kollwitz.de](http://www.kollwitz.de) **tws**

JÜRGEN POOCH

## Von Insterburg ans Ohnsorg-Theater

Über viele Jahre waren er und Heidi Mahler, die Tochter der legendären Volksschauspieler Heidi Kabel und ihres Mannes Hans Mahler, das Traumpaar des Hamburger Ohnsorg-Theaters, und für viele sind sie es noch immer. Dabei war er, Jürgen Pooch, noch nicht einmal ein Hamburger Buttje gewesen, sondern ein ostpreußischer Lorbass. Vor 80 Jahren, am 21. Mai 1943, kam Pooch in der Heimat seiner Mutter, einer geborenen Seidenberg, im Insterburger Stadtteil Sprindt, zur Welt. Doch schon bald zog die kleine Familie nach Danzig, von wo der Vater stammte. Jener fiel 1944 in Kurland. Mutter und Sohn flohen mit dem letzten Schiff aus Danzig. Über Lübeck gelangten sie schließlich mit Pferd und Wagen nach Flensburg-Mürwik, wo sie in der Marinesiedlung wohnten. Dort ging der Junge zur Schule und erlernte anschließend auf Wunsch seiner Mutter mit dem Handelskaufmann einen ordentlichen Beruf.

Doch trieb es ihn auf die Bretter, die angeblich die Welt bedeuten. Nachdem er schon in Flensburg an der Niederdeutschen Bühne erste Theatererfahrungen als Statist, im Chorgesang und in kleineren Rollen gesammelt hatte, besuchte er in Hamburg die Schauspielschule von Hildburg Freese. Die Ausbildung finanzierte er mit Arbeiten an dortigen Theatern.

Im damaligen Künstlertheater im Hamburger Stadtteil Eppendorf wurde er in den 60er Jahren vom seinerzeitigen Intendanten des Ohnsorg-Theaters, Hans Mahler, entdeckt, der ihn an seine Bühne holte. Pooch debütierte am Ohnsorg-Theater als Taxifahrer in dem Lustspiel „Froonslud sünd ook Minschen“. Dass dem Debüt eine Festanstellung folgte, mag auch daran gelegen haben, dass er und die



Jürgen Pooch (1943–1998)

Tochter des Intendanten ein Paar wurden, auf der Bühne und auch im wirklichen Leben. 1981 heirateten die beiden. Leider hielt die Ehe, die angesichts der vielen gemeinsamen Happy Ends auf der Bühne perfekt schien, nur bis 1985. Dann gingen beide getrennte Wege. Pooch heiratete 1992 ein zweites Mal, Christel Basilon.

Außer als Schauspieler arbeitete Pooch auch als Hörspielsprecher. Als Autor übertrug er einige Theaterstücke in die niederdeutsche Sprache, und als Regisseur brachte er sie zur Aufführung. 1988 erlitt er einen Herzinfarkt, und 1991 wurde bei ihm Lungenkrebs diagnostiziert. Nach einer Gehirnblutung musste der Schauspieler wieder Sprechen und Gehen lernen. 1996 konnte er noch sein 30. Bühnenjubiläum am Ohnsorg-Theater feiern, zwei Jahre später, am 18. August 1998, starb der Krebskranke während eines Türkeiurlaubs an akutem Herzversagen. *Manuel Ruoff*



Ex-Staatschef Slobodan Milošević (hinten, z.v.l.) war der prominenteste Angeklagte: Der Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

Foto: pa

VÖLKERRECHT

## Zwischen Weltgericht und Siegerjustiz

Für die Jugoslawienkriege gab es auch einen internationalen Gerichtshof. Vor 30 Jahren wurde dieser durch den UN-Sicherheitsrat geschaffen

VON BJÖRN SCHUMACHER

Vor drei Jahrzehnten, am 25. Mai 1993, wurde der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ) gegründet. Das Ad-hoc-Gericht im niederländischen Den Haag wurde zwar am 31. Dezember 2017 aufgelöst, doch hat es zusammen mit dem von 1994 bis 2015 bestehenden Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda (IStGHR) in dem 2010 gegründeten Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe (IRMCT) einen bis heute bestehenden Rechtsnachfolger. Der 30. Jahrestag der IStGHJ-Gründung liefert den Anlass einer historischen Würdigung und Einordnung.

Bis weit in die Neuzeit hinein war das Recht eine exklusive Angelegenheit begrenzter Territorien. Gerichte konstituierten sich per Staatsakt. Hugo Grotius' vom Schrecken des Dreißigjährigen Krieges geprägtes Werk „De jure belli ac pacis“ (Über das Recht von Krieg und Frieden) aus dem Kriegsjahr 1625 beschrieb kein Völkerrecht im modernen Sinne, sondern naturrechtliche Debatten über den „gerechten Krieg“ (bellum iustum). Prägend wurde die Unterscheidung zwischen dem „Recht auf Krieg“ (ius ad bellum) und dem „Recht im Krieg“ (ius in bello). Letzteres formte – in Gestalt von Schutznormen für Zivilisten und Kriegsgefangene – das erste große Vertragswerk des Völkerrechts: die Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907.

Leider vermochte die HLKO die Gräueltaten beider Weltkriege kaum einzudämmen. Einen Strafenkatalog für verbotene Militärfaktionen und Übergriffe enthielt sie

ebenso wenig wie Vorschriften über ein Tribunal zur Aburteilung der Täter. Nicht nur deshalb weigerten sich die Niederlande 1919, den geflüchteten Deutschen Kaiser Wilhelm II. als „Kriegsverbrecher“ an die Entente-Mächte auszuliefern.

Der Zweite Weltkrieg änderte alles. Die alliierten Mächte, darunter das militärisch besiegte Frankreich, stampften ein Statut für einen Internationalen Militärgerichtshof (IMG) aus dem Boden, das Fundament des Nürnberger (Hauptkriegsverbrecher-) Prozesses gegen NS-Größen sowie ranghohe deutsche Militärs und Wirtschaftsführer. Ihnen wurden Kriegsverbrechen im engeren Sinne (ius in bello), Verbrechen gegen den Frieden (Verstöße gegen das ius ad bellum) sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen.

### Einäugigkeit Nürnbergs

Aus klassischer rechtlicher Perspektive bleibt der Prozess zwiespältig. Zwar durften schwerste NS-Verbrechen nicht ungeahnt bleiben, rechtsstaatliche und -ethische Aspekte hätten dennoch entschiedener beachtet werden müssen. Umfassende Gerechtigkeit durch die Ahndung beiderseitiger Kriegsverbrechen strebten Franklin D. Roosevelt, Winston Churchill und Josef Stalin zu keiner Zeit an. Weder akzeptierten die Großen Drei nichtalliierte Richter und Ankläger noch schufen sie Parallelstatuten zur Aufarbeitung sowjetischer, britischer und US-amerikanischer Kriegs- und Nachkriegsexzesse.

Ohnehin fragt sich, warum die Bestrafung kapitalen NS-Unrechts nicht dem – nach heutiger Geschichtspolitik – „befreiten“ Deutschland überlassen wurde. Zwar wären die Verfahren in den Besatz-

ungszonen unter alliierter Kontrolle abgelaufen, Richter und Staatsanwälte hätten sich aber auf die bewährten, Rechtssicherheit schaffenden Kodifikationen des Strafgesetzbuchs (StGB) und der Strafprozessordnung (StPO) stützen können. Allerdings hatten die Sieger nach dem Ersten Weltkrieg mit einem entsprechenden Prozedere insofern schlechte Erfahrungen gemacht, als ihnen die von deutschen Gerichten über Deutsche gefällten Urteile nicht hart genug waren.

Zum eigentlichen Quantensprung des humanitären Völkerrechts wurde die Gründung der Vereinten Nationen (UN) mitsamt ihren Organen. Zahlreiche internationale Abkommen schufen nach 1945 ein dichtes Netz von Rechtsquellen, die dafür sorgten, dass der völkerrechtliche Wildwuchs von „Nürnberg“ in späteren Prozessen spürbar eingedämmt werden konnte.

Dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien schuf der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 827. Seine Zuständigkeit erstreckte sich auf folgende in den Jugoslawienkriegen seit 1991 begangene Straftaten: schwere Verletzungen der Genfer Konventionen, Verstöße gegen die Gesetze oder Gebräuche des Krieges, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ausgeklammert blieb die Verfolgung von Straftaten im Kosovokrieg 1999/2000.

Dem IStGHJ gehörten 16 ständige und 27 sachkompetente, vorübergehend zugeordnete Ad-litem-Richter an, die sich auf drei erstinstanzliche Strafkammern und eine Berufungskammer verteilten. 14 der ständigen Richter wurden von der Generalversammlung der UN gewählt, die bei-

den übrigen vom IStGHJ-Präsidenten in Abstimmung mit dem Präsidenten des IStGHR ernannt. Der Anklagebehörde stand ein vom UN-Generalsekretär vorgeschlagener und vom Sicherheitsrat ernannter unabhängiger Chefankläger vor.

### Selenskyj will auch einen für Putin

Verfahren wurden nur gegen anwesende Angeklagte geführt. Die jeweils drei Richter aller Kammern entschieden nach dem Mehrheitsprinzip. In Betracht kam nur Freiheitsentzug; sowohl Zeitstrafen als auch lebenslange Haftstrafen wurden verhängt. Letzteres traf etwa die bosnischen Serben Radovan Karadžić, Präsident der Republika Srpska 1992 bis 1995, und Ratko Mladić, Oberbefehlshaber der Republika Srpska, die Massaker an muslimisch-bosnischen Zivilisten in Sarajewo und Srebrenica mit 8000 Opfern angeordnet hatten. Prominentester Angeklagter war der 2006 vor Prozessende verstorbene Präsident Serbiens von 1989 bis 1997 und Jugoslawiens 1997 bis 2000, Slobodan Milošević.

Kritik entzündete sich an unbestimmten Formulierungen der UN-Charta, die der Errichtung des Jugoslawien-Tribunals zugrunde lagen und einer gewissen Beliebigkeit der in Den Haag praktizierten Verfahrensregeln. Von Juristen gerügt wurden auch das Fehlen unabhängiger völkerrechtlicher Kontrolle und die als politisch einseitig empfundenen Anklagen. Hinweise auf Kriegsverbrechen der NATO-Mitgliedsstaaten seien ignoriert worden, lautete ein Vorwurf. Umstritten ist, ob sich der IStGHJ von der strukturellen Einäugigkeit des Nürnberger Prozesses hat lösen können.

Bekennender Anhänger dieses Prozesses ist der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj. Er fordert ein Ad-hoc-Tribunal nach Nürnberger Vorbild für den Krimkrieg. Die Frage, warum das nicht der 2002 ebenfalls in Den Haag errichtete (ständige) Internationale Strafgerichtshof übernehmen sollte, ist rasch beantwortet. Dieses Haager Tribunal untersteht nicht den Vereinten Nationen. Die ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder China, Russland und USA sind seinem Gründungsstatut nicht beigetreten. Wer den russischen Präsidenten Wladimir Putin anklagen und verurteilen will, braucht ein weiteres Sondergericht.



Mit einem der Scherenschnitte samt Informationstafel, welche die Ausstellung ergänzen: Thomas Seifert von Schriftwerk, einem Partner des Napoleonmuseums Arenenberg bei der Gestaltung der Ausstellung, die Ausstellungsmacherin und stellvertretende Museumsdirektorin Christina Egli, der Leiter Administration des Museums, Peter Zdravec, die Szenografin der Ausstellung, Eliane Huber, der Kellermeister und Leiter des Weinguts Arenenberg, Peter Mössner, sowie der Museumsdirektor Dominik Gügel (v. l.) Foto: PR2

Als der nach dem endgültigen Sturz seines Onkels Kaiser Napoleon I. aus Paris verbannte spätere Kaiser Napoleon III., Charles-Louis-Napoléon Bonaparte, 1815 mit sieben Jahren und seiner Mutter Hortense nach Konstanz kam, war er bereits „in den Zauberspruch gefallen“, wie es die Ausstellungsmacherin und stellvertretende Direktorin des Napoleonmuseums Arenenberg, Christina Egli, in Anspielung auf den berühmten Comic-Gallier Obelix ausdrückt. Als kleiner Bub war es für ihn völlig normal gewesen, in den prachtvollen Schlossparks seiner Tante Kaiserin Josephine, seiner Mutter Hortense und seines Onkels Versteck zu spielen und abenteuerliche Streifzüge zu unternehmen. Das prägte ihn. Kaum in Konstanz angekommen, tobte er sich in den Gärten und Parks entlang des heutigen Seeuferweges aus. Der Landschaftsbau und das Gärtnern ließen ihn zeitlebens nicht mehr los.

1817 bezog Hortense de Beauharnais mit ihrem Sohn das Schlossgut Arenenberg am Schweizer Bodensee. Sie richtete sich in ihrem Exil ein und ließ Anwesen und Park „à la mode“ umgestalten. Vor allem beim Parkbau mischte Louis beherrschte mit. Nicht nur zur Freude seiner Mutter legte er eine Voltigieranlage neben dem Schloss an, konstruierte und baute – teilweise eigenhändig – eine einbogige Brücke über einem tiefen Tal und grub Tunnel für Artillerieübungen in den Sandstein.

#### Umbau und Begründung von Paris

Die Ausstellung im Cinéma des Napoleonmuseums Arenenberg schildert den Werdegang des „grünen Fürsten“ Prinz Louis zum Parkbauer und legt den Schwerpunkt auf sein späteres Herzensprojekt als Kaiser der Franzosen: die Begründung von Paris. Park für Park entstand im Rahmen seines kompletten Umbaus der französischen Hauptstadt, den er zusammen mit dem dafür viel bekannteren George-Eugène Haussmann in den 1850er und 1860er Jahren umsetzte. Fast alle berühmten Pariser Parks und grünen Boule-

vards der Stadt sind dem Fortschrittswillen und der Leidenschaft Napoleons III. zu verdanken. Sein Ansinnen war es, vor den Haustüren der Bürger attraktive Grünflächen mit hoher Aufenthaltsqualität zu schaffen, und damit Naherholungsmöglichkeiten für alle.

Die Ausstellung schlägt ein großes Bilderbuch auf. Historische und aktuelle Aufnahmen der Pariser Parks sowie Zeitungsausschnitte veranschaulichen die ungeheuren Mühen und Kosten, die für die Anlage von Bois de Vincennes, Parc Monceau, Jardins des Champs-Élysées und anderen Parks mehr geschultert wurden. Allein im Bois de Boulogne wurden 420.000 Bäume gepflanzt. Auch die Pariser Stadtplaner und Gartenbauer werden in der Ausstellung gewürdigt, darunter Haussmann, aber auch Jean-Charles Adolphe als „Vater der Grünflächen von Paris“, der Landschaftsgärtner Jean-Pierre Barillet-Deschamps, der Ingénieur Eugène Belgrand und der Architekt Gabriel Davioud.

#### „Grüne Fürsten“ als Scherenschnitte

Installationen in der Arenenberger Parkanlage sowie den Parks und Gärten der Kooperationspartner ergänzen die Ausstellung. Dort begegnen die Besucher den Weggefährten des Kaisers aus seiner Exilzeit am Bodensee. Unter den lebensgroßen Scherenschnitten befinden sich „grüne Fürsten“ wie Nikolaus II. Esterházy

ebenso wie Gartenarchitekten, Hofgärtner und weitere „gute Geister“, ohne deren grüne Daumen die blaublütigen Adeligen beim Gartenbau wohl nicht weit gekommen wären. Sie alle plaudern fröhlich aus dem Nähkästchen und steuern ihre ganz eigene Perspektive bei, indem sie europaweite Pflanzentausch-Achsen aufdecken, über die großen Herausforderungen beim Parkbau sinnieren und über ihre Rolle bei der Verwandlung der Kulturlandschaft am Bodensee sprechen.

#### Das Gesamtprojekt

Eingebettet sind Ausstellung und Parkinstallationen in das vom Napoleonmuseum und der Insel Mainau initiierte internationale Ausstellungsprojekt „Grüne Fürsten am Bodensee“. Im Mittelpunkt steht neben Kaiser Napoleon III. und seiner Mutter (auf dem Arenenberg) der schillernde österreichische Fürst Nikolaus II. Esterházy (auf der Insel Mainau). Nach seiner Verbannung aus Wien hatte er 1827 die Insel Mainau gekauft. Er modernisierte den barocken Park von Grund auf und wandelte ihn in einen englischen Landschaftsgarten um. Das heutige Wegenetz geht – wie man seit den Vorbereitungen zum Grüne-Fürsten-Projekt weiß – sogar auf seine Planung zurück. Die Ausstellung „Il Magnifico – Fürst Nikolaus II. Esterházy empfängt im Schloss“ widmet sich auf der Insel Mainau seinem „grünen“ und zugleich verschwenderisch-

prachtvollen Lebensstil, den er zusammen mit seiner Familie pflegte. Das Quartett voll macht der badische Markgraf Wilhelm, der an beiden Ausstellungsarten ebenfalls präsent ist.

Ausstellungen im Naturmuseum Thurgau, im Museum für Archäologie Thurgau und im Ittinger Museum zeigen weitere Aspekte der Gestaltung und Nutzung von Landschaft im 19. Jahrhundert. Das Ittinger Museum stellt in der Ausstellung „Gärten der Kartause – Zum Nutzen und zur Freude“ unter anderem den innovativen Gutsherrn Victor Fehr vor. Er kaufte 1867 das säkularisierte Kartäuserkloster Ittingen und wandelte es in einen landwirtschaftlichen Musterbetrieb um. Das Museum für Archäologie wiederum öffnet in der Ausstellung „Napoleon III. & Archäologie“ den Blick auf einen ganz anderen Aspekt von Erdbewegung. Das Naturmuseum Thurgau widmet sich dem Thema „Royales Halali – Jagd als fürstliches Vergnügen“. Kooperationen mit europäischen Schlössern wie Salem, Malmaison und Eisenstadt, historischen Bodensee-Orten sowie dem Netzwerk Bodenseegärten runden das Bild ab. E.B.

● Die Ausstellung „Die Gärten Kaiser Napoleons III.“ ist noch bis zum 24. Oktober im **Napoleonmuseum Arenenberg**, Arenenberg 1, 8268 Salenstein, Schweiz, Telefon 0041583457410, E-Mail: napoleonmuseum@tg.ch, zu sehen.

#### OTTO LILIENTHAL

## Pommerscher Pionier des Gleitflugs

Wie Otto Lilienthal, der am 23. Mai 1848 im Pommerschen Anklam zur Welt kam, war auch sein Vater mathematisch und technisch begabt. Viele hungrige Mäuler hatte dieser indes zu stopfen – Otto war das erste von insgesamt acht Kindern des Kaufmanns und dessen Ehefrau –, und die Familie geriet in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Ehe sie in Amerika ihr Glück versuchen konnte, starb der Vater. Trotzdem gelang es der Mutter, den Kindern eine gute Ausbildung zu ermöglichen.

Bei ihrem Ältesten folgte dem Besuch des Gymnasiums in Anklam und der Gewerbeschule in Potsdam schließlich ein erfolgreiches Maschinenbaustudium an der Gewerbeakademie in Charlottenburg. Nach der Teilnahme als „Einjährig-Freiwilliger“ am Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 arbeitete er als angestellter Ingenieur.

Mit dem von ihm erfundenen Schlangenrohrkessel gelang dem innovativen Geist schließlich der Durchbruch. 1881 machte er sich mit der Produktion von auf dieser Entwicklung fußenden Kleinmotoren erfolgreich selbstständig.

Wirtschaftlich unabhängig konnte er sich nun systematisch seiner Leidenschaft widmen: der Fliegerei. Zudem ergab sich ein reizvoller Synergieeffekt, konnte er doch als Fabrikant seine Entwicklungen gleich selbst vermarkten.

Bereits ab 1874 hatte er mit seinem Bruder Gustav wissenschaftliche Versuchsreihen zum Auftrieb an ebenen und gewölbten Flächen durchgeführt. Die Ergebnisse und Erkenntnisse flossen in sein 1889 veröffentlichtes Standardwerk „Der Vogelflug als Grundlage der Fliegekunst“ ein.

Mit diesen Erkenntnissen machte sich Lilienthal – nun ohne seinen Bruder Gustav – daran, Gleitflieger zu entwickeln, selbst in Flugversuchen zu testen, zu optimieren und schließlich teilweise in seiner Dampfkessel- und



Vor 175 Jahren geboren: O. Lilienthal

Maschinenfabrik Otto Lilienthal für den Markt zu produzieren. Sein sogenannter Normalsegelapparat gilt als das erste in Serie produzierte Flugzeug der Welt.

Einer seiner Flugversuche wurde Lilienthal schließlich zum Verhängnis. Am 9. August 1896 stürzte er bei Stölln am Gollenberg aus etwa 15 Metern Höhe ab. Seine anschließenden Worte: „Ist nicht so schlimm, kann mal vorkommen. Ich muss mich etwas ausruhen, dann machen wir weiter“ waren leider eine Fehleinschätzung. Einen Tag später erlag er seinen Verletzungen. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Kernforderungen der sogenannten Klima-Aktivist:innen der „Letzten Generation“, welche mit unablässigen Straßenblockaden beziehungsweise Nötigungen von Autofahrern durchgesetzt werden sollen, lauten: Einführung eines dauerhaften Neun-Euro-Tickets für den öffentlichen Personennahverkehr, Tempolimit von 100 Stundenkilometern auf deutschen Autobahnen und Bildung von im Losverfahren besetzten „Gesellschaftsräten“, die der Regierung vorgeben sollen, wie sie Deutschland bis 2030 „klimaneutral“ zu machen habe.

Das freilich geht dem Professor für Staats- und Wirtschaftswissenschaften Helge Peukert von der Universität Siegen noch lange nicht weit genug. Deshalb hat sich der Hochschullehrer nun an die Klima-Kleber gewandt, denen er seine „absolute Hochachtung“ versicherte, um sie zu animieren, von ihren aus „taktischen Gründen“ vorgebrachten „minimalistischen Forderungen“ abzugehen und stattdessen einen „radikalen Vorschlagskatalog“ zur Abwendung der „thermodynamischen Bedrohung der Menschheit“ zu präsentieren. Dies tat er in dem Artikel „Wie radikal müsste es sein?“, welcher am 4. Mai im Magazin „OXI Wirtschaft anders denken“ veröffentlicht wurde.

Darin betont Peukert gleich eingangs, dass es „nach jahrzehntelanger Verschleppung ... sofort der Einführung von Notstandsgesetzen“ bedürfe – zunächst „erst einmal auf nationaler und dann europäischer Ebene“. Dies begründet er unter anderem mit der zukünftigen Erwärmung hierzulande um „bis zu sechs Grad“, denn die würde ohnehin „zu einem Außerkraftsetzen der Demokratie über längere Zeiträume“ führen.

#### Eingriff in alle Lebensbereiche

Zum Inhalt der erforderlichen Notstandsgesetze zur Erzwingung einer völligen Abkehr vom „heutigen Produktions- und Konsumniveau“ macht Peukert fast einhundert konkrete Vorschläge. Sie betreffen Veränderungen in acht Bereichen und können hier unmöglich alle aufgezählt werden. Dennoch lassen die nachfolgenden Beispiele erahnen, welche Umwälzungen dem Sympathisanten der „Letzten Generation“ vorschweben.

So folgen unter der Überschrift „Klima“ Forderungen, die von der Absenkung des Ausstoßes von Treibhausgasen bis 2035 „auf Netto null“ über das Ende jeglichen Holzeinschlages bis hin zum Totalverbot von Lager- und Grillfeuern reichen. Dazu kommt der Zusatz: „Militär weitestmöglich reduzieren“.

Dann geht es um den Bereich Verkehr, zu dem Peukert ebenfalls ein bunter Strauß an Geboten und Verboten einfällt, die allesamt auf das Eine abzielen, nämlich die maximale Einschränkung



Industrieruinen als Zukunftsvision: Für das verarbeitende Gewerbe sähe es düster aus in der von manchem Klima-Extremisten angestrebten Ökodiktatur

Foto: pa

#### „KLIMASCHUTZ“

## Ein Professor träumt vom Ende der Freiheit

Um das Klima zu retten, will Helge Peukert, Hochschullehrer an der Universität Siegen, Industrie und Mobilität drastisch herunterfahren und die Menschen in faktische Armut und Unfreiheit stürzen

der individuellen Mobilität. Unter anderem soll der private Benzin- und Dieserverbrauch in kürzester Zeit von 500 Litern pro Person und Jahr auf Null heruntergefahren werden sowie ein „Abbau von Straßen/Autobahnen“ erfolgen. Und fliegen dürften die Menschen lediglich noch Strecken zwischen 1000 und 3000 Kilometern – aber nur einmal pro Jahr und später dann sogar bloß alle drei Jahre. Deshalb könnten die meisten Flughäfen geschlossen werden.

Ebenso radikal sind die Visionen des Professors auf dem Gebiet „Verteilung/ Soziales/Gesellschaftlicher Zusammenhalt“: Ein bedingtes Grundeinkommen für alle, Vollbeschäftigung durch „sozial-ökologische Arbeitsplätze“, „Hohe Vermögens- und Erbschaftssteuern“ und „Einführung eines sozialen Dienstes für alle Bürger:innen“ (Binnen-Doppelpunkt im Original).

Unter der Überschrift „Kommunikation/Forschung“ wird dann die „Ausrichtung der Lehre und Forschung auf eine

Überlebenswissenschaft“ gefordert. Darüber hinaus soll eine „Kommunikationsorganisation zur Einsicht in Veränderungen und Notwendigkeit radikaler Maßnahmen“ ihren Dienst aufnehmen. Über deren genaue Aufgaben sagt Peukert nichts – es drängt sich jedoch der Verdacht auf, dass ihr die Indoktrination und Disziplinierung jener Menschen obliegen würde, die gegen die anvisierte Ökodiktatur opponieren.

#### Nahrungsmittel per Punktesystem

Anlass für Proteste könnten nicht zuletzt die Maßnahmen auf dem Feld des Wohnens sein, so wie beispielsweise die Einstellung aller „Neubauaktivitäten“ und die faktische Beschränkung der Wohnfläche pro Kopf auf 45 Quadratmeter. Außerdem sollen Einzelpersonen Haushaltsgeräte wie Waschmaschinen nicht mehr allein nutzen dürfen.

Ähnlich radikale Ideen hat Peukert, was den Bereich „Arbeit/Wirtschaft/Industrie“ betrifft. Dazu zählen der „weit-

gehende“ Rückbau der Automobil- und Chemiebranche sowie der metallverarbeitenden Industrie.

Und natürlich fehlt es auch nicht an allerlei Forderungen zum Thema „Ernährung/Landwirtschaft“, welche besonders tiefblicken lassen: Neben einem „Importstopp von Lebensmitteln“ verlangt der Siegener Hochschullehrer, dass „Vertrieb und Konsum“ von Nahrungsmitteln „über ein Punktebezugssystem“ erfolgen, „um eine gesicherte Basisversorgung und Gleichverteilung ... angesichts der vorzunehmenden Begrenzungen ... zu erreichen.“ Dann heißt es weiter: „Die Vernichtung von Lebensmitteln ist verboten, nicht benötigte sind abzugeben und/oder kostenlos zu verteilen; kein Fleisch- und Wurstwaren-Verzehr mehr.“

Abgerundet wird das Ganze durch Aussagen über den Finanzsektor: So soll die Kreditvergabe künftig strikt „ökosozial“ ausgerichtet sein.

Für all jene, die angesichts dieses dystopischen Konvoluts in Angst oder Wut

verfallen, hält Peukert am Ende eine „frohe Botschaft“ bereit: „Die unerlässliche Entmaterialisierung führt wohl zwangsläufig zu einer völligen Umwälzung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen. Eine Postwachstumsökonomie entlastet und entschleunigt und erfordert ein neues transzendentes Weltbild jenseits von individualegoistischem Konsum, Expansion und Geschwindigkeit.“

Insofern seien die Aktivist:innen der „Letzten Generation ... symbolische Persönlichkeiten und Repräsentanten einer zukünftigen biosphärischen Lebensökonomie, die nicht nur gegen die voranschreitende Zerstörung unseres Planeten kämpfen, sondern deren Ziele auch zu einem sinnerfüllteren, kreativeren, solidarischeren, schöneren und glücklicheren Leben führen können.“ Nun bleibt abzuwarten, ob die derart Hofierten die Anregungen Peukerts aufgreifen und ihren Forderungskatalog entsprechend erweitern. Falls ja, stehen unserem Land noch bewegtere Zeiten bevor.

#### ÖKODIKTATUR

## Als Vorbild dienen die Corona-Maßnahmen

In einem Interview mit dem Wirtschaftsmagazin „OXI“ gibt Peukert tiefe Einblicke in sein Denken

Angesichts der überaus radikalen ökosozialistischen Vorschläge des Siegener Staats- und Wirtschaftswissenschaftlers Professor Dr. Dr. Helge Peukert „an die Letzte Generation, welche Forderungen aufzustellen und zu diskutieren wären, um die thermodynamische Bedrohung der Menschheit abzuwenden“, drängt sich die Frage nach dem persönlichen Hintergrund dieses Hochschullehrers auf.

Peukert ist unter anderem Mitglied im Beirat der globalisierungskritischen Nichtregierungsorganisation attac Deutschland und des Netzwerkes Scientist Rebellion, welches gleichfalls zum zivilen Ungehorsam greift, um härtere Kli-

maschutzmaßnahmen zu erzwingen, weil ansonsten die Verurteilung der jetzt Verantwortlichen „vor einem späteren Generationengericht“ drohe. Dabei erhält er immer wieder Gelegenheit, sich in etablierten Medien wie dem Deutschlandfunk, dem WDR, der „Süddeutschen Zeitung“ und der „Frankfurter Rundschau“ zu äußern. Den tiefsten Einblick in sein Weltbild gab er jedoch in einem Interview mit dem Wirtschaftsmagazin „OXI“, das auch den oben vorgestellten Text „Wie radikal müsste es sein?“ publizierte.

Auf die Frage, ob seine Forderungen „nicht völlig illusorisch“ seien, meinte der 66-Jährige: „Angesichts der bestehenden

Macht- und Interessenverhältnisse, z. B. der Riesengewinne der Autokonzerne mit fetten SUVs, der geopolitischen Konfrontationslage, kurzfristiger Hasenfußpolitikern auch hierzulande und der Nichtbereitschaft breiter Bevölkerungskreise in unserer Konsumdemokratie, der Katastrophe ins Auge zu schauen, stehen die Zeichen definitiv schlecht.“

#### Abschied vom Individualverkehr

Dennoch müsse er an die Öffentlichkeit gehen, denn: „Wer in Grenzsituationen schweigt, macht sich mitschuldig.“ Anschließend gab der Interviewer zu bedenken: Bedeute eine Umsetzung der Forde-

rungen Peukerts „nicht das Ende der Demokratie – also liefere man nicht Gefahr, dann die von vielen an die Wand gemalte drohende Ökodiktatur zu bekommen?“ Hierauf wick der Wissenschaftler aus: „International beobachten wir bereits ... angesichts diverser Verunsicherungen zunehmende Tendenzen zu autoritären Regimen, und in westlichen Formaldemokratien gewinnen rechtspopulistische Akteure an Beliebtheit.“ Insofern wäre es wohl kaum sonderlich problematisch, wenn man angesichts drohender „Ökosystemzusammenbrüche ... unter halbwegs demokratischen Bedingungen die Fokussierung auf ein großes Ziel“ wie

eben die Begrenzung der Erderwärmung wage. Dem folgt der aufschlussreiche Satz: „Die Corona-Politik bietet Anschauungsunterricht, wie man einen tendenziellen Lockdown hinbekommen kann, ohne in einer Corona-Diktatur zu enden.“

Ebenso fabulierte Peukert noch von der „starken ordnenden Rolle des Staates“ sowie den Segnungen der „Überwindung des individualegoistischen Konsumlebensstils, inklusive einer Verabschiedung vom Individualverkehr“, wobei er es sich nicht verkneifen konnte, Seitenhiebe gegen die „vielen Menschen“ zu verteilen, die auf „Verleugnung und Abwehrmechanismen“ setzten.

W.K.



## NÖRDLICHES OSTPREUSSEN

# „Kaliningrad“ wird wieder Königsberg

Die Stadt heißt in Polen künftig „Królewiec“ – Russland kontert mit deutschen Namen schlesischer Städte

VON BODO BOST

In der Republik Polen wird man in Zukunft den Namen „Kaliningrad“ weder in Büchern noch auf Straßenschildern mehr lesen können. Polen kehrt zu der traditionellen polnischen Bezeichnung „Królewiec“, was übersetzt Königsberg heißt, zurück, weil dieser Name mit seiner Geschichte und seinem kulturellen Erbe verbunden sei. Die Änderung ist symbolisch, sie ist keine Aussage bezüglich der Staatszugehörigkeit des Königsberger Gebiets.

Auf Initiative lokaler Regierungsvertreter, des Woiwodschaftsamt Ermland und Masuren in Allenstein, unterstützt durch einen Vorschlag des Ministers für Entwicklung und Technologie, hat die Kommission für die Standardisierung geografischer Namen jenseits der polnischen Grenzen, die unter der Schirmherrschaft des Obersten Landvermessers agiert, auf einer Sitzung im April dieses Jahres einen Beschluss gefasst, dass für die Stadt Königsberg nur der polnische Name Królewiec und für das Königsberger Gebiet der Name Królewiec Oblast empfohlen wird. Die Kommission für die Standardisierung der geographischen Namen jenseits der polnischen Grenzen setzt sich aus Fachleuten aus den Bereichen Geografie, Geschichte, Linguistik und Kartografie zusammen.

### „Kaliningrad“ sei „künstlich“

„Die Namensgebung Kaliningrad ist uns aufgezwungen, sie ist künstlich und hat nichts mit der regionalen Geschichte zu tun. Die Tatsache, dass eine große Stadt in der Nähe unserer Grenze nach Michail Kalinin benannt wurde, das heißt nach einem Verbrecher, der unter anderem 1940 den Erlass unterschrieben hat, in Katyn 25.000 polnische Offiziere und Intellektuelle zu ermorden, weckt bei



Sicht auf den Königsberger Dom und die Kneiphof-Insel: Polen gibt der Pregelstadt ihren historischen Namen zurück Foto: J.T.

den Polen negative Emotionen“, begründete Minister Waldemar Buda die Namensänderung. Kalinin, der 1946 starb, war ein Handlanger Stalins, der jahrzehntelang formal Staatsoberhaupt der Sowjetunion war – ohne über große Macht zu verfügen.

Namensgebungen spielten im Konzept der „Russkij Mir“-Ideologie und vor allem im parallel zum Ukrainekrieg, der als „Spezialoperation“ bezeichnet wurde, geführten Informationskrieg eine wichtige Rolle. Deshalb sehe sich Polen zu diesem Schritt veranlasst, fügte Minister Buda hinzu. Der Beschluss trat am Tag seiner Veröffentlichung auf der Webseite der Kommission in Kraft.

Die Stadt heißt auch in Litauen traditionell und bis heute in vielen litauischen Dokumenten und Landkarten Karaliaučius. Im letzten Jahr gab es in Tschechien, wo die Stadt Královec heißt, einen eher ironisch gemeinten Versuch, in Form eines böhmischen Geschichtsrevisionismus Ansprüche auf diese Stadt und das Gebiet zu erheben.

### Russland protestiert

„Es ist keine Russophobie mehr, es ist ein an Wahnsinn grenzender Prozess, was in Polen passiert“, antwortete Kreml-Sprecher Dmitrij Peskow auf die Frage, wie er dazu stehe, dass „Kaliningrad“ in Polen wieder Königsberg heißen

soll. Auch der ehemalige russische Präsident Dmitrij Medwedew äußerte sich zu diesem Thema. „Die polnischen Russophobiker wollen eine Geschichtslehrstunde geben, indem sie die russische Stadt Kaliningrad in Polnisch zu Królewiec umschreiben“, schrieb er auf Twitter. „Nun, in diesem Fall gibt es für uns kein Gdansk, sondern Danzig, kein Szczecin, sondern Stettin, kein Poznan, sondern Posen, kein Wroclaw, sondern Breslau. Die Liste ließe sich endlos fortsetzen“, fügte er hinzu.

In der Tat werden seit einigen Wochen in russischen Staatsmedien immer öfter die alten deutschen Städtenamen in Schlesien und Pommern verwendet.

## KÖNIGSBERG

# Unverständnis für überteuerte Gurken

Probleme durch lange Lieferwege und gestiegene Energiekosten – Maximalpreis lag bei zwölf Euro pro Kilo

In den letzten Monaten ist der Preis für Gurken im Königsberger Gebiet regelrecht explodiert. Obwohl das äußerst beliebte Gemüse zu 90 Prozent aus Wasser besteht, mussten die Verbraucher für es so viel wie für eine exotische Delikatesse bezahlen. Der Preis war bis zu 100 Prozent gestiegen. In den Vorjahren war dagegen der übliche saisonale Anstieg auf zehn bis 20 Prozent begrenzt.

Viele Königsberger hatten sich deshalb an Gouverneur Anton Alichanow gewandt, damit dieser sich um den starken Anstieg der Gurkenpreise in den Geschäften der Stadt kümmere. Sie beklagen, dass der durchschnittliche Preis für Gurken bereits die unvorstellbare Summe von umgerechnet sechs Euro pro Kilogramm erreicht habe. In einer der Regionen des Nordwestbezirks außerhalb des Polarkreises, in der Stadt Narjan-Mar, wo es keine Eisenbahn gibt und wo die Gurken im Winter auf einer speziellen in Schnee und Eis angelegten Straße angeliefert werden, kostete ein Kilo Gurken zum Vergleich nur zwischen drei und vier Euro.

Das Landwirtschaftsministerium wies darauf hin, dass Gurken sehr empfindlich auf den Mangel an Wärme und Licht reagieren, sodass die Kosten für das Gemüse nicht zuletzt wegen der höheren Kosten für die Beleuchtung und die Beheizung gestiegen seien.

Inzwischen hat sich der Preis für Gurken aber wieder normalisiert. In den Königsberger Geschäften sind sie deutlich billiger geworden. Nun füllen sich die Regale sowohl mit Waren von lokalen Erzeugern als auch von türkischen Anbietern. Die Preise reichen von 1,50 bis 3,50 Euro

pro Kilo. Zuvor wurden die Produkte hauptsächlich aus anderen Regionen der Russischen Föderation geliefert.

### Auch Setzlinge wurden teurer

Wie der Königsberger Landwirtschaftsbetrieb „Djuna“ betont, sind die hohen Warenkosten auch auf einen erheblichen Anstieg der Preise für die Anbaumaterialien zurückzuführen. In den vergangenen sechs Monaten sind die Preise für Setzlinge um 40 Prozent, für Düngemittel um 45 bis 65 Prozent und für deren Lieferung in das Königsberger Gebiet um 90 Prozent gestiegen. Kostete es Ende 2021 etwa 3000 Euro, einen Lastwagen in die Region zu bringen, so war es Ende vergangenen Jahres mit 6000 Euro das Doppelte.

Auf dem Zentralmarkt ist der Gurkenpreis ebenfalls gesunken. Vor einem Monat lagen die Preise dort noch zwischen 3,50 und knapp zwölf Euro pro Kilo. Jetzt werden auch türkische Gurken für zirka zwei Euro pro Kilo verkauft, ebenso wie einheimische Gurken für etwas über einen Euro.



Wieder zu normalen Preisen angeboten: Die bei Russen beliebten Gurken Foto: J.T.

## MELDUNGEN

# Eine neue alte Brücke

Heilsberg – Der barrierefreie Zugang zum Schloss der ermländischen Bischöfe in Heilsberg, das heute das Museum des Ermlands beherbergt, ist seit April offiziell wieder gewährleistet. Die Brücke zwischen der Vorburg mit dem Hotel „Krasicki“ und dem Schloss wurde zur Nutzung freigegeben. Besucher müssen nicht mehr über die im September 2022 eingereichtete provisorische Treppe aus dem Burggraben nach oben steigen. Die alte Brücke aus dem Jahr 1930 war in einem fatalen Zustand und musste abgerissen werden; die neue orientiert sich an der ursprünglichen Gestalt aus dem Mittelalter. Die Brücke stützt sich auf vier gotische Ziegelpfeiler mit granitene Kragsteinen, ihr Unterbau ist aus Kiefern-, die obere Schicht aus Lärchenholz. Es ist auch zu sehen, bis zu welcher Stelle die Brücke hochgezogen wurde. Im trockenen Burggraben darunter entsteht demnächst ein Garten nach dem Vorbild der früheren Bischofsgärten. U.H.

# Verschleierte Angaben

Königsberg – Jedes Jahr müssen Beamte und Mitglieder der Regionalen Duma ihr Einkommen des Vorjahrs veröffentlichen. Zu den reichsten Abgeordneten zählten im vergangenen Jahr in Königsberg Eigentümer von Bauunternehmen wie Jewgenij Wercholas und Valerij Makarow. Mit der namentlichen Veröffentlichung soll nun Schluss sein. Der Ausschuss der Regionalduma hat Änderungen des Gesetzes über Einkommenserklärungen gebilligt. Die Daten werden zwar auch künftig veröffentlicht, aber nur noch in unpersönlicher und verallgemeinerter Form ohne personenbezogene Daten. Der Sprecher der Versammlung, Andrej Kropotkin, begründete die Änderung mit einer Angleichung an die föderale Gesetzgebung. Die Mehrheit der Ausschussmitglieder sprach sich für die Änderungsanträge aus, nur drei waren dagegen. J.T.

# Gefährdetes Spritzenhaus

Groß Guja – In Groß Guja in der Gemeinde Angerburg ist ein Grundstück zum Verkauf ausgeschrieben, dessen Preis bei umgerechnet etwa 8600 Euro liegt. Auf der Fläche steht das historische Spritzenhaus aus dem Jahr 1928. Das Holzgebäude ist weder im Denkmalverzeichnis der Gemeinde registriert noch befindet es sich in der Obhut des Denkmalpflegeamts. Dass dessen Vorschriften nicht greifen, erhöht bei einem Verkauf paradoxerweise die Chancen des Gebäudes auf das Überdauern, so Angerburgs Bürgermeister Krzysztof Kolaszewski: „Ein potentieller Investor muss keine besonderen Kosten durch Auflagen des Amtes befürchten. Andererseits gibt ihm das freie Hand, was das weitere Schicksal des Spritzenhauses angeht. Er kann es zu anderen Zwecken nutzen oder es in seiner jetzigen Form allgemein zugänglich belassen.“ U.H.



## ZUM 102. GEBURTSTAG

Cramer, Ursula, geb. Hecht, aus Wehlau, am 21. Mai

## ZUM 101. GEBURTSTAG

Schettkat, Gerda, geb. Borm, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Mai

## ZUM 100. GEBURTSTAG

Joneleit, Irmgard, geb. Emmenthal, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 19. Mai  
Mosner, Erna, geb. Hoffmeister, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 21. Mai

## ZUM 99. GEBURTSTAG

Czieslik, Heinrich, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 20. Mai  
Koppetsch, Martha, geb. Fuchs, aus Mecken, Kreis Ebenrode, am 23. Mai  
Sievers, Emmi, geb. Kowalewski, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 22. Mai  
Wiarzewicz, Anna, geb. Hermanowski, aus Sensburg, am 19. Mai

## ZUM 98. GEBURTSTAG

Masurek, Käthe, geb. Sahmel, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 21. Mai  
Rauch, Susanne, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 19. Mai  
Schubert, Gertrud, aus Lyck, am 25. Mai

## ZUM 97. GEBURTSTAG

Hebel, Herta, geb. Kullik, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 24. Mai



FOTO: POKREBY



Kraus, Kurt, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 23. Mai

## ZUM 96. GEBURTSTAG

Klein, Charles, aus Lyck, am 20. Mai  
Scharf, Käthe, geb. Harbacher, aus Stempelken, Kreis Wehlau, am 21. Mai  
Schulz, Franz, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 22. Mai

## ZUM 95. GEBURTSTAG

Baginski, Edelfried, aus Ortelsburg, am 20. Mai  
Döhring, Heinz, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 22. Mai  
Jellonnek, Margarete, geb. Sobolewski, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 19. Mai  
Köpernik, Eva, geb. Pallasch, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 25. Mai  
Lasarzik, Helga, geb. Murawski, aus Lyck, am 19. Mai  
Lukowski, Paul, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai  
Madle, Ursula, geb. Zuehlsdorff, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 20. Mai  
Meier, Liesbeth, geb. Kasuballa, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai  
Munier, Christa, geb. Rieder, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 24. Mai  
Pender, Irmgard, geb. Rast, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 24. Mai

Plewka, Erich, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 21. Mai  
Plügge, Heinz, aus Goythenen, Kreis Fischhausen, am 24. Mai

## ZUM 94. GEBURTSTAG

Hömke, Hildegard, geb. Werner, aus Pomedien, Kreis Wehlau, am 23. Mai  
Rudzki, Ilse, geb. Kleimann, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 23. Mai  
Vogler, Gertrud, geb. Lerbs, aus Rollnau, Kreis Mohrunen, am 24. Mai  
Wienand, Anneliese, geb. Grundmann, aus Mohrunen, am 20. Mai

## ZUM 93. GEBURTSTAG

Benoni, Marianne, geb. Kalweit, aus Lyck, am 24. Mai  
Höcker, Kurt, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. Mai  
Lassek, Hubert, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 19. Mai  
Neumann, Hildegard, geb. Melza, aus Langheide, Kreis Lyck, am 21. Mai  
Puppik, Ruth, geb. Janzik, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 23. Mai  
Sailer, Erna, geb. Ring, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 20. Mai  
Schmidt, Walter, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 20. Mai  
Utschakowski, Gert, aus Fischhausen, am 23. Mai  
Wendel, Christa, geb. Gerschkat, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 21. Mai

## ZUM 92. GEBURTSTAG

Fölsch, Charlotte, geb. Wanagat, aus Groß Trakennen, Kreis Ebenrode, am 19. Mai  
Götze, Traute, geb. Reetz, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 23. Mai  
Junga, Heinz, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 23. Mai  
Kuphal, Horst, aus Wehlau, am 23. Mai  
Lorenschat, Kurt, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 23. Mai  
Lyssewski, Rudolf, aus Lyck, Hindenburgstraße 64, am 24. Mai  
Messinger, Gerdi, geb. Reinke, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 25. Mai

Meyer, Hans, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 22. Mai  
Mielke, Karl, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 21. Mai  
Moselewski, Martha, geb. Nestral, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 21. Mai  
Todzi, Brigitte, geb. Moll, aus Ortelsburg, am 25. Mai  
Westphal, Elfriede, geb. Schnell, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 25. Mai  
Zeil, Hildegard, geb. Dahlmann, aus Schlossgut, Kreis Neidenburg, am 21. Mai

## ZUM 91. GEBURTSTAG

Christoleit, Gerda, geb. Wenzel, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 22. Mai  
Czypull, Bruno, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 25. Mai  
Kosmowski, Hans-Georg, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 21. Mai  
Sawicki, Hildegard, geb. Sdorra, aus Sorden, Kreis Lyck, am 20. Mai  
Wienroth, Helga, geb. Schanko, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 20. Mai

## ZUM 90. GEBURTSTAG

Blankenstein, Horst, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 21. Mai  
Borchert, Werner, aus Neidenburg, am 21. Mai  
Borm, Oskar, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 25. Mai  
Burghardt, Siegfried, geb. Iwanek, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 22. Mai  
Funk, Ingelore, geb. Preuß, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 19. Mai  
Grigoteit, Willi, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 21. Mai  
Kukowski, Helmut, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 23. Mai  
Lugnick, Hans, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 23. Mai  
Lueth, Christel, geb. Rydzewski, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 20. Mai  
Nüchtern, Waltraud, geb. Schmidtke, aus Silberbach, Kreis Mohrunen, am 22. Mai  
Sabadi, Dr. Heinz, aus Lyck, Bismarckstraße 4, am 24. Mai  
Schäfer, Hanna, geb. Warstat, aus Wehlau, am 23. Mai  
Schleg, Anni, geb. Kowalewski, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 21. Mai  
Skowron, Georg, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 20. Mai  
Städter, Erika, geb. Klein, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 23. Mai  
Wittkowski, Helmut, aus Rohmannen, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai

## Forum Baltikum – Dittchenbühne



**Alle Flohmarktstände sind schon vergeben.** „Sämtliche Stände für den großen Flohmarkt am Pfingstsonntag, 28. Mai, sind bereits vergeben!“ Das teilte jetzt das Büro der Elmshorner „Dittchenbühne“ mit. Schnäppchenjäger, Raritätensammler und Gelegenheitskäufer können sich also auf ein Riesengebot auf dem großen Flohmarkt rund um das „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ freuen. Und dazu kommen er-

fahrungsgemäß noch viele weitere, private Stände im angrenzenden Wohngebiet.

Das traditionelle Stadtteilstück „Pfingstochse & Flohmarkt“ beginnt am Pfingstsonntag um 10 Uhr und endet um 16 Uhr. Unter anderem auf dem Programm: 11 Uhr Anschnitt des Ochsen am Spieß, dann der Pfingstochsen-Schmaus sowie über den Tag verteilt ein buntes Programm auf der Kulturbühne.

## ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartschat, Dieter, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. Mai  
Bikowski, Elisabeth, geb. Knies, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 22. Mai  
Blank, Alfred, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, am 19. Mai  
Dust, Helga, geb. Plenio, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 20. Mai  
Gebauer, Edith, geb. Kamp, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 25. Mai  
Haar, Erika, geb. Ipach, aus Neu Trakennen, Kreis Ebenrode, am 21. Mai  
Horn, Christiane, geb. Glagau, aus Georgenswalde, Kreis Fischhausen, am 25. Mai  
Kaluza, Waltraud, geb. Schonig, aus Kleiditten, Kreis Heilsberg, am 24. Mai  
Klafft, Brigitte, geb. Kapteina, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai  
Kossakowski, Günter, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 19. Mai  
Krawelitzki, Hubert, aus Lyck, am 23. Mai  
Krohm, Günter, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 21. Mai  
Lange, Horst, aus Buchwalde, Kreis Mohrunen, am 20. Mai  
Nikstat, Reinhard, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 24. Mai  
Petrat, Kurt, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 24. Mai  
Segatz, Dieter, aus Ramecksfelde, Kreis Lyck, am 20. Mai  
Strasdas, Hanna, geb. Szameitat, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 24. Mai

Gethöffer, Irmgard, geb. Kowalzik, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 20. Mai

Grütz, Ingrid, geb. Kompa, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 20. Mai  
Hübner, Gisela, geb. Dannull, aus Schmallingken, Kreis Memelland, am 20. Mai  
Ijewski, Manfred, aus Seedanzig, Kreis Ortelsburg, am 20. Mai  
Kindt, Erika, geb. Schirweit, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 20. Mai  
Kuhnke, Margarete, geb. Rudat, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 19. Mai  
Mallunat, Werner, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 25. Mai

## ZUM 75. GEBURTSTAG

Cramer, Heinrich, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 20. Mai

## Gesang und Oboe

**Eine Liedermacherin** mit klarer Stimme und einem virtuoseren Oboenspiel – Miriam Hanika begibt sich mit ihrem Album „Wurzeln und Flügel“ auf eine tief sinnige Suche nach Heimat, nach Widersprüchen und Gegensätzen in unserer Zeit. Ihre philosophischen und lyrischen Texte werden von ihrer Oboe und einem elfköpfigen Ensemble ergänzt. CRS

Miriam Hanika: „Wurzeln & Flügel“, Sturm & Klang Musikverlag, 2023, 15,99 Euro



## Zusendungen für die Ausgabe 22/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 22/2023 (Erstverkaufstag 2. Juni) **bis spätestens Dienstag, den 23. Mai**, an die Redaktion der PAZ:  
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

## Glückwünsche an:

Angela Selke  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: selke@paz.de

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

## LO-Termine 2023

26. bis 28. Mai: 9. **Sommerolympiade** in Sensburg  
24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen  
15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt  
7. Oktober: 26. **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Neubrandenburg  
9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt  
7. und 8. Oktober: **14. Deutsch-Polnischer Kom-**

**munalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein  
10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
**Infos** unter Telefon (040) 41400826, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.


**Baden-Württemberg**

**Vorsitzende:** Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luetlich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

**Preußische Tafelrunde**

**Pforzheim** – Mittwoch, 24. Mai, 18 Uhr, Palmengarten, Parkhotel Pforzheim, Deimlingstraße 36: 150. Preußische Tafelrunde.

Nach dem gemeinsamen Abendessen sehen und hören wir den interessanten Vortrag von Jörn Pekrul über „Die ehemalige Reichsstraße Nr. 1 und eine Begegnung mit dem preußischen Architekten Friedrich Heitmann (1853-1924)“. Anmeldung bis 19. Mai an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, E-Mail: uta.luetlich@web.de

Für das Abendessen, Medaillon vom Schwein mit Rahmsoße, Salzkartoffeln und saisonalem Gemüse, zum Dessert: Vanilleeis mit heißen Himbeeren, sind 28 Euro pro Person an Landsmannschaft Ostpreußen, LG Baden-Württemberg e.V. Kreissparkasse Waiblingen Konto-Nr. IBAN: DE81 6025 0010 0015 2068 44, BIC SOLADES1WBN zu überweisen. *Uta Lüttich*


**Bayern**

**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

**Ost- und Westpreußen-sowie Pommern-Treff**

**Nürnberg** - Dienstag, den 30. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbusch-



Einer von fünf: Gerd Schimmelpfennig (sitzend) wurde für seine 30-jährige Mitgliedschaft geehrt vom Bremer Vorsitzenden (stehend)

straße 1, Langwasser: Pommern Teil 2.


**Bremen**

**Vorsitzender:** Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

**Jahreshauptversammlung**

**Bremen** – Unsere Ende April durchgeführte Jahreshauptversammlung war mit 27 Teilnehmern zufriedenstellend besucht. Da in diesem Jahr keine Neuwahlen anstanden, beschränkte sich die Tagesordnung auf die Regularien und die Ehrung langjähriger Mitglieder.

Von den fünf zu Ehrenden war leider nur Gerd Schimmelpfennig erschienen, der die Treueurkunde für 30-jährige Mitgliedschaft erhielt. Berufsbedingt hatte er bisher noch niemals an Veranstaltungen teilnehmen können. Schimmelpfennig berichtete, dass seine Verfahren seit dem 16. Jahrhundert Pfarrer in Königsberg gewesen seien. Doch die letzten drei Generationen seiner Familie seien Juristen geworden. Auch er selbst sei in

seinem Berufsleben als viel beschäftigter Fachanwalt für internationales Wirtschaftsrecht mehr als ausgelastet gewesen. In die Bremer Landsmannschaft ist er vor dreißig Jahren gerne eingetreten, weil sein Geschäftsfreund Georg Scheller, selbst Kaufmann aus Königsberg und Inhaber eines mittelgroßen Unternehmens, ihm gesagt habe, dass es sich für einen Königsberger gehöre, Mitglied der örtlichen Gruppe der Landsmannschaft Ostpreußen zu sein.

Im Anschluss an die Aussprache und die Entlastung des Vorstandes blieb man noch beisammen, um einen Vortrag des Vorsitzenden Heinrich Lohmann mit Bildern einer Kaukasusreise zu verfolgen. *H. L.*


**Hessen**

**Vorsitzender:** Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

**Frühlingstreffen**

**Darmstadt/Dieburg** – Sonnabend, 20. Mai, Bürgermeister-Pohl-Haus,

Im Appensee 26, Darmstadt-Wixhausen: Treffen der LOW Hessen Kreisgruppe Darmstadt/Dieburg, und der Heimatgruppe der Insterburger. Mit musikalischer Begleitung wollen wir Frühlingsgedanken, besonders die des Wonnemoments Mai, zum Vortrag bringen. Wir freuen uns auch über Geschichten und Gedichte, die aus dem Teilnehmerkreis vorgetragen werden können. Gerne begrüßen wir auch Gäste, die bei uns immer herzlich willkommen sind. Eine gute Besserung und baldige Genesung wünschen wir allen Kranken, und hoffen auf ein Wiedersehen bei unseren nächsten Treffen. *Christian Keller*

**Typisch ostpreußisch**

**Kassel** – Donnerstag, 1. Juni, 15 Uhr. Heimatnachmittag im Landhaus Meister, Fuldatalstraße 140: Unter dem Titel „Typisch ostpreußisch“ stellt Annemarie von Bahrfeldt Heiteres und Besinnliches aus der Heimat vor. Damit findet ein Programmwechsel zwischen Mai und Juni statt. Zuletzt beschäftigte sich die Gruppe mit deutschen Superlativen der positiven Art (für das Anrühliche im Blick auf unser Land sorgen die Medien ohnehin mehr als genug). Es lohnt sich also, sich einmal mit einigen deutschen Besonderheiten zu befassen, die weltweit einzig sind, und auf die wir stolz sein können. Fündig wurden wir in dem sehr empfehlenswerten Buch von Walter Krämer „Wir können alles, sogar besser. Wo Deutschland wirklich gut ist“. Gerhard Landau stellte daraus Begriffe wie Brot, Klassische Musik und Waigerechtigkeit vor. Ergänzt bietet es sich an, zu den Ausführungen auch speziell Ost- oder Westpreußisches hinzuzufügen. Vielleicht nehmen wir noch einen Fortsetzungsteil ins Programm. Das Thema hat einigen Unterhaltungswert, bedarf keiner Fremdreferenzen und eignet sich auch für kleine Gruppen. Der Nachahmung empfohlen. *G.L.*

**Gemeinsames Mittagessen**

**Wiesbaden** – Donnerstag, 25. Mai, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Wir essen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 19. Mai bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521, oder Ilse Klausen, Telefon 06122-14808


**Niedersachsen**

**Vorsitzende:** Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenu, Tel.: (05901) 2968

**Monatsversammlung**

**Braunschweig** – Mittwoch, 24. Mai, 14 Uhr, Gaststätte Mahlzeit, Kälberwiese 13 a: Monatsversammlung.

**Bildervortrag und Bericht**

**Oldenburg** – Mittwoch, 14. Juni, 15 Uhr, Stadthotel Hauptstraße 38: Bildervortrag zu Bismarcktürmen gestern und heute in Ost- und Westpreußen. Freunde und Interessierte sind herzlich willkommen.

Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg traf sich zu einem gemütlichen Klönschnack bei einem Kaffee-Nachmittag in dem Ausflugslokal Hotel Wöbken vor den Toren Oldenburgs. Diese zwanglose Zusammenkunft, die auch gut ohne Auto zu erreichen ist, haben acht Personen bei bester Laune, Kaffee,

Tee und Kuchen mit Klönschnack und Schabbern sehr genossen. *Gisela Borchers*


**Nordrhein-Westfalen**

**Erster Vorsitzender:** Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhnke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964)1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

**Delegiertentagung**

**Oberhausen** – Sonnabend, 17. Juni, 10 bis 16 Uhr, Haus Union, Schenkendorfstraße 13, 46047 Oberhausen: Delegiertentagung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen. Die Einladung ergeht an die Vorsitzenden der Orts- und Kreisgruppen, die bisher keine Stärkemeldung erstellt und an die Geschäftsstelle übermittel haben, werden aufgefordert, dies kurzfristig nachzuholen. Die Landesgruppe NRW verfügt noch über Broschüren, die über die Geschäftsstelle, Margitta Romagno, angefordert werden können.

**Heimatnachmittag**

**Bielefeld** – Montag, 22. Mai, 15 Uhr, Gasthaus-Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“, Kurt-Schumacher-Straße 17a, 33615 Bielefeld: Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen in Bielefeld. Erreichbar mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“, Haltestelle „Bültmannshof“. Info bei Barbara Dörr, Telefon (0521) 82026. Alle Mitglieder werden gebeten, nach Möglichkeit teilzunehmen. Willkommen sind Angehörige

**Fortsetzung auf Seite 16**

ANZEIGE

**Preußische Allgemeine**

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C



# Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**Prämie 1:  
Leuchtglobus**

**Prämie 1: Leuchtglobus**

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

**Prämie 2:  
Renaissanceglobus**

**Prämie 2: Renaissanceglobus**

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

ge unserer Mitglieder, ständige Mitarbeiter und Mitglieder anderer Kreisgruppen sowie aus anderen Landsmannschaften und Freunde Ostpreußens.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Monatstreffen

Bad Schwartau – Donnerstag, 1. Juni 14.30 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34A: Jahreshauptversammlung mit folgender Tagesordnung:

- 1. Begrüßung durch den Vorsitzenden, 2. Totenehrung, 3. Ordentliche Feststellungen, 4. Jahresbericht des Vorstandes, 5. Kassenbericht, 6. Bericht der Kassenprüfer, 7. Entlastung des Vorstandes, 8. Beschlüsse und Anträge, 9. Verschiedenes, 10. Ostpreußenlied. Im Anschluss: „Die humanitäre Bilanz Preußens“, Vortrag von Edmund Ferner – LO Schleswig-Holstein, Landeskulturreferent

Hans-Albert Eckloff

Maibericht

Bad Oldesloe und Tremsbüttel – Zu ihrer Mairunde waren die Ost- und Westpreußen zu Gast bei Renate John und Tochter in Tremsbüttel. Die Tochter hatte ein paar

Tage zuvor den Wunsch geäußert, etwas über „Flucht, Vertreibung und die ehemaligen deutschen Ostgebiete“ zu hören.

Nach dem Krieg an mehreren Fronten wurde die Lage für Deutschland besonders 1944 sehr bedrohlich. Die Front im Osten erreichte Ostpreußen. Im Herbst 1944 wurde mit der Evakuierung der ostpreußischen Grenzkreise begonnen. Mitte Januar 1945 startete die Rote Armee ihre Groß-Offensive in Richtung Berlin. Weitere Kreise begaben sich auf die Flucht.

Nach der Jalta-Konferenz (Februar 1945) verkündete die Berliner Viermächteerklärung vom 5. Juni 1945 die Übernahme der Regierungsgewalt über Deutschland durch die USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich, Einteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen und Bildung des Alliierten Kontrollrats als Oberstes Organ der vier Siegermächte. Österreich wurde in die Eigenstaatlichkeit zurückgeführt. Berlin bildete eine besondere Einheit in der Viermächteverwaltung.

Die Grundlinien der alliierten Deutschlandpolitik legte das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 fest, in dem die USA, die UdSSR, Großbritannien und Frankreich die Abtrennung der deutschen Ostgebiete festlegten, und zwar zunächst unter polnischer Verwaltung. Die Republik Polen hatte zuvor Gebiete im Osten an Russland abgetreten. Die Gebiete, westlich der Oder-Neiße-Grenze sollten als wirtschaftliche Einheit behandelt werden, wozu es aber nicht kam. Aus der sowjetischen Besatzungszone entwickelte sich die Deutsche Demokratische

Republik als Staat. Stalin soll in der Konferenz am 2. August 1945 gefordert haben, alle Deutschen aus den abzutrennenden Gebieten auszuweisen, um klare Verhältnisse zu schaffen. Die Ausweisung sollte in humaner Weise durchgeführt werden. Mit den West-Zonen entwickelten sich wirtschaftliche Zusammenschlüsse: Bi-Zone, Tri-Zone.

Im September 1948 trat der Parlamentarische Rat zusammen, der am 8. Mai 1949 das Grundgesetz verabschiedete, das am 12. Mai 1949 von den Militärgouverneuren genehmigt und am 23. Mai 1949 im Bundesgesetzblatt Nr. 1 verkündet wurde.

Fast zur gleichen Zeit entstand in der sowjetischen Besatzungszone eine ausgearbeitete Verfassung der DDR, die vom Deutschen Volksrat am 7. Oktober 1949 verabschiedet wurde. Diese hatte immerhin Gültigkeit bis zur politischen Wende 1990.

Inzwischen wurde die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze der Republik Polen vom Deutschen Bundestag anerkannt: zwei Erklärungen am 8. November 1989 und am 8. März 1990 und im Deutsch-Polnischen-Grenzvertrag 1990 festgeschrieben.

Die Mitglieder berichteten über ihre Flucht und Ausweisung aus der Heimat, und es wurde auch auf entsprechende Ausführungen in der Literatur hingewiesen.

Die Teilnehmer dankten den Gastgeberinnen für den Nachmittag.

Gisela Brauer

Angerapp

Kreisvertreter: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Tel. (04102) 823300, Fax (04102) 4739608, Handy: (0151) 1846100, E-Mail@gmx.net

Hauptkreistreffen

Lüneburg – Sonnabend, 3. Juni, 10 Uhr, Krone Bier- & Eventhaus, Heiligengeiststraße 39-41, Telefon (04131) 2445050: Hauptkreistreffen. Hierzu laden wir ganz herzlich ein. Turnusgemäß muss eine Neuwahl des Kreistages unserer Kreisgemeinschaft erfolgen. Laut unserer Wahlordnung sind alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft wählbar. Das Vorschlagsrecht haben die Mitglieder der Kreisgemeinschaft, der Kreistag und der Kreisausschuss. Vorschläge müssen bis zum 25. Mai schriftlich bei der Kreisvertreterin eingereicht werden. Der Wahlvorschlag muss den Familiennamen, gegebenenfalls abweichenden Geburtsnamen, Vornamen, Heimatort und Geburtsdatum und jetzige Anschrift des vorschlagenden Wahlberechtigten und den vorgeschlagenen Wahlkandidaten enthalten.

Vorläufiges Programm: 10 Uhr: Beginn der Versammlung, 11.30 Uhr: Vortrag, 12.30: Mittagessen, 14 Uhr: Besichtigung des Ostpreußischen Landesmuseums einschließlich Führung, danach gemütliches Kaffeetrinken und plachandern im Bernsteinkaffee.

Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, GF: Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Nachbarschaftstreffen

Lüneburg – Sonnabend, 20. Mai, 9.30 Uhr, 10 Uhr Beginn, Krone Bier- und Eventhaus, Heiligengeiststraße 39-41: Treffen der Mermelstromer, Elchniederung, Tilsit-Ragniter und der Tilsiter zu einer gemeinsamen Veranstaltung. Nach einem Gesangsvortrag, dem Geistlichen Wort, der Totenehrung, der Begrüßung durch die Kreis- und Stadtvertreter, hält Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter von Rastenburg, die Festrede. Danach gibt es Zeit zur Besichtigung des Ostpreußischen Landesmuseums und zum Plachandern.

Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, GSt.: Doris Biewald, Blümlerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Museumstag

Büdelndorf – Sonntag, 21. Mai, 10 bis 16 Uhr, Heimatstube Kreis Gerdauen, Gebäude der ehemali-

gen Emil-Nolde-Schule, Neue Dorfstraße 67 a: Unsere Heimatkreisgemeinschaft beteiligt sich auch in diesem Jahr am Internationalen Museumstag. Die Heimatstube in Büdelndorf, die sonst nur nach vorheriger Terminvereinbarung besucht werden kann, ist für Besucher geöffnet. Mitarbeiter unserer Heimatkreisgemeinschaft sind in dieser Zeit vor Ort, um Sie durch die Ausstellung zu führen beziehungsweise Erläuterungen zu geben und Fragen zu beantworten. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. GSt.: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, museum@goldap.de, www.goldap.de

Internationaler Museumstag

Stade – Sonntag, 21. Mai, 11 bis 17 Uhr, Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a: Tag der offenen Tür.

Ab 11.30 Uhr: kleiner Empfang zu 75 Jahre Heimatbrücke. Die heutige Schriftleiterin Annelies Trucewitz referiert zur gleichnamigen Ausstellung über die Bedeutung der „Heimatbrücke“ und ihre Entwicklung im Laufe von 75 Jahren. Die Vereinszeitung der Kreisgemeinschaft Goldap erscheint ohne Unterbrechung seit Mai 1948. Die 736 Ausgaben sind zugleich ge-

PAZ wirkt!

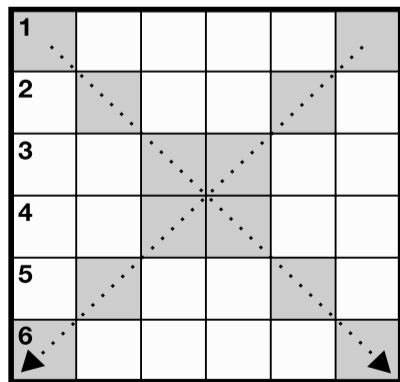
Rätsel

Grid of 100 words with clues in German. Includes words like 'Stadt in Nebraska (USA)', 'Fluss zur Drau', 'Normzahl je Gollfloch', etc.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with numbers 1-9 in some cells.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

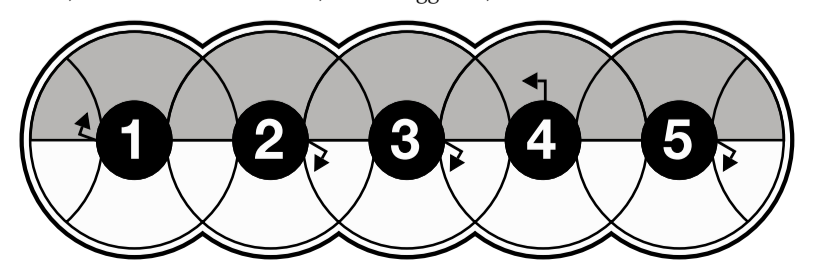
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen einen Pilz und eine Edelkastanie.

- 1 Betragen, Verhalten (ugs.)
2 Prachteingang
3 uniformartige Dienstkleidung
4 Sinfonie Beethovens
5 Grund, Ursache
6 Einsiedler, Klausurer

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für eine außergewöhnliche Begabung.

- 1 Volk, politische Gemeinschaft, 2 höherer Schulabschluss, 3 altgriechische Stadt, 4 berühmter Filmhund, 5 Auftraggeber, Mandant





## Heimatkreisgemeinschaften

schichtliches Nachschlagewerk, Mitteilungsblatt und Fundus für alle Familienforscher.

Gegen 14 Uhr: Führung durch die Ausstellung „Malerisches Ostpreußen“ und Präsentation zum gleichen Thema. Die Museumsleiter laden zu einer künstlerischen und fotografischen Reise durch das „Malerische Ostpreußen“ ein – mit Bildern aus einem Naturparadies, das es heute auf der Landkarte nicht mehr gibt, in den Erinnerungen der Menschen jedoch über Grenzen und Jahre hinweg weiterlebt.

Um 16 Uhr haben junge Besucher, empfohlen ab sechs Jahren, die Gelegenheit, unseren Museums-Elch Ewald und seine Heimat kennen zu lernen. Für alle Besucher stehen kleine Köstlichkeiten und ein gut sortierter Museumsmarkt mit Bücherflohmarkt bereit.

zentrum Westfalenhalle: Kreistag- und Beiratssitzung. *Klaus Downar*

### Hauptkreistreffen

**Dortmund** – Sonntag, 10. September, ab 9 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle: Hauptkreistreffen  
*Klaus Downar*



### Neidenburg

**Kreisvertreter:** Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de  
**Stellvertreterin:** Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

### Heimatbrief und Treffen

**Bochum** – Liebe Neidenburger, liebe Soldauer, der Heimatbrief Nummer 160 Pfingsten 2023 wurde von unserem Schriftleiter, Wilfried Brandt fertiggestellt und befindet sich bei der Firma Rautenberg zum Druck. Aus heutiger Sicht wird er pünktlich zu Pfingsten bei den Interessenten vorliegen. Ich finde es ist wieder ein gelungenes Werk. Mitglieder, die in der Heimatdatei eingetragen sind, bekommen den Brief automatisch und kostenlos zugeschickt. Sollten Sie keinen Heimatbrief erhalten haben, oder besteht Bedarf auch bei anderen interessierten Personen, so melden Sie sich beim Kreis-

vertreter oder beim Schriftleiter Wilfried Brandt unter Telefon (042849) 1527. Es wird Ihnen dann umgehend ein Exemplar des beliebten Heimatbriefes zugeschickt.

Wir möchten schon heute auf unser diesjähriges Heimattreffen am 27. August hinweisen. Wie Sie ja wissen, jährt sich die Partnerschaft mit der Stadt Bochum in diesem Jahr zum 70. Mal. Aus diesem Grunde wird es eine kleine Feierstunde geben, in der der Oberbürgermeister der Stadt Bochum, Thomas Eiskirch, ein Grußwort und der Beauftragte der Landesregierung für Vertriebene, Heiko Hendriks, die Festrede halten werden. Ich denke, dass diese Veranstaltung einen guten Besuch verdient hat. Merken Sie sich diesen Termin unbedingt vor, und regen Sie Ihre Kinder und Enkelkinder an, ebenfalls an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Wir fühlen uns unserer Heimat verpflichtet und wollen die Erinnerung an die Geschichte die Kultur und die Menschen Ostpreußens aufrechterhalten und an die jüngeren Generationen weitergeben.  
*Ulrich Pokraka, Kreisvertreter*



Malerisches Ostpreußen: Gemälde „Mädchen am See“ Foto: KG Goldap



### Ortelsburg

**Kreisvertreter:** Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

### Heimatreise

**Ortelsburg** – Auch in diesem Jahr bietet die Kreisgemeinschaft Ortelsburg wieder eine Heimatreise an. Einige Plätze sind noch frei. Die Reise beginnt am 25. Juni und endet am 4. Juli 2023. Die Route führt über Breslau und Warschau. Es sind vier Übernachtungen in Allenstein geplant. An einem Tag besucht die Reisegruppe Ortelsburg. Bei Interesse bitte bei der Reiseleitung Christel Sender melden, telefonisch unter (0209) 207614, per E-Mail: ch.sender@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

oder beim Veranstalter Johann Nischik unter Telefon (02366) 936916 oder per E-Mail: j.nischik@t-online.de



### Osterode

**Kreisvertreter:** Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.  
**Geschäftsstelle:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

### Regionaltreffen

**Hamm-Westtünen** – Sonntag, 4. Juni, Von-Thünen-Halle, Vereinsheim des Schützenvereins Westtünen 1893 e.V., Hubert-Westermeier-Straße 1: Regionaltreffen der Kreisgemeinschaft Osterode mit folgendem Programm: 10 Uhr: Saalöffnung für alle Teilnehmer, 12 Uhr: Eröffnung/Begrüßung, Totenehrung, Grußworte, Ansprache des Kreisvertreters, gemeinsames Singen des Ostpreußenliedes, gemeinsames Singen der Nationalhymne, Schlusswort des Kreisvertreters, anschließend: gemütliches Beisammensein.

Hinweise für die Anfahrt: Mit der Bahn: Vom Bahnhof Hamm (Westf.) Busverbindung mit der Linie 30 bis zur Haltestelle ‚Von-Thünen-Halle‘. Der Bus verkehrt am Sonntag stündlich ab 9.27 Uhr.

Mit dem Pkw über die A2: Abfahrt an der Anschlussstelle ‚Hamm/Werl‘; auf der Werler Straße in Richtung Hamm bis zur ‚Dr.-Loeb-Caldendorf-Straße‘, auf dieser Straße bis zur ‚Hubert-Westermeier-Straße‘.



### Tilsit-Ragnit

**Kreisvertreter:** Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de  
**Geschäftsstelle:** Hans-Joachim Scheer, Wrister Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

### Mitgliederversammlung

**Lüneburg** – Freitag, 19. Mai, 14 Uhr, Hotel Bergström, Bei der Mühle, 21335 Lüneburg: Mitgliederversammlung mit Wahlen der Mitglieder des neuen Kreistags.  
*Dieter Neukamm, Kreisvertreter*

### Nachbarschaftstreffen 2023

**Lüneburg** – Sonnabend, 20. Mai, 9 Uhr Einlass, 10 Uhr Beginn, Krone Bier- und Event-Haus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg: Nachbarschaftstreffen. *D.N.*

PAZ wirkt!



### Johannisburg

**Kreisvertreter:** Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

**Kreistag- und Beiratssitzung Dortmund** – Sonnabend, 9. September, 10 bis 17 Uhr, Kongress-

## Ostpreußisches Landesmuseum

### Ausstellungen

Bis zum 17. September: „**Ich bin doch immer unterwegs ...**“ – **Der Maler Franz Domscheit / Pranas Domšaitis (1880-1965)**. Die Ausstellung zeigt in Kooperation mit der Prano Domšaičio galerija, (Memel) einen Überblick über das künstlerische Schaffen des Malers vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die 1960er Jahre.

3. Juni bis 3. Oktober, Eröffnung mit freiem Eintritt: Freitag, 2. Juni, 18.30 Uhr: **Die Kügelgens. Eine Familie zwischen Deutschland, Estland und Russland**. Die Familie von Kügelgen ist reich an bekannten Vertretern. Dazu gehören beispielsweise die berühmten Künstlerzwillinge Karl und Gerhard von Kügelgen. Darüber hinaus gab es viele bedeutende Maler, Schriftsteller und Wissenschaftler, die zwischen Deutschland und dem Zarenreich unterwegs waren. Ihre Lebensgeschichten zeigen, wie sich die Welt im 19. und 20. Jahrhundert veränderte. Über 50 Original-Leihgaben aus der Familie entführen ins alte Estland, nach Russland sowie ins geteilte Deutschland und spannen den Bogen bis in die Gegenwart. Die Kabinetausstellung ist ein Kooperationsprojekt des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung mit dem Kügelgenhaus-Museum der Dresdener Romantik, dem Stadtmuseum „Wilhelm von Kügelgen“ in Ballenstedt und dem estnischen Mikkel-Museum in Tallinn/Reval.

### Veranstaltungen

Freitag, 2. Juni, 18.30 Uhr, Eintritt frei: **Ausstellungseröffnung „Die Kügelgens. Eine Familie zwischen Deutschland, Estland und Russland“**. Kuratiert wurde die kulturhistorische Wanderausstellung von den Historikern Dr. Matthias Donath und Dr. Lars-Arne Dannenberg vom Zentrum für Kultur/Geschichte in Niederjahna in Sachsen, die in die Ausstellung einführen werden. Zur Eröffnung wird der Gesandte der Republik Estlands, Kalvi Noormägi, ein Grußwort sprechen. Musikalisch untermauert wird die Eröffnung durch den Cellisten Fabian Sturm. Zur Ausstellung erscheint eine Begleitpublikation, die im Museum erworben werden kann. Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

Sonntag, 4. Juni 2023, 14 Uhr, 1,50 Euro, zuzüglich Museumseintritt: **Der Maler Franz Domscheit (1880-1965)**. Sonntagsführung mit Jan Rüttinger, Kurator der Sonderausstellung. Die Führung durch die Sonderausstellung zeigt Werke des deutsch-litauischen Malers Franz Domscheit. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de ist erforderlich.

Dienstag, 6. Juni, 14.30 Uhr, 7,- Euro, darin enthalten sind Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Warum war Kant kein Atheist?** Vortrag im Rahmen der Reihe

„Museum Erleben“ von Dr. Tim Kunze. In der Moderne entstanden erstmals Gesellschaften, die nicht mehr wesentlich durch Religion geprägt sind. Die Grundlage dafür legten die Aufklärer vor 300 Jahren mit ihrer Kritik an der Kirche und ihren Dogmen. Dennoch waren die Aufklärer selbst bis auf wenige Ausnahmen keine Atheisten. Der Vortrag von Kunze erläutert Immanuel Kants Position. Kants Philosophie hält an Gott fest, die moralisch fundierte Religion stehe nicht im Widerspruch zu Vernunft und Wissenschaft. Warum wurde Kant trotzdem wegen seiner Religionsschriften mit der Zensur bedroht? Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

Mittwoch, 7. Juni, 15 bis 17 Uhr, 7,- Euro, ermäßigter Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck enthalten: **Museumsführung für Menschen mit und ohne Demenz zum Thema: „Ich bin doch immer unterwegs ...“**. Erlebnisführung mit Dr. Jörn Barfod und Silke Straatman. Besuch der Sonderausstellung über den deutsch-litauischen Maler Franz Domscheit (1880-1965), der mit seinem expressionistischen Stil farbstärkere Bilder mit Landschaften und Porträts malte und 1949 nach Südafrika auswanderte. Einmal mittwochs im Quartal wird eine Führung für an Demenz erkrankte Menschen und ihre Begleitpersonen angeboten. Die besondere Atmosphäre im Museum kann Lebensfreude schenken, Erinnerun-

gen wecken und die Menschen vor allem aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen. Kunst und Kultur wird unter Einbezug aller Sinne und biographischer Anekdoten erlebbar gemacht. Die interaktive Museumsführung findet ihren Abschluss in gemütlicher Runde bei Kaffee, Tee und Gebäck, wo über das Erlebte gesprochen werden kann. Maximal sechs Paare / zwölf Personen können teilnehmen. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Alzheimer Gesellschaft Lüneburg e.V. statt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 7. Juni, 19 Uhr, Eintritt 5,- Euro: **Literatur in einfacher Sprache „LIES! Das zweite Buch“**, Lesung mit Paul Bokowski und Kristof Magnusson, Moderation: Hauke Hückstädt. Dass Literatur nicht kompliziert oder wortgewaltig sein muss, hat die erste Sammlung von Geschichten in einfacher Sprache gezeigt. Und dass wir alle etwas lernen können, wenn wir uns auf diese besondere Art zu erzählen einlassen. Hückstädt hat das Experiment fortgesetzt und erneut ausgezeichnete Schriftstellerinnen und Schriftsteller eingeladen, Geschichten in einfacher Sprache zu schreiben. Die zwölf neuen Geschichten eröffnen mit ihrer sprachlichen Einfachheit ungeahnte Weite und Tiefe. Bokowski und Magnusson stellen ihre Geschichten vor. Veranstalter: Netzwerk Leseförderung Lüneburg e.V. in Kooperation mit dem

Literaturbüro Lüneburg und dem Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung

Donnerstag, 8. Juni, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Möwe Mara findet einen Bernstein**. Kinderclub mit Monja Breyer. Lasst euch überraschen und mitnehmen auf eine Fantasiereise mit der kleinen Möwe Mara, die spannende Abenteuer auf ihrem Strandurlaub am Meer erlebt. Ein tolles Leseabenteuer zum Mitmachen und selber gestalten. Im Rahmen der Aktionswoche „Lüneburg liest!“ initiiert vom Netzwerk Leseförderung Lüneburg e.V. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von sieben bis zwölf Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Dienstag, 20. Juni, 14.30 Uhr, 7,- Euro, darin enthalten sind Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Die Kügelgens. Eine Familie zwischen Deutschland, Estland und Russland**. Führung im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“ mit Dr. Eike Eckert. In seiner Führung stellt Eckert die Kunst-Exponate in der Ausstellung und ihre Beziehung zur Familie von Kügelgen vor. In einer Anschlusspräsentation zeigt er zum Vergleich noch einige Werke aus estnischen Museen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 21. Juni, 18.30 Uhr, Eintritt: 4,- Euro: **Das Mädchen aus Ostpreußen**. Gespräch und Lesung mit Karin Lindberg. Moderation: Dr. Eike Eckert. Lüneburg 1945: Die Hansestadt ist überfüllt mit Vertriebenen aus Ostpreußen, die Wohnungsnot und der Hunger machen den Menschen schwer zu schaffen. Auch die junge Netti hat auf der Flucht alles verloren. Immerhin ergattert sie für sich und ihre Familie ein ungeheures Zimmer auf einem Bauernhof, willkommen sind sie dort aber nicht. Als der britische Besatzungsoffizier Alan Thompson ihr die Stelle als Haushälterin in seiner Offiziersvilla anbietet, nimmt sie dankbar an. Die Arbeit macht ihr nichts aus, doch Thompsons kühle, abweisende Art macht ihr zu schaffen. Bis eines Abends Gäste in seinem Haus sich respektlos über die junge Deutsche äußern und er sie in Schutz nimmt ... Lindberg zählt zu den beliebtesten Autorinnen Deutschlands. Ihre millionenfach verkauften Liebesromane stürmen regelmäßig die Bestsellerlisten. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 22. Juni, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Detektive im Museum**. Kinderclub mit Monja Breyer. „Oh je! Die bronzene Fischotterfigur aus dem Museumseingang ist verschwunden – und die ist wahrlich nicht gerade klein!“ Jetzt seid ihr als Museumsdetektive gefragt. Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: bildung@ol-ig.de



## SCHLOSS NEUDECK

## „Oberschlesisches Versailles“

Der Stammsitz der Adelsfamilie Henckel von Donnersmarck zieht heute noch zahlreiche Touristen an

VON MARTIN STOLZENAU

Die Herrschaft Neudeck in Schlesien kam vor 400 Jahren in den Besitz von Lazarus I. Henckel von Donnersmarck. Seine Nachkommen ließen die ursprüngliche Burganlage in den Folgejahrhunderten zu einem repräsentativen Schlosskomplex mit einem 250 Hektar großen Landschaftspark ausbauen, der zu den „größten und prächtigsten Anlagen des Deutschen Reiches“ gehörte.

Neudeck galt als „Oberschlesisches Versailles“ und erlebte Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts seine Blütezeit, als Guido Graf Henckel von Donnersmarck in den Fürstenstand erhoben wurde. Er zählte damals zu den reichsten und mächtigsten deutschen Fürsten und beherbergte oft Kaiser Wilhelm II. auf Neudeck. Der Hohenzoller bewohnte dann den Kavalierspallast des riesigen Schlosskomplexes.

Von Neudeck [Swierklaniec], das heute zum Powiat Tarnogorski gehört, sind nach den Zerstörungen Ende des Zweiten Weltkrieges heute nur noch der Kavalierspallast, der Schlosspark mit Skulpturen, die Grabkapelle der Fürstenfamilie und einige Wirtschaftsgebäude erhalten. Diese Reste sind inzwischen ein überregionaler Anziehungspunkt für Besucher. Das gilt besonders für den Kavalierspallast mit Kaiserspuren.

**Aufstieg unter den Habsburgern**

Am Anfang der Geschichte der Adelsfamilie Henckel von Donnersmarck stand Henckel de Quintoforo aus Donnersmarck in der jetzigen Slowakei, der Ende des 14. und Anfang des 15. Jahrhunderts lebte und als Stammvater gilt. Die Familie stieg dann unter den Habsburgern auf. Den ersten größeren Zuwachs erreichte Lazarus I. Henckel von Donnersmarck. Er machte Ende des 16. Jahrhun-



Blieb von der ursprünglich großzügigen Schlossanlage Neudeck übrig: Der legendäre Kavalierspallast

Foto: Adrian Tync

derts in Wien als Großkaufmann, Bankier sowie Bergbauunternehmer Karriere, finanzierte teilweise die Türkenkriege der Kaiserfamilie und besaß außer den Palästen in Wien zahlreiche Rittergüter und Herrschaften. Dazu gesellte sich 1623 die Herrschaft Neudeck, die unter Lazarus II., seinem Sohn, zum

Stammsitz der Aufsteigerfamilie gedieh. Die Henckel von Donnersmarcks erklärten ihren Besitz zum „unteilbaren Erbgut“, teilten die Erblände dann aber trotzdem in die zwei Fideikommissionen Beuthen sowie Tarnowitz-Neudeck und wurden 1651 in den Reichsgrafenstand erhoben.

In Neudeck gab es in der Folge eine umfangreiche Bautätigkeit. Die Renaissance-Residenz wurde zunächst im barocken und dann im Tudorstil ausgebaut. Dabei entstanden das sogenannte Alte Schloss und das Neue Schloss. Rundherum gab es eine Parkanlage, die ab 1865 nach Plänen von Peter Joseph Lenné ge-

schaffen wurde. Das war ein Landschaftspark im englischen Stil mit Wiesen, Waldinseln, Sichtachsen, Bächen, Kanälen, kleinen Seen, Brücken und vielen Skulpturen. Von Neudeck aus verwaltete die Fürstenfamilie ihren riesigen Besitz mit 27.500 Hektar Fläche sowie zahlreichen Bergwerken in Oberschlesien und ganz Ostmitteleuropa. Zum Schlossensemble gesellten sich 1895/96 die neugotische Grabkapelle zur Nutzung als Gotteshaus und Ruhestätte sowie südöstlich vom Neuen Schloss bis 1906 der Kavalierspallast als Gästehaus.

**Nach den Plänen von Ihnes erbaut**

Der Kavalierspallast wurde nach Plänen des Berliner Stararchitekten und Hofbau-meisters Ernst von Ihnes erbaut, der bei Kaiser Wilhelm II. in hohem Ansehen stand und vom Hohenzollern wohl auch an die Fürstenfamilie Henckel von Donnersmarck empfohlen worden war. Der Bau entstand im Stil der Neorenaissance, bekam einen repräsentativen Eingang mit Familienwappen und Erker und beeindruckt im Inneren durch ein rundes Treppenhaus. Die alte Raumaufteilung und Ausstattung des Gästehauses blieb größtenteils erhalten.

Die Fürstenfamilie wurde nach 1945 enteignet. Nach den Zerstörungen, Auswüchsen der Plünderung, Abtragung der Ruinen des Alten sowie Neuen Schlosses 1961 und vielen Unstimmigkeiten zum Fortbestand der Gebäudereste gibt es jetzt nach der Sanierung des Kavalierspallastes eine neue besucherfreundliche Nutzung als Hotel mit Restaurant. Hier wird jetzt auch an die wechselvolle Geschichte von Neudeck und an die Fürstenfamilie mit ihren prominenten Gästen erinnert.

● **Weiterführende Literatur** Josef von Golitschek: „Schlesien – Land der Schlösser. 286 Schlösser in 408 Meisterfotos“, Orbis Verlag, München 1988

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## In Gnadenfeld hat Nieskys Geschichte einen Ehrenplatz

Vor 140 Jahren: Diakonissinnen verlegten ihren Sitz an einen Ort westlich der Lausitzer Neiße

Vor 140 Jahren wurde der Sitz der Diakonissenanstalt „Heinrichstift“ der Herrnhuter Brüder-Unität von Gnadenfeld [Pawłowiczki] in Oberschlesien an den westlichen Rand Schlesiens verlegt. An dieses Ereignis erinnerten die Schwestern der Diakonissenanstalt Emmaus in Niesky in der Oberlausitz mit einem Ausflug in die Geschichte des Hauses. Damit die Mitarbeiter im heute zum Freistaat Sachsen gehörenden Niesky Kenntnis über ihre Wurzeln haben, sagte Oberin Sonja Rönsch.

Sie hatte im Vorfeld zwei Reisen nach Oberschlesien organisiert. „So haben wir uns den Ort Gnadenfeld mit allem, was darum herum ist, angeschaut. Die Herrnhuter Archivarin der Brüderunität, Claudia Mai, hat uns dabei begleitet und wir konnten uns das erste ‚Haus Emmaus‘ in Gnadenfeld anschauen.“ Vorgefunden haben die Nieskyerinnen nur noch einige Pflanzen des einstigen Erlenhains, den Studenten des damaligen Predigerseminars als Park angelegt hatten. „Wir haben auch Häuser entdeckt, die damals schon standen. Wenn man weiß, wonach man schauen soll, entdeckt man viel mehr, als man vielleicht denkt. Auch das zweite Haus Emmaus gibt es in Gnadenfeld immer noch. Es ist jetzt ein Wohnhaus“,

freut sich die Oberin. Sie war bereits vor 15 Jahren in Gnadenfeld, damals stand noch das allererste Heinrichstift. Spätestens, wenn es neue Mitarbeiter in Niesky gibt, will Rönsch wieder einen Ausflug nach Oberschlesien organisieren.

Gnadenfeld ist die einzige Niederlassung der weltweit durch ihre Mission bekannten Herrnhuter Brüderunität in Oberschlesien. Und Herrnhut ist nur 37 Kilometer von Niesky entfernt, wo auch die ersten „Herrnhuter Sterne“ entstanden. 1766 hatte Ernst Julius von Seidlitz für seinen Sohn Friedrich das Dominium Pawłowiczke unweit von Cosel gekauft und ließ dort eine Siedlung für die Herrnhuter Glaubensbrüder gründen.

1821 erblickte in Gnadenfeld Hermann Plitt das Licht der Welt. Der spätere Pfarrer und Leiter des Theologischen Seminars in Gnadenfeld war von Diakonissen-Anstalten der evangelischen Kirche begeistert und wollte diese auch in der Gnadenfelder Brüdergemeinde einrichten. Er träumte von einem Krankenhaus in Gnadenfeld. Die Not in Oberschlesien war groß, berichtet Pfarrer Angela Koppehl, die sich mit der Geschichte der Emmaus-Häuser beschäftigt. „Der Handlungsspielraum in einer überwiegend katholischen Umgebung, in der die barmherzigen Brü-

der und Schwestern mit ihrer Mildtätigkeit die evangelischen Gemeinden oft beschämten, war nicht allzu groß. Bei einem Versuch, eine Kinderschule in Gnadenfeld einzurichten, hatte sich die katholische Kirche der Aufnahme katholischer Kinder widersetzt. Gegen mancherlei Bedenken und Schwierigkeiten, schließlich waren die Bewohner der Gegend nicht nur ka-

tholisch, sondern sprachen auch Polnisch, war nach dem ersten kleinen Anfang 1870 sogar ein neues Haus gebaut worden“, berichtet sie über die Entstehung des ersten Heinrichstifts in Gnadenfeld. Zwei Schwestern hatten die Aufgaben im Stift übernommen: Auguste Tichy, die aus der Umgebung stammte, und Luise Trespe aus Siegroth [Dobrzemice], Kreis

Niempsch [Niemcza] in Niederschlesien. „Beide hatten 1870 in Gnadenfeld und Umgebung schon manches geleistet, hatten Kranke versorgt – besonders in der großen Choleraepidemie 1866/67 –, hatten eine Strickschule begonnen, Waisenkinder aufgenommen, einigen Alten ein Stübchen eingerichtet“, so Koppehl.

1880 endete die Zeit Hermann Plitts in Gnadenfeld. Ärzte rieten ihm dringend zu einem südlicheren Wohnort. Als seine Frau verstarb, ging er mit den Kindern nach Cannstatt (heute Stuttgart-Bad Cannstatt) in Württemberg. „Da auch die übrigen Vorstandsmitglieder in Gnadenfeld aus Altersgründen die Arbeit eher niederlegen wollten und dazu die leitende Schwester Auguste Tichy sich keiner robusten Gesundheit erfreute, geriet die Existenz des Heinrichstifts in Gefahr“, berichtet die Pfarrerin. Dagegen wollte Plitt ankämpfen. Er durfte zwar nicht nach Gnadenfeld zurück, das wäre gegen die Bestimmungen der Brüdergemeinde, aber er ging nach Niesky, von wo er hoffte, die Leitung des Heinrichstifts in Gnadenfeld wieder zu übernehmen. 1883 kaufte er ein neues Haus am Rande von Niesky und richtete dort das neue Emmaus-Mutterhaus ein. Damit wurde das Heinrichstift in Gnadenfeld zur Filiale. *Chris W. Wagner*



Geschichtsbewusst: Angela Koppehl (l.) und Oberin Sonja Rönsch vor dem Bildnis des Gnadenfelders Hermann Plitt

Foto: Wagner

## INTERVIEW

## Zwischen Schraubenschlüssel und KI

Die Marinetechnikschule (MTS) Parow – Ein Stück Geschichte an historischem vorpommerschen Standort

IM GESPRÄCH MIT  
KAPITÄN ZUR SEE OLIVER JÜLKE

Is vor Kurzem hat Kapitän zur See Oliver Jülke die größte Ausbildungseinrichtung der Deutschen Marine geführt, bevor er den für seine Laufbahn vorgeschriebenen neuen Dienstposten angetreten hat. Er zeigt, welche vielfältigen Möglichkeiten sich heutzutage für junge Leute in einem modern geführten „staatlichen Sicherheitsbetrieb“ bieten.

**Welchen Wert hat das Umfeld der Schule für den Standort Stralsund?**

Stralsund hat eine sehr lange Marinegeschichte, die sich bis auf die Anfänge der preußischen Marine Anfang des 19. Jahrhunderts und die sogenannte „Paulskirchenflotte“ 1848 zurückführen lässt. Die Tradition der Stationierung von Teilen einer demokratischen Marine in der Hansestadt Stralsund wird heute durch die Marinetechnikschule fortgeführt. Auch wenn das Gelände der Marinetechnikschule rein formal nicht zum Gebiet der Stadt, sondern zur Gemeinde Kramerhof gehört, gibt es seit Gründung der MTS enge Beziehungen zwischen Stadt und Schule und natürlich auch zwischen Landkreis und Schule. Im Jahr 2013 hat die Stadt konsequenterweise die Patenschaft über die Marinetechnikschule übernommen.

Gelebt wird die Verbindung insbesondere durch die gegenseitige Unterstützung. So stellt uns die Hansestadt ihre städtische Infrastruktur für die Vereidigung oder bereits zweimal für die sehr erfolgreiche Durchführung des Tages der Bundeswehr zur Verfügung. Und wir als MTS unterstützen mit dem freiwilligen Engagement unserer Soldaten sowie Mitarbeitern den Zoo, das Marinemuseum auf dem Dänholm oder die Durchführung von Sportveranstaltungen. Ich begrüße das außerordentliche Engagement der Hansestadt Stralsund uns gegenüber ausdrücklich und kann sagen, dass wir uns an diesem auch landschaftlich sehr schön gelegenen Standort sehr zu Hause fühlen.

**Welche Stationen haben Sie bei der Deutschen Marine durchlaufen?**

Ich möchte mich zunächst für die Möglichkeit bedanken, den Lesern der *Pommerschen Zeitung/Preußischen Allgemeinen* die Marinetechnikschule ein wenig näherbringen zu können. Ich selbst bin 1984 in die Marine eingetreten und wurde die ersten fünf Jahre im Bereich der elektronischen Kampfführung auf Schnellbooten und Fregatten verwendet. Nach meiner Übernahme zum Offizier und dem Studium des Maschinenbaus wechselte ich in den Bereich der Schiffstechnik und durchlief fordernde und abwechslungsreiche Verwendungen als Elektrotechnik- und Antriebsoffizier auf Fregatten der Klasse F122 bis hin zum Schiffstechnikoffizier der Fregatte „Augsburg“.

Neben dem Einsatz als Ausbildungs-offizier in der Seeausbildung am damaligen Ausbildungszentrum Schadensabwehr in Neustadt, als Haushaltsreferent im Führungsstab der Marine des BMVg und der Admiralstabsausbildung am Naval War College der US-Navy in Newport/Rhode Island bildeten die Verwendungen im Bereich der Personalentwicklung der Offiziere in Köln einen weiteren Schwerpunkt meiner Laufbahn. 2014 habe ich dann die Aufgaben des Gruppenleiters Marineunterstützungskommando IA und damit die Verantwortung für die Instandsetzung der Schiffe, Boote und Landanlagen der Marine übernommen. Seit September 2018 darf ich nun die Marinetechnikschule als Kommandeur führen.



Idyllisch gelegen: Die Marinetechnikschule nördlich von Stralsund mit Hafen in Parow

Foto PSW

**Nach welchen Kriterien führen Sie die MTS? Was erwarten Sie allgemein und im Besonderen von Ihren Mitarbeitern?**

Alleinige Daseinsberechtigung der Marinetechnikschule ist ihr Kernauftrag: der Flotte Personal zur Verfügung zu stellen, welches aufgrund einer fundierten Grundlagen-, Fach- und Systemausbildung in der Lage ist, relevante Beiträge zum Einsatz und Betrieb zunehmend komplexer werdender Waffensysteme zu leisten. An diesem Kriterium richten sich alle Arbeiten an der MTS aus. Mir ist es dabei ein besonderes Anliegen, dass die Entscheidungsträger in den einzelnen Bereichen, also im Wesentlichen die Lehrgruppenkommandeure, Hauptfachbereichsleiter und Inspektionschefs dieses Ziel verinnerlichen und in den einzelnen Bereichen im Sinne des Führens mit Auftrag umsetzen.

Insbesondere für das Lehrpersonal unter meinen Mitarbeitern bedeutet dies, dass ich neben der erforderlichen, fundierten Fachlichkeit besonderen Wert darauf lege, dass diese den Wesenskern der Marine, die Seefahrt kennen, Erfahrungen aus dem realen Leben der Flotte an die Lehrgangsteilnehmer vermitteln können und diese damit im besten Falle zu motivierten und engagierten Seefahrern erziehen. Die Ausbilderinnen und Ausbilder sollen also idealerweise in der Lage sein, authentisch aus eigener Erfahrung vom Leben an Bord, der Technik, den Herausforderungen und Erlebnissen berichten und damit die Lehrinhalte anschaulich und praxisnah vermitteln zu können.

**Welche Ausbildungsgänge gibt es an der Marinetechnikschule?**

Neben der militärischen Grundausbildung, die ich hier nicht weiter betrachten werde, kann man die an der MTS angebotenen Trainings unter den Oberbegriffen Basis- oder Berufs-, Fach- und Systemausbildung zusammenfassen. Insgesamt werden an der MTS 180 verschiedene Trainingstypen in zirka 500 Durchgängen im Jahr angeboten. Die Trainingsdauer reicht dabei von wenigen Tagen in der Atemschutzgeräteträgerausbildung bis zu 24 Monaten in der Technikerausbildung der angehenden Offiziere des militärfachlichen Dienstes.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die zivilberuflich anerkannte Aus- und Weiterbildung der zukünftigen Gesellen, Facharbeiter und Meister in verschiedenen Berufsbildern von der Feinwerkmechanik über den Elektroniker für Betriebstechnik bis zum IT-Systemelektroniker, wobei diese Auswahl nur einen Teil unseres Ausbildungsspektrums darstellt.

In der beruflichen Aus- und Weiterbildung nimmt die Marinetechnikschule unter allen Bundesweherschulen dabei eine Sonderstellung ein, da wir nicht nur der zuständige Betreuungstruppenteil für diejenigen Soldatinnen und Soldaten sind, die durch einen externen Bildungsträger ausgebildet werden, sondern die Ausbildung auch mit eigenen Kräften durchführen.

Am Herzen liegt mir besonders unsere Fachschule der Marine für Technik. Eine durch das Land Mecklenburg-Vorpommern anerkannte staatliche Ersatzschule. Wie ich das bereits erwähnt habe, führen wir unsere angehenden Offiziere des militärfachlichen Dienstes in dieser Schule bis zum Abschluss als staatlich geprüfter Techniker – oder gemäß des gültigen Qualifikationsrahmens bis zum Bachelor Professional – in den Fachrichtungen Maschinen- und Elektrotechnik. Komplettiert wird unser Ausbildungsangebot für die Truppe durch Trainings in vielen anderen Bereichen wie zum Beispiel der Bootsatzvorrichtungen, Kranausbildung oder Höhenrettung.

**Wo besteht mehr, wo weniger Bedarf an gut ausgebildetem Personal und welche Fähigkeiten sollten Bewerber mitbringen? Wie schätzen Sie insgesamt die Karrierechancen in der Marine ein?**

Die Schiffe und Boote der Marine sind komplexe Waffensysteme, die auf engstem Raum unter anderem über leistungsfähige Antriebs-, Energieerzeugungs-, Schiffsbetriebs- sowie Waffen- und Führungsanlagen verfügen. Dazu kommt ein kompletter Hotelbetrieb, die Abwasser- und Müllbehandlung und vieles mehr, um einen autarken Einsatz in See auch über längere Zeiträume zu ermöglichen. Das Ganze wird heute im Regelfall rechnergestützt betrieben und überwacht und über verschiedene Netzwerke an Bord organisiert. Gleichzeitig sind aufgrund des hohen Automationsgrades die Besatzungsstärken auf den modernen Einheiten teilweise um bis zu 50 Prozent gegenüber älteren Einheiten reduziert worden.

Daran wird deutlich, dass die Anforderungen an das technische Personal heute deutlich anders gelagert sind als früher. Diese Einheiten erfordern den umfangreich ausgebildeten Spezialisten, der aufgrund seines Systemverständnisses in der Lage ist, in Funktionsketten zu denken. Hier sehe ich den wesentlichen Bedarf.

Und aus dem Skizzierten wird auch deutlich, welche Fähigkeiten unsere Bewerber idealerweise mitbringen sollten. Neben einer soliden naturwissenschaftli-

chen Basis ist heute auch immer schon eine gewisse Affinität zu allem, was mit IT zu tun hat wünschenswert. Denn wo wir früher 80 Prozent Mechanik und 20 Prozent Elektronik hatten, haben wir heute im gesamten Schiffsbetrieb zu je 50 Prozent Mechanik und Elektronik beziehungsweise IT.

**Welchen Herausforderungen muss verstärkt in Zukunft begegnet werden?**

Die zunehmende Komplexität der schwimmenden Waffensysteme der Marine aber auch gesellschaftliche Trends wie Distanz- oder lebenslanges Lernen müssen und sollten sich in der Ausbildungslandschaft und natürlich auch an der MTS abbilden. Bereits vor einiger Zeit angestoßen, aber sicher durch die Corona-Pandemie beschleunigt, haben wir umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um perspektivisch geeignete Ausbildungsinhalte – hier insbesondere der Fachausbildung – auch im Rahmen von e-learning vermitteln zu können. Unter dem Stichwort „Lebenslanges Lernen“ gibt es darüber hinaus erste Überlegungen für den perspektivischen Aufbau einer Seminarlandschaft, die zukünftig den Offizieren und Unteroffizieren an bestimmten Karrierepunkten, zum Beispiel beim Wechsel von Bord- zu Stabsverwendungen, Weiterbildungsangebote unterbreiten soll, um den Umstieg insgesamt zu erleichtern.

Moderne Ausbildung erfordert natürlich auch eine moderne Ausbildungslandschaft. In der beruflichen Aus- und Weiterbildung können wir uns zum Beispiel in der Fachrichtung Feinwerkmechanik auf einen „state of the art“ Maschinenpark abstützen, von der computergesteuerten Hightech Fräse bis zum 3-D-Drucker. Und auch in der Fach- und Systemausbildung der Waffen- und Schiffstechnik können wir die Ausbildung an Originalanlagen beziehungsweise mithilfe einer entsprechenden Simulationsumgebung sicherstellen.

Mit Blick zum Beispiel auf die neue Fregatte F126 wird dabei tendenziell die Simulation bis hin zu Virtual Reality einen breiteren Raum einnehmen. Davon unbenommen muss jedoch auch die Ausbildung an realen Anlagen, also mit dem Schraubenschlüssel in der Hand ein wesentlicher Schwerpunkt bleiben. Wir haben dazu verschiedene Projekte, wie eine Ausbildungsanlage Schiffstechnik oder eine Netzwerkausbildungsanlage angestoßen und hoffen – nicht nur mit Blick auf die Attraktivität der Ausbildung – auf deren zeitnahe Realisierung.

Das Interview führte Peer Schmidt-Walther, Presseoffizier und Kapitänleutnant d.R. a.D.

## ● MELDUNGEN

## Industriepark, alte Eichen und Papst-Siegel

**Barth** – Noch bis zum 2. Juli wird im Vineta-Museum der Stadt Barth die Ausstellung „Diener der Schönheit“ gezeigt. Inhaltlich widmet sich das Museum damit dem Wirken des 1819 im thüringischen Mühlhausen geborenen und 1887 in Berlin gestorbenen Malers Carl Gottfried Pfannschmidt, dessen Kunst zu den „edelsten Werken“ seiner Zeit gerechnet wird. TS

**Stolpmünde** – Die Villa „Henriette Thea“, die seit fast 80 Jahren durch Künstler und Designer genutzt wird, soll rekonstruiert werden. Gegenwärtig geht man bei den geplanten Maßnahmen an der Jugendstil-Villa von Kosten im Millionenbereich aus. Zur Umsetzung sollen alte Fotos und Postkarten dienen. TS

**Pasewalk** – Im Industriepark Berlin-Stettin ist die Ansiedlung eines 800 Millionen Euro teuren Daten-Centers mit Rechnern und Servern auf 25 ha geplant. Damit verbunden soll auch die Schaffung von etwa 70 Arbeitsplätzen sein. In dem Großgewerbegebiet haben sich bereits Firmen wie Topregal und Birkenstock angesiedelt. TS

**Kolberg** – Letzte Woche wurde bekannt, dass man nördlich des ehemaligen Altstädter Friedhofs das Siegel einer päpstlichen Bulle fand. Angenommen wird, dass das Fundstück einen Bezug zum Ablassschreiben von Papst Bonifatius aus dem Jahre 1397 hat. Dieses wurde von Pfarrer J. F. Wachsen beschrieben. TS

**Demmin** – Am 8. Mai wurde der Opfer des Massensuizids von 1945 gedacht. Dazu erfolgte eine Kranzniederlegung an einem Massengrab auf dem Friedhof. Daneben gab es zahlreiche Meinungsbekundungen. Insgesamt wurden in diesem Jahr sechs Demonstrationen bei den zuständigen Behörden angemeldet. TS

**Bütow** – In Klein Nossin, das zur Gemeinde Schwarz Damerkow gehört, wurden drei Stieleichen unter Schutz gestellt. Die Naturdenkmäler sind bis zu 30 Meter hoch und haben einen Umfang von bis zu 6,60 Metern. Die Initiative dazu geht auf die Bewohner und die Dorfvorsteherin Frau B. Kopp-Ostrowska zurück. TS

**Eggesin** – Am 9. Juni startet um exakt 16.01 Uhr die 20. „Rallye Stettiner Haff“. Sie wird auf einer Strecke von 300 Kilometern ausgetragen und soll am ersten Tag unter anderem Ueckermünde und Anklam anfahren. Höhepunkt des zweiten Tages wird Stettin sein. Ausgeschrieben ist die Rallye für Motorräder, Automobile und Lkw. Dabei dürfte auch reichlich „Ostalgie“ aufkommen. Denn unter den diversen Oldtimern wird auch wieder sehr viel vier- und zweirädrige Technik aus mitteleuropäischen Ländern zu bestaunen sein, die zu DDR-Zeiten entwickelt wurde. TS/tws

**Stralsund** – Am 12. Mai fand die 2. Regionalkonferenz zur Entwicklung der digitalen Infrastrukturen statt. Es wurden die Potenziale der Digitalisierung weiter sichtbar gemacht, die sowohl für die Hansestadt Stralsund aber auch für die Region Vorpommern-Rügen in vielen Bereichen von entscheidender Bedeutung sind. Die 3. Konferenz wird im November stattfinden. BS

# „Die Wölfe gehen sich gegenseitig an die Kehle“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Die einzige Art der Hysterie und Verbohrtheit zu begegnen ist, die Akteure lächerlich zu machen. Das ist Ihnen in genialer Weise gelungen. Danke!“

**Heino Haase, Travemünde**  
zum Thema: Das Kabinett der „Karatane“ (Nr. 12)



Ausgabe Nr. 19

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## OSTPREUSSEN IN MARKEN ZU: POSTWERTZEICHEN IM SPIEGEL DER ZEIT (NR. 18)

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Aufzählung der bisher erschienenen Ostpreußen-Marken nicht vollzählig ist und Lücken aufweist.

Von Immanuel Kant erschien im Rahmen der Dauerserie von 1961 am 7. Oktober 1961 der Bundespost Berlin und der Bundesrepublik noch je eine Marke.

Ganz fehlen in der Aufzählung die Marken des Malers Lovis Corinth, geboren am 21. Juli 1858 in Tapiau. Von ihm gibt es eine 50-Pfennig-Marke der Bundespost Berlin vom 15. Juli 1975 sowie zwei Gemäldemarken der Bundesrepublik im Wert von 50 Pfennig vom 18. November 1978 und 145 Cent vom 3. Juli 2008.

Auch fehlt in der Aufstellung die Marke der Bundespost Berlin im Wert von 60 Pfennig vom 18. Mai 1972 zum 150. Todestag des am 24. Januar 1776 in Königsberg geborenen Schriftstellers, Musikers und Zeichners E.T.A. Hoffmann.

Der Block „Ostropa“ von 1935 mit vier Marken wird von einem namhaften Briefmarkenversandhaus aus Estenfeld für 509 Euro angeboten, die vier Einzelmarken aus diesem Block für 98,50 Euro.

*Leonhard Hopf, Bad Dürkheim*

## SYMPATHIEN VERSPIELT ZU: DAS FATALE ENDE EINES POLITISCHEN GLAUBENSKAMPFES (NR. 18)

Mit einigen Aussagen, die der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer im Zusammenhang mit der Corona-Impfung machte, hat er sich als eigentlich regierungstreuer Hardliner zu erkennen gegeben, der anderen notfalls mit Gewalt seinen Willen aufzwingen will. Oktroyieren ist das Politikmodell vornehmlich der Grünen, wobei auch andere die Maske haben fallen lassen. Sympathien, die er durchaus hatte, hat er endgültig verspielt. Zur Erinnerung einige Aussagen vom ihm in Zusammenhang mit der Impfung: „Man

könnte Pensionszahlungen, die Rentenzahlungen oder eben den Zutritt zum Arbeitsplatz abhängig machen von der Vorlage eines Impfnachweises.“ Und: „Sie sind schlicht komplett ignorant. Für Leute wie sie muss die Impfpflicht her. Gerne bis zur Beugehaft.“ *Ulrich Bohl, Berlin*

## GRÜNE GANOVENEHRE ZU: DAS FATALE ENDE EINES POLITISCHEN GLAUBENSKAMPFES (NR. 18)

Die Wölfe gehen sich gegenseitig an die Kehle. Wir brauchen Boris Palmer nicht anzugreifen, weil er ohnehin zu den Tätern gehört, nicht zu den Opfern. Bestenfalls ginge es in seinem Fall um so etwas wie Ganovenhonorar innerhalb der Grünen.

*Sonja Dengler, Neckargemünd*

## REINE ZEITVERSCHWENDUNG ZU: DAS FATALE ENDE EINES POLITISCHEN GLAUBENSKAMPFES (NR. 18)

Sich über Gestalten wie den ex-grünen Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer den Kopf zu zerbrechen ist Zeitverschwendung. Diese Typen haben sich selbst überholt und stehen im Grunde für weniger als nichts. Die Ausgrenzung durch ihre eigenen Glaubensgenossen haben sie sich selbst zuzuschreiben. Sie unterscheiden sich von ihren Peinigern nur minimal. Die Karawane zieht weiter.

*Chris Benthe, Dresden*

## LEGITIME LINKE GEWALT? ZU: KEIN FALL FÜR DEN VERFAS- SUNGSSCHUTZ? (NR. 18)

Das alte Muster: Linke Gewalt ist gar keine Gewalt. Okay, ein bisschen ist sie es vielleicht schon, dann ist sie aber nicht so schlimm. Und überhaupt: Sie dient der guten und gerechten Sache. Daher muss sie legitim sein, und damit ist alles gut.

*Sven Rothe, Gera*

## NICHTS AUFZUARBEITEN? ZU: AUFARBEITUNG BLEIBT WOHL UNERWÜNSCHT (NR. 16)

Es ging (bei den Corona-Maßnahmen, d. Red.) ja nur um uns, um den braven und devoten Steuerzahler, der pünktlich einen gewissen Teil des sauer verdienten Geldes ständig als Steuern abzudrücken hat. Und was machte die GroKo und jetzt auch die Ampel mit diesen Steuern? Richtig: Beide Pandemie-Verwaltungen haben unsere Steuern einfach für unnütze Dinge wie FFP2-Schutzmasken, Schnell- und heimlich viele PCR-Endlos-Tests sowie für Impfstoffe sinnlos verplempert, und wiederum hat sich damit ein anderes Häuflein eine goldene Nase verdient.

Weiter haben sie uns immer wieder einen Lockdown nach dem anderen aufs Auge gedrückt, nur damit wir von der Straße weg waren. Am Impfwang sind wir gerade noch so vorbeigeschrammt. Dafür wurde die Corona-Pandemie den Ungeimpften als „Pandemie der Ungeimpften“ in deren Schuhe geschoben. Ungeimpfte Personen dürften eigentlich nichts mehr machen.

Das Grundgesetz wurde im Sause-schritt durch das Infektionsschutzgesetz ersetzt, und seitdem ist nichts mehr so, wie es da einst gewesen war. Auf die Aufarbeitung dieser Corona-Pandemie werden wir wahrscheinlich noch bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten müssen, denn wer nichts aufarbeiten will, der wird auch nichts aufarbeiten.

*Riggi Schwarz, Büchenbach*

## „ALLE GREMIEN KNICKTEN EIN“ ZU: ENTSORGT TRADITION (NR. 16)

Die Namensänderung betrifft nicht nur die Westfälische Wilhelms-Universität Münster. Schon vor einigen Jahren hatten bestimmte Gruppierungen unter den Studenten der altherwürdigen Alma Mater Gryphiswaldensis, gegründet im Jahre 1456, gegen deren Namen „Ernst-Moritz-Arndt-Universität“ Stimmung gemacht. Und es kam, wie es kommen musste – alle

Gremien knickten ein, und heute heißt diese traditionsreiche Uni identitätslos einfach nur „Universität Greifswald“.

*Thomas Schwager, Rügen*

## WARMES, SCHÖNES THÜRINGEN ZU: WEST-ÖSTLICHE BEGRIFFS- VERWIRRUNGEN (NR. 13)

Wir durften sechs Wochen vor dem Fall der Mauer, nach sechs Jahren Drangsal, die DDR verlassen. Zurück blieb ein Blick im Zorn. Es hat Jahre gedauert, bis sich der Zorn legte und wir uns der erfreulichen Dinge, ja, die gab es, erinnerten. Vor allem die Gemeinschaft und das Finden des Glücks am Kleinen waren Dinge, die uns im „Wertewesten“ fehlten. Bis heute sind wir in der Fremde nicht warm geworden, und mit Freude fahren wir alle paar Wochen zu Verwandten und Freunden in unsere Heimat Thüringen. Dort ist es einfach warm und schön.

*Günter Schaumburg, Bad Vilbel*

## EINFACH NUR LÄCHERLICH ZU: SCHON WIEDER AUF FREIGANG (NR. 12)

Diese Kriminellen sind wegen psychischer oder schwerer psychischer Erkrankungen angeblich schuldunfähig. Es muss jedoch bezweifelt werden, ob Menschen wie Suleiman A. nicht wissen, dass ein Messer eine gefährliche Waffe sein kann. Was noch viel schlimmer ist: Er darf sich für einige Stunden frei bewegen. Die Bedingungen dafür sind einfach nur lächerlich. Er bleibt gefährlich.

Woher und warum Personen wie Suleiman A. auch immer nach Deutschland kommen – umsonst gibt es eine Flucht nicht. Vielleicht hat dieser Mann schon in seinem Heimatland seine kriminelle Energie unter Beweis gestellt. Aber für Deutschland spielt das alles keine Rolle. Wichtig ist nur, dass wir weiterhin vorrangig jeden Fremden helfen, egal aus welchen Gründen sie sich bei uns aufhalten.

*Heinz-Peter Kröske, Hameln*

**Preußische Allgemeine**

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-R



**Abonnieren Sie die PAZ**  
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro  
Prämie**



**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

## GARTENPFLEGE

## Extrawurst für die Pflanzen

Im Frühjahr wollen Blumen, Rasen und Beete gut gedüngt sein – Doch welcher Dünger eignet sich für welches Grünzeug am besten?

VON HARALD TEWS

Endlich ist in den Vorgärten das sonntägliche Rennen wieder gestartet. Die kalte Jahreszeit hat einen ganz entwöhnt von dem Motorenlärm, der vom nachbarlichen Rasen herüberdröhnt. Nacheinander heulen die Motoren auf, wobei es zum ungleichen Wettkampf zwischen Elektro- und Benzinrasenmäher kommt. Doch mal ehrlich: Selbst lärmempfindlichen Zeitgenossen hat doch dieser Wettkampf um den gepflegtesten Rasen gefehlt. Er gehört zum Frühling wie die Ananas zum Toast Hawaii.

Für Hobbygärtner ist ohnehin die schönste Zeit des Jahres angebrochen. Endlich geht es wieder raus ins eigene grüne Reich. Nach und nach werden die Spuren des Winters beseitigt, es wird nicht nur erstmals im Jahr der Rasen wieder gemäht, sondern auch zurückgeschnitten, gepflanzt und ausgesät. Ansporn liefert dabei vor allem die fröhliche Farbenpracht der erblühenden Sträucher und Blumen.

Damit alle Pflanzen im Laufe der nächsten Monate gut gedeihen, ist das Düngen ein wichtiges Thema. Im Fachhandel gibt es dafür ein riesiges Angebot: Den konventionellen mineralischen Düngern stehen neue Bio-Produkte gegenüber, und neben Universaldüngern findet man Spezialpräparate, die etwa für bestimmte Pflanzengruppen oder Jahreszeiten entwickelt wurden. Manch ein Kunde verliert da schon mal den Überblick und wird sich fragen: Wodurch unterscheiden sich eigentlich all diese Produkte, und welches ist für meinen Garten optimal?

„Für eine gesunde Entwicklung brauchen Pflanzen Nährstoffe wie Stickstoff, Phosphat, Kalium und Magnesium sowie verschiedene Spurenelemente“, erläutert Andrea Neuenschwander, Umweltingenieurin beim Nürnberger Düngerspezialisten Hauert Manna. Stickstoff, so erläutert sie, unterstütze das Wachstum und gebe



Kleines Naturparadies: In immer mehr Gärten sieht man, dass die Menschen Zier- und Nutzpflanzen mischen

Foto: GPP

Kraft, Phosphat werde vor allem von blühenden und fruchttragenden Gewächsen benötigt, Kalium erhöhe die Standfestigkeit, und Magnesium spiele eine wichtige Rolle beim Transport von Kohlenhydraten innerhalb der Pflanzen.

Wie viele Prozente ein Dünger von welchem Nährstoff enthält, wird auf der Verpackung immer genau angegeben. Beim Vergleich kann man feststellen, dass ein spezieller Frühjahrsdünger mehr Stickstoff aufweist als ein Herbstdünger, denn zu Beginn der Vegetationsperiode geht es vor allem darum, gezielt das Pflanzenwachstum anzukurbeln.

Was ist nun aber der Unterschied zwischen einem mineralischen und einem Bio-Dünger? Bei beiden finden sich vergleichbare Nährstoffangaben auf den Pa-

ckungen. „Tatsächlich sorgen beide Düngergruppen dafür, dass die Pflanzen ausreichend mit Stickstoff und Co. versorgt werden. Trotzdem unterscheiden sie sich grundlegend sowohl in der Herstellung als auch in der Wirkungsweise“, erklärt Neuenschwander.

#### Ratschläge von der Expertin

Bei Mineraldüngern lägen laut der Expertin die Nährstoffe in Form von wasserlöslichen Salzen vor. So können sie schnell, direkt und ohne Umwege von den Wurzeln aufgenommen werden. Um eine gleichmäßige Versorgung über eine gewisse Zeitspanne zu gewährleisten, wird zu meist ein Teil mit Harzen ummantelt, die sich bei Feuchtigkeit langsam auflösen und dabei die Inhaltsstoffe verzögert frei-

geben. Bio-Dünger dagegen, die auf der Basis organischer, nachwachsender Substanzen hergestellt werden, besitzen eine ganz natürliche Langzeitwirkung. Sie sind nach dem Ausbringen zunächst einmal eine wichtige Nahrungsgrundlage für Bodenlebewesen wie Regenwürmer, Insekten, Bakterien und Pilzstämme. Erst durch deren Verdauungsprozess werden die für die Pflanzenwelt lebensnotwendigen Bestandteile freigesetzt.

Da die Zersetzung der verschiedenen organischen Materialien über einen längeren Zeitraum erfolgt, ist die Nährstoffversorgung entsprechend verzögert und hält länger an. Die mit der Bio-Düngung einhergehende Aktivierung des Bodenlebens bietet darüber hinausgehende Vorteile: Je mehr kleine Helfer sich im Erdreich be-

wegen, desto besser belüftet und stabiler ist dessen Struktur. So kann Wasser gut gespeichert werden und die Pflanzen können leichter und tiefer wurzeln.

bleibt die Frage: Sollte man lieber auf einen Universaldünger setzen oder spezielle Produkte für jede Pflanzengruppe im Garten wählen? Die Frage lasse sich aber so generell nicht beantworten, meint die Umweltingenieurin: „Spezialdünger haben schon ihre Berechtigung, denn sie sind genau auf die Bedürfnisse einzelner Gewächse abgestimmt. Sinnvoll ist ihr Einsatz immer dann, wenn es in einem Garten eine größere Menge der bestimmten Gruppe gibt.“ Im normalen Hausgarten reiche ein Universaldünger zumeist aus. Zumal hier oft viele verschiedene Pflanzen auf engem Raum zusammenstehen. Selbst die klassische Einteilung zwischen Blumen- und Gemüsebeeten gebe es heute häufig nicht mehr. In immer mehr Gärten sei zu sehen, dass die Menschen Zier- und Nutzpflanzen mischen.

Ob Gemüse, Blumen, Hecken, Sträucher – mit einem Volldünger werden alle Gartenpflanzen nachhaltig mit allen wichtigen Nährstoffen versorgt. Die enthaltenen Huminsäuren bewirken außerdem, dass selbst bei verdichteten Gartenböden mit geringem Humusgehalt die erforderlichen Spurenelemente allen Gewächsen in optimaler Form zur Verfügung stehen. Zwei bis drei Düngergaben zwischen Frühjahr und Herbst werden empfohlen. Das Granulat lässt sich gut dosieren und problemlos mit der Hand ausbringen. Seine schnelle und langanhaltende Wirkung sorgt den gesamten Sommer über für gesundes Grün und Blütenfülle und garantiert eine gute und schmackhafte Ernte in Bioqualität.

Biogranulat hilft auch, dass der Rasen einen trockenen Sommer gut übersteht. Ganz zur Freude der Hobbygärtner, die nur darauf warten, ihren Rasenmäher wieder hervorholen zu können.

● [www.hauert-manna.com](http://www.hauert-manna.com)

## SOLARENERGIE

## Das Minikraftwerk am Pflanzenkübel

Photovoltaikanlagen an Balkonen sind günstig und effizient – Aber wehe, man produziert zu viel Energie

Angesichts explodierender Energiepreise steht das Sparen bei den Ausgaben für Strom und Gas an oberster Stelle. Bei einem Blackout durch eine eigene Energiegewinnungsanlage unabhängig zu sein erhöht den Reiz, sich mit der Anschaffung einer Windkraft- oder Photovoltaik-Anlage zu beschäftigen.

Die Solarenergie-Anlage für den Balkon verspricht beides – Sparen und Unabhängigkeit – und soll, wenn es nach den Herstellern geht, damit für Hausbesitzer, vor allem aber auch Mieter, die perfekte Lösung sein. Mit einem Preis ab 400 Euro ist dieses vor den Pflanzenkübel angebrachte Minikraftwerk deutlich preiswerter als eine leistungsstarke Photovoltaik-Anlage, die auf dem Dach angebracht wird. Zudem benötigen die meisten Modelle der kleinen Version für den Balkon, die Loggia, Garage oder das Gartenhaus auch keine aufwendige zusätzliche elektrische Leitung. Das Paneel wird montiert und in den Schukostecker eingesteckt. Die kleine Solaranlage ist damit schnell installiert, der Anbau stellt keinen zusätzlichen finanziellen Posten dar.

Bis hierhin geht die Rechnung für den installationswilligen Mieter auf. Um mit

der Einrichtung zu starten, benötigt er lediglich die Genehmigung des Vermieters.

Die Balkonkraftwerke erzeugen im Jahr bis zu 600 Kilowatt, in der Regel liegt die Leistung aber deutlich darunter. Wie viel Strom tatsächlich erzeugt wird, hängt von vielen Faktoren ab. Dazu gehören unter anderem Jahreszeit, Wetter und nicht zuletzt auch klimatische Region, La-

ge und Ausrichtung der Anbringung am Standort.

Wer sich trotzdem dafür entscheidet ein Balkonkraftwerk anzuschaffen, sollte bei der Ausrichtung darauf achten, dass die Solarpaneele im Süden positioniert sind. Der Neigungswinkel spielt ebenfalls eine Rolle bei der Energiegewinnung und sollte 20 bis 30 Grad betragen.



Sichtschutz und Energielieferant in einem: Solaranlage an einem Balkon

FOTO: MAGGROBERT ROCHTEN

## PREUSSEN

## Der geheilte Asklepios

Der griechische Heilgott Asklepios war in Berlin selbst auf eine Heilung angewiesen – zumindest dessen Marmorskulptur. Durch Korrosion drohte der antiken Figur an der Ostfassade des Casinos im Berliner Schlossgarten Glienicke der Verlust des Kopfes. Nach der Restaurierung steht die unterlebensgroße Statue inzwischen wieder wie neugeboren am alten Standort. Prinz Carl von Preußen (1801–1883) hatte die Figur vermutlich zwischen 1824 und 1883 aus dem italienischen Kunsthandel erworben und nach Glienicke transportieren lassen, wo sie nun wieder am Bankensemble zwischen zwei Säulenfiguren zu bewundern ist. *tws/SPSG*



FOTO: SPG

Daraus sollten keine voreiligen Schlüsse gezogen werden. Das EEG misst der Eigenversorgung mit Erneuerbaren Energien große Bedeutung zu und wird regelmäßig überarbeitet. Gut möglich, dass die Balkonkraftanlagen, die aufgrund der aktuellen Strompreisentwicklung in diesem Jahr eine stark erhöhte Nachfrage erleben, bei der nächsten Überarbeitung des EEG schon von der 70-Prozent-Regel ausgenommen werden. *Stephanie Sieckmann*

## ● FÜR SIE GELESEN

## Instrumente entdecken

Dass das Englischhorn nichts mit England, sondern mit „engelhaft“ zu tun hat, erfahren junge Leser des liebevoll gestalteten Din-A-4-formatigen Musikbuches „Hört sich gut an. 50 Instrumente und wie sie klingen“ von dem Künstler Ole Könnecke und seinem musikerfahrenen Sohn Hans. Eigentlich werden sogar 52 Instrumente auf jeweils einer Doppelseite erklärt. Ein QR-Code führt direkt zu einem eigens komponierten kurzen Stück.

Dazu bedarf es eines Smartphones, das mit dem Internet verbunden ist. Ein Löwe, der eine Triangel spielt, ein Bär mit einem Cello oder ein Fisch am Saxofon sind nur einige tierische Musikanten in diesem Buch, das auch das Theremin, den Computer und die menschlichen Stimmen mit sehr viel Humor beschreibt. Diesen kleinen Musikunterricht können Kinder – empfohlen ab fünf Jahren – an diesem Wochenende auch in Hamburg-Altona erleben. Im Galionsfigurensaal des Kinderbuchhauses im Altonaer Museum, Museumstraße 23, 22765 Hamburg, findet am Sonntag, dem 21. Mai, um 15.30 Uhr, eine Familienlesung mit Ole und Hans Könnecke statt. Karten gibt es unter E-Mail: info@kinderbuchhaus.de oder telefonisch unter (040) 4281351543.

Christiane Rinser-Schurt



Ole und Hans Könnecke: „Hört sich gut an“, Carl Hanser Verlag, 2022, gebunden, 112 Seiten, 20 Euro

## Kunst aus Papier

35 original japanische Origami-Modelle werden in dem Bastelbuch „Origami“ vorgestellt. Ein einleitender Teil gibt einen kurzen Überblick über diese japanische Papierfalttechnik und beschreibt einige traditionelle Modelle, bevor ein Glossar die Symbole der Arbeitsanweisungen erklärt. Dann geht es auf fast 200 Seiten los. Zu jedem Modell gibt es zusätzlich ein Video, das über einen QR-Code anvisiert werden kann. Die Videos sind mit sehr spannender Musik unterlegt, sodass ein Tonausknopf für mehr Entspannung sorgt. Den Anleitungen im Buch ist gut zu folgen, und die Ergebnisse werden mit jedem Mal besser. Die Modelle sind in fünf Schwierigkeitsgrade eingeteilt.

Der Kranich beispielsweise hat den zweithöchsten Schwierigkeitsgrad. Als eines der schwierigsten Modelle wird der achteckige Umschlag beschrieben, und zwar mit etlichen Varianten. Gerade für die Modelle mit höherem Schwierigkeitsgrad lohnen sich die Videos sehr. Die Autoren dieses Buchs sind Mitglieder im Centro Diffusione Origami (CDO) und begeisterte Papierfalter. Das traditionell handgeschöpfte Origamipapier nennt sich Washi, es ist sehr belastbar, damit es beim Falten nicht reißt.

CRS



Vanda Battaglia und Francesco Decio: „Origami“, frechverlag, 2023, gebunden, 208 Seiten, 22 Euro

## WISSENSCHAFT

## Echt oder ein Wolpertinger?

Monsterwespen, Frösche, Gorillas, Schnabeltiere, Krebse und mehr – Wie die ersten Tiere ihrer Art entdeckt und wissenschaftlich erfasst wurden

FOTO: SHUTTERSTOCK



Der Biodiversitätsforscher und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Museum für Naturkunde in Berlin Michael Ohl nimmt den Leser seines Sachbuchs mit auf eine bilderreiche Reise zur Entdeckung vieler Tierarten

wie etwa im Jahr 1799 die des Schnabeltiers. Unterhaltsam und sehr informativ werden Einblicke in wichtige Entdeckungen in der Naturgeschichte vermittelt. Ein ausführlicher Anhang ergänzt das Werk.

CRS



Michael Ohl: „Expedition zu den Ersten ihrer Art“, dtv Verlagsgesellschaft, München 2022, gebunden mit Broschur, 302 Seiten, 36 Euro

## UKRAINEKRIEG

## Ein russischer Aussteiger berichtet

Der Fallschirmjäger Pawel Filatjew hat einen Bericht veröffentlicht, der ein düsteres Bild von Putins Armee zeichnet – aber auch von der ukrainischen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wer genug davon hat, sich den Ukrainekrieg immer nur von militärisch unbelasteten Journalisten, Rüstungslobbyistinnen, Schreibtischgenerälen oder den britischen Geheimdiensten „erklären“ zu lassen, sollte alternative Quellen nutzen. Eine solche ist das Buch „ZOV. Der verbotene Bericht“, welches – dem Verlag zufolge – von dem russischen Fallschirmjäger des 56. Luftsturmregiments Pawel Filatjew geschrieben wurde. Dabei ist auch dieser „Tatsachenbericht“ aus der Zeit zwischen dem 24. Februar und 7. März 2022 mit Vorsicht zu betrachten. Denn viele Textpassagen wirken, als ob sie direkt aus der Küche der psychologischen Kriegführung stammten.

So lässt der Autor kein gutes Haar an der russischen Armee und beschreibt diese als eine wilde Ansammlung unfähiger, korrupter oder verängstigter Soldaten und Offiziere, die unter völlig chaotischen Umständen und mit einer haarsträubend miserablen Ausrüstung in die Ukraine geschickt worden sind. Sollten seine Ausführungen der Wahrheit entsprechen, dann sitzen in der obersten Militärführung Russlands tatsächlich nur Versager oder Saboteure, wie der Chef der Privatarmee Gruppe Wagner, Putins ehemaliger Koch Jewgenij Prigoschin, ja ebenfalls schon mehrmals behauptete.

Andererseits finden sich in dem Buch bemerkenswerte Beschreibungen von Situationen, in denen ukrainische Zivilisten

auf kriegsrechtswidrige Weise in die Kampfhandlungen eingriffen. Aufschlussreich ist zudem, was Filatjew über die zwangsweise verabreichten Corona-Impfungen schreibt: Die sollen eine ganze Reihe russischer Soldaten ganz ohne das Zutun des Gegners außer Gefecht gesetzt haben. Und dann wären da noch Sätze wie „Wir sehen einheimische Plünderer, die ihre eigenen Geschäfte ausräumen“ oder „Mit der Genauigkeit der ukrainischen Artillerie ist es nicht weit her“.

Möglicherweise ist die Schilderung tatsächlich authentisch und der Autor kein bezahlter Propagandist, der den Leuten im Westen durch übertriebene oder irreführende Schilderungen vorgaukeln soll, wie rückständig und moralisch verlottert die russische Armee daherkomme und wie glorreich die ukrainischen Helden Widerstand leisteten. Das würde dann allerdings folgenden Schluss nahelegen: Wenn der Zustand von Putins Invasionstruppen wirklich so katastrophal ist, wie Filatjew behauptet, dann können die Streitkräfte Kiews kaum besser sein. Wie sollte sich die russische Armee sonst seit über einem Jahr in der Ukraine halten?



Pawel Filatjew: „ZOV. Der verbotene Bericht. Ein russischer Fallschirmjäger packt aus“, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2022, gebunden, 191 Seiten, 23 Euro.

## AFGHANISTAN

## Eine mutige einsame Kämpferin

Die Afghanin Zarifa Ghafari erzählt ihre Erlebnisse als Bürgerin eines Landes, dessen jüngste Geschichte von Kriegen und Gewalt geprägt ist

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Zarifa Ghafari ist eine außergewöhnliche Frau, der es gelungen ist, in Afghanistan als erste Frau Bürgermeister einer Provinzstadt zu werden. 1994 in Kabul zur Zeit des Bürgerkriegs als Tochter eines Soldaten geboren, wuchs sie während des ersten Taliban-Regimes auf. Erwachsen wurde Ghafari nach der auf 2001 folgenden Zäsur, „als eine vermutlich demokratische Regierung von westlichen Armeen, Hilfsorganisationen und Milliarden von Dollar gestützt wurde“, wie sie sagt. Allen traditionellen Fesseln zum Trotz verfolgt Ghafari zielstrebig ihren Weg. Sie geht zum Studieren nach Indien. Dort erlebt sie einige unbequeme Jahre. Die Erfahrung, dass in Indien Männer und Frauen in der Öffentlichkeit miteinander sprechen dürfen und Bildung für Frauen gefördert wird, erfüllt sie mit großen Plänen für ihre Heimat.

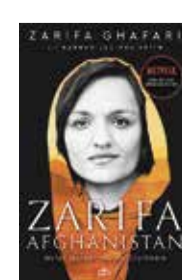
Nach ihrer Rückkehr gründet sie einen Radiosender in Paktia, mit dem Ziel, sich um die Rechte von Frauen zu kümmern. Da ihre Mission in Nachbarschaft der Talibangebiete stattfindet, lebt Ghafari stets in Gefahr. Dennoch bewirbt sie sich um das Amt des Bürgermeisters in der Provinz Wardak. Anwärter werden nicht gewählt, sondern müssen sich Prüfungen unterziehen. Diese besteht sie mit Bravour. Vom ersten Tag ihrer Ernennung an ist sie mit Widerstand konfrontiert. Der Gouverneur bekämpft sie ebenso offen wie die radikalen Moslems. Wardak, westlich von Kabul gelegen, ist das Zentrum der Tali-

ban. Deren Gebiet begann nur anderthalb Kilometer von Ghafaris Büro in Maidan Schar entfernt.

Dreimal entging sie von militanten Moslems verübten Mordanschlägen. Als Afghanistan im August 2021 erneut in die Hände der Taliban fiel, floh Ghafari auf abenteuerliche Weise und begann ein neues Leben in Deutschland.

Ihre Bilanz nach 20 Jahren Krieg in Afghanistan fällt düster aus: Die Situation sei immer gleich gewesen: Die Taliban auf der einen Seite, die USA auf der anderen, dazwischen das schuldlose afghanische Volk. Von den USA ist sie enttäuscht: „All die Gespräche über Friedensabkommen ... waren nur schöne Worte, um zu verschleiern, was das hier wirklich war: eine Niederlage.“

Das Einfrieren afghanischen Vermögens führte dazu, dass alles, was noch im Land war, in die Hände der Taliban fiel. Die Folge ist bittere Armut in der Bevölkerung. Problematisch sei der Alltag vor allem für Witwen, sagt Ghafari, denn sie dürfen nicht arbeiten, erhalten aber auch keinerlei Unterstützung. Um ihr Schicksal zu erleichtern, schuf Ghafari von Deutschland aus ein Hilfsprojekt für Frauen.



Zarifa Ghafari mit Hannah Lucinda Smith: „Zarifa Afghanistan. Meine Heimat. Meine Geschichte“, dtv, München 2022, gebunden, 319 Seiten, 22 Euro

## ELBING I

# Erinnerung an einen mutigen Bäckergesellen

Skulptur am Alten Markt: 1521 verhinderte der junge Mann die Befreiung der Stadt durch den Deutschen Orden

VON WOLFGANG REITH

Wer durch die inzwischen vorbildlich sanierte Altstadt von Elbing geht, landet unweigerlich auch am Alten Markt, der im Norden vom Markttor begrenzt wird, das als eines von wenigen Bauwerke die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges einigermaßen überstanden hat. An ihm fällt eine Statue ins Auge, die als „Bäckerjunge“ Bekanntheit erlangt hat. Nach einer Legende soll diese 1521 mit dieser Tat die Rückeroberung der Stadt durch Truppen des Deutschen Ordens verhindert haben.

Seit dem Zweiten Thorner Frieden von 1466, der den Dreizehnjährigen Krieg (1453–1466) zwischen Polen und dem Preußischen Bund, zu dem sich zahlreiche Städte des Ordenslandes zusammengeschlossen hatten sowie dem Deutschen Orden beendete, gehörte Elbing offiziell zum Ständestaat Königlich Preußen beziehungsweise „Preußen Königlichem Anteil“, der unter dem Schutz der polnischen Krone stand (daher auch als Polnisch Preußen bezeichnet).

Bereits 1454 hatte die Stadt König Kasimir IV. gehuldigt. Da Elbing – ebenso wie etwa Danzig oder Thorn – als wohlhabende Hansestadt galt, unternahm Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach ab 1519 in einem zweijährigen Krieg immer wieder Versuche, das verlorene Territorium für den Deutschen Orden zurückzugewinnen. Am 4. März 1521 setzte er von Königsberg aus eine 2000-köpfige Streitmacht in Bewegung, die unter dem Kommando des Statthalters von Tolkemit, Caspar von Schwalbach, sowie Oberst Moritz Knebel von Katzenelnbogen, Hofmarschall des Kurfürstentums und Erzstifts Mainz, der eine Söldnertruppe zur Unterstützung des Deutschen Ordens befehligte, stand.



Erinnert an ein denkwürdiges Ereignis der Stadtgeschichte: Die Skulptur des Elbinger Bäckerjungen

Foto: W.R.

Am 8. März 1521 traf das Heer vor den Toren Elbings ein, doch ausgerechnet ein junger Bäckerjunge soll dann dafür gesorgt haben, dass die Belagerer die Stadt nicht einnehmen konnten, indem er mit einer Schaufel das Haltetau des Fallgitters am Markttor durchtrennte und damit den Angreifern den Weg versperrte.

## Verteidigung mit einer Schaufel

Genau einen Monat hernach endete dieser sogenannte Reiterkrieg zunächst mit einem Waffenstillstand, vier Jahre später dann formell durch den Vertrag von Kra-

kau. Es sollte der letzte Versuch des Deutschen Ordens gewesen sein, das Land, das nunmehr in ein weltliches Herzogtum umgewandelt wurde, von der Vormundschaft Polens zu befreien. Dies gelang erst dem Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm, der 1657 die volle Souveränität über Preußen erlangte.

Der Jahrestag der Tat des Bäckerjungen war fortan in Elbing ein Feiertag, und zwar bis 1772, als die Stadt im Rahmen der Ersten Polnischen Teilung zum Königreich Preußen kam. Gefeierte wurde jeweils am ersten Freitag nach dem Sonntag

Laetare (vierter Fasten- oder Passionssonntag beziehungsweise drei Wochen vor Ostersonntag), außerdem ehrte man die Tapferkeit dieser Symbolfigur in einem Lied. Eine Schaufel, wohl ähnlich der seinigen, hatte man nach dem Ereignis im Markttor aufgehängt, wo sie die folgenden 250 Jahre verbleiben sollte. Heute findet man in einer Nische am Eingang zum Tor einen Abdruck davon.

Nachdem man sich in der Republik Polen wieder der Geschichte besonnen hatte, wurde am 30. September 2006 eine Bronzestatue vor dem Markttor er-

richtet, die den Bäckerjungen darstellen soll. Dabei handelt es sich um eine 160 Zentimeter hohe Figur, die der Warschauer Bildhauer Waldemar Grabowiecki anfertigte und die lächelnd ihre rechte Hand in die Hüfte stemmt, während sie sich mit der linken Hand auf der Schaufel abstützt. Es fällt auf, dass die Nase der Statue besonders glänzt, was daher rührt, dass durch deren Streicheln – wobei man vor allem Kinder beobachten kann – ein inniger Wunsch in Erfüllung gehen soll.

## Ereignis wurde Feiertag

Drei Jahre nach der Enthüllung des Denkmals wurde am 19. Juni 2009 daneben als Ergänzung eine ebenfalls von Waldemar Grabowiecki geschaffene Gedenktafel in Form eines Bronzeschildes aufgestellt, welche auf einem Felsblock montiert ist und auf der in polnischer, deutscher und englischer Sprache geschrieben steht „Bäckerjunge – legendärer Verteidiger von Elbląg – 1521 verhinderte er den Überfall von Elbing durch den Ritterorden, indem er das Seil des Fallgitters im Markttor mit einer Schaufel durchschnitt“ (deutscher Text).

Die Aufstellung der Statue im Jahre 2006 erfolgte übrigens während des 1. Elbinger Brotfestes, einem der größten regionalen Jahrmärkte, das jährlich um die Monatswende August/September stattfindet. Damit wird an den früheren Feiertag am Freitag nach dem Fastensonntag Laetare (lateinisch für „freue dich“) erinnert, dem Freudentag, der aber auch „Brotsonntag“ genannt wird, abgeleitet von der in der Bibel beschriebenen „wundersamen Brotvermehrung“.

Selbst wenn die Geschichte des Bäckerjungen von Elbing auf einer Legende beruht, so erfreut die vor dem Markttor aufgestellte kindgroße lächelnde Statue doch viele Betrachter mit ihrer fröhlichen Ausstrahlung.

## ELBING II

# Am Bahnhof grüßt die „Botschaft eines Engels“

Marie-Luise Salden stiftete ihrer Geburtsstadt eines ihrer Gemälde – Eine vergrößerte Replik wurde feierlich enthüllt

Ende April waren viele Einwohner der Stadt Elbing und auswärtige Gäste bei strahlend sonnigem Wetter zur Enthüllung des Bildes „Engel über Elbing“ der Künstlerin Marie-Luise Salden auf den Bahnhofplatz der Stadt gekommen. Der Sonnenschein und die Wärme passten sehr gut zu den leuchtenden Farben des Bildes, das den Flüchtlingen der Welt gewidmet ist.

Salden ist 1939 in Elbing geboren, sie wurde in der dortigen Frauenkirche getauft, und musste die Stadt am Ende des Zweiten Weltkriegs verlassen. „Ich erinnere mich noch an unser Haus und das Meer, wenn wir nach Kahlberg gefahren sind“, sagte sie und ergänzte zu ihrer Flucht: „Zum Glück waren wir vor dem eigentlichen Einmarsch der Roten Armee in die Stadt schon nach Stolp evakuiert worden und mussten dort nur noch auf meine Mutter warten.“ Dann ging es nach Bayern, inzwischen lebt sie im Rheinland.

## Ausstellungen in der Heimatstadt

Sie hat ihre Heimatstadt aber nicht vergessen, war 1977 zum ersten Mal nach dem Krieg dort, danach aber erst wieder zur Vorbereitung ihrer Ausstellung im Jahr 2008 in der Galerie EL mit deren

Sitz ausgerechnet im Gebäude der Taufkirche von Marie-Luise Salden. Für diese Ausstellung entstand das Bild „Engel über Elbing“, das die Künstlerin der Stadt zu schenken beschloss. Daraus entwickelte sich das nächste Projekt.

## Platzierung am Ort der Flucht

„Es war ihre Idee, eine vergrößerte Replik des Bildes herstellen zu lassen und auf dem Bahnhofplatz aufzustellen“, so Elbings Stadtpräsident Witold Wróblewski in seiner Rede zur Enthüllung des Gemäldes. Der Ort war Salden wichtig, weil sie 1945 von dort fliehen musste. „Heute fliehen Ukrainer vor dem Krieg in ihrem Land hierher auf denselben Platz nach Elbing und finden hier Aufnahme“, ergänzte Birgit von Hellfeld vom Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, und schloss damit den Kreis zwischen Geschichte und Gegenwart.

„Die Botschaft meines Engels sind Frieden, Versöhnung, Schutz, Segnungen und Liebe“, erklärte Salden in ihrer Ansprache vor der Enthüllung: „Ich danke der Stadt Elbing, dass sie es möglich gemacht hat, dass er hier seine Flügel ausbreiten kann.“ Konstantin Blersch, der Sohn Saldens, hatte aus dem fernen Aus-

tralien den Werdegang des Projekts beobachtet. Stolz berichtete er: „Meine Mutter hat schon länger gute Verbindungen nach Elbing aufgebaut und hat das jetzt sehr gut hingekriegt, denn man muss über viele Brücken gehen, um so etwas zu realisieren.“

Er selbst war zum zweiten Mal in der Republik Polen, aber das erste Mal in Elbing, seine Schwester Cécile Willems hingegen kam aus den USA bereits das zweite Mal in die Heimatstadt der Mutter, um den neuen Engel für Elbing sehen zu können. Einen wesentlich kürzeren

Weg hatte die große Delegation vom Verein der Deutschen Minderheit in Elbing mit den Vorsitzenden Hilda Sucharska und Rosemarie Kańkowska an der Spitze. Auch sie haben schon länger guten Kontakt zur Künstlerin.

## Erläuterungen auf der Rückseite

Dann befreiten Stadtpräsident Witold Wróblewski und Marie-Luise Salden das Kunstwerk von seinen Hüllen und ließen seine warmen Farben in der Sonne zur Geltung kommen. Manche Gäste fühlten sich durch diese Farbgebung an Marc Chagall erinnert, auch in der allgemeinen Linienführung fanden sie Anklänge an die Glasfenster dieses Künstlers. „Diese Wärme ist gut. Denn das Bild steht hier, wo viele Menschen mit verschiedenen Gedanken in unterschiedliche Richtungen gehen. Der Engel wird viel positive Energie an diese Menschen weitergeben“, fasste Blersch seinen Wunsch an das Werk seiner Mutter in Worte.

Wer diese zukünftige Wirkung von Marie-Luise Saldens „Engel über Elbing“ ausprobieren möchte, findet das Bild mit den Erläuterungen auf der Rückseite auf dem Weg vom Elbinger Bahnhof zur Altstadt hinter der Sonnenuhr auf dem Bahnhofplatz. Uwe Hahnkamp



Am Tag der Enthüllung auf dem Bahnhofplatz: Zur Feier des Tages waren auch Marie-Luise Saldens Kinder Cécile und Konstantin angezogen. Foto: U.H.

## ● AUFGESCHNAPPT

Das agrarpolitische Pendant zur Forderung „Nur noch Erneuerbare Energien“ lautet: „Nur noch Ökolandbau.“ Das renommierte Wissenschaftsmagazin „Nature“ hat indes eine alarmierende Studie veröffentlicht. Danach könnten allein mit ökologischem Anbau nur maximal 4,7 Milliarden Menschen weltweit ernährt werden. Die „industrielle“ Landwirtschaft dagegen könnte auch zwölf Milliarden Menschen die Teller füllen. Damit wäre das Ernährungsproblem gelöst, denn aktuelle Berechnungen ergeben, dass die Weltbevölkerung von derzeit acht auf höchstens zehn Milliarden Köpfe wachsen wird. Grund: In immer mehr Regionen stagniert die Bevölkerungszahl bereits oder schrumpft sogar. Ein Trend, der sich ausbreiten dürfte. Zur Erinnerung: Unlängst versuchte die Regierung von Sri Lanka, durch das Verbot von Kunstdünger- und Pestizidimport komplett auf Ökolandbau umzusatteln. Das Ergebnis war eine dramatische Wirtschafts- und Ernährungskrise, welche die Regierung aus dem Amt fegte. H.H.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Kabarettist Serdar Somuncu will seine Karriere beenden. Zum Abschied liefert er gegenüber der „Welt“ (10. Mai) ein düsteres Zeugnis seiner Zunft:

„Noch nie war Satire so angepasst, so brav und so regierungskonform. Wir haben eine Scheißregierung, die macht, was sie will. Eine Außenministerin, die sich durch die Weltgeschichte stottert und überall Porzellan zerbricht. Und keiner schafft es, eine dezidierte Kritik zu äußern.“

Nach der Befragung von Wirtschaftsminister Habeck und dessen Staatssekretär Patrick Graichen zur „Trauzeugenauffäre“ im zuständigen Ausschuss des Bundestages fordert Christine Dankbar in der „Berliner Zeitung“ (11. Mai) einen klaren Schnitt:

„Eigentlich gibt es nur eine Erklärung für diese ganze Misere: Patrick Graichen, der starke Mann im Wirtschaftsministerium, hat sich unangreifbar gefühlt. In der Politik ist das eine Eigenschaft, über die schon viele gestolpert sind. Statt reinen Tisch zu machen, beklagen sich die Grünen über eine Kampagne der Opposition. Damit vergrößern sie den Schaden nur. Es bleibt dabei: Graichen muss gehen.“

Hans-Georg Maaßen meint zum grünen Filz gegenüber dem Blogger Alexander Wallasch (12. Mai):

„Familienclans, Vetternwirtschaft, ausufernde Schaffung von neuen hoch dotierten Beauftragtenposten, Beförderung von Parteifreunden am Beamtenrecht vorbei, Maskendeals, Lobbyarbeit im eigenen Interesse usw. ... die Grünen wissen, dass die Medien sie nicht kontrollieren und dass sie sich fast alles erlauben können und nicht damit rechnen müssen, wegen ihrer Pfründewirtschaft oder wegen ihrer ideologischen Politik kritisiert zu werden.“

Die deutschen Vertreter auf dem Eurovision Song Contest haben, anders als alle anderen, auf das Schwanken ihrer Nationalflagge verzichtet – und sind dann auf dem letzten Platz gelandet. Gerd Buurmann sieht bei „Achgut“ (15. Mai) einen Zusammenhang:

„Niemand hat ein Problem mit der Musik, die aus Deutschland kommt. Niemand hasst die deutsche Kultur. Was aber auf sämtliche Eier der Welt geht und zwar auf alle Eier aller Couleure, ist der deutsche Stolz darauf, nicht stolz auf das eigene Land zu sein und daraus eine moralische Überlegenheit abzuleiten, mit der man dann glaubt, die Welt verändern zu dürfen, im tiefen deutschen Glauben, sie damit zu verbessern.“

## ● WORT DER WOCHE

„Das Dilemma der grünen Politik: Je mehr sie durchzusetzen vermag, desto schlechter werden ihre Wahlergebnisse. Für die kommenden Wahlen verheißt das nichts Gutes für die Grünen.“

Matthias Iken im „Hamburger Abendblatt“ vom 16. Mai über die künftigen Wahlaussichten der Grünen

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Gedenken nach Bündnislage

Wie die sowjetische Rolle 1939 wieder aktuell wurde, und wie die Autobahn wieder „Nazi“ wird

VON HANS HECKEL

Der Satz lässt aufhorchen, auch wenn er eigentlich eine Binsenweisheit ist. Abgestoßen von Putins Siegesparade zum 9. Mai schreibt Ulrich Reitz im „Focus“: „Fast in Vergessenheit ist auch geraten, dass nicht die Deutschen allein den Zweiten Weltkrieg entfesselten, sondern: Deutsche und Sowjets gemeinsam.“ Nun ist das für den Geschichtsbewussten keine Neuigkeit. Im geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt hatten Berlin und Moskau den polnischen Nachbarn bereits am 23. August 1939 unter sich aufgeteilt. Dass Stalins Truppen nicht schon am 1., sondern erst am 17. September aktiv angriffen, ist für die Frage, wer beim „Entfesseln“ dabei war, bedeutungslos. Die Antwort darauf haben wir mit Datum vom 23. des Vormonats schriftlich.

Soweit war eigentlich immer alles klar, dennoch schluckt man ein wenig. Das hat mit den feineren Schwingungen zu tun, die unser Gedenken durchziehen. Die drücken sich oft darin aus, welche Ereignisse jeweils in den Mittelpunkt gestellt wird und was man eher unerwähnt am Wegesrand liegenlässt.

Unser Blick auf die Geschichte hat seit 1945 einige heftige Wendungen genommen. In der ganz jungen Bundesrepublik wurden beispielsweise die Vertriebsverbrechen minutiös dokumentiert und nahmen einen breiten Raum in der Erinnerungskultur ein. Ganz anders in der DDR: Dort war das Sprechen von Verbrechen im Osten tabu, sogar das Wort „Vertriebenen“ sollte nicht benutzt werden. Dafür widmete man sich östlich der Werra mit Hingabe den alliierten Luftangriffen auf die deutsche Zivilbevölkerung – namentlich dem auf Dresden vom Februar 1945.

Als sich in Bonn dann die Zeichen in Richtung „Entspannungspolitik“ wendeten, standen die Heimatvertriebenen mit der Geschichte ihres Leids plötzlich als Störenfriede im Raum. So wurden sie zu ihrer nicht geringen Überraschung von Opfern zu Übeltätern gestempelt und bekamen zum Schluss sogar in Westdeutschland von besonders eifrigen Hetzern das von der SED entworfene Etikett des „Revanchisten“ umgehängt.

Als der Eisener Vorhang gefallen war, erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt. Nun wollte man von nichtdeutschen Verbrechen oder Verantwortlichkeiten im Grunde gar nicht mehr reden. Wer es trotzdem noch wagte, sah sich schnell dem Verdacht der „Re-

lativierung“ ausgesetzt, von dem es zur Verdammung als „Leugner“ nicht weit war. Vertriebene etwa, die sich weigerten, ihre Erfahrungen des Jahres 1945 pauschal als „Befreiung“ einzustufen, hatten was auszuhalten.

Dann wiederum mischten sich, zur nicht geringen Irritation bundesdeutscher Gedenkkoffizier, mehr und mehr die Ostmitteleuropäer in die Debatte ein. Die hatten nämlich nicht vergessen, dass ihre Befreiung von der deutschen Besatzung übergang in die Zwangseinweisung in den sowjetkommunistischen Völkerknecht.

2019, als die Beziehungen zu Russland bereits stark auf dem absteigenden Ast heruntergerutscht waren, einigte sich das EU-Parlament auf eine Entschließung zum 80. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs – und zwar mit Datum vom 17. September. Ein deutlicher Fingerzeig, den man in der deutschen Debatte allerdings nicht so recht zum Thema machen wollte.

Es hilft nichts: Man kann sich des dumpfen Gefühls nicht entziehen, dass wir seit Jahrzehnten so eine Art „Gedenken nach Bündnislage“ praktizieren. Der Schriftsteller Martin Walser hat sich sehr unbeliebt gemacht, als er vor 25 Jahren in seiner Paulskirchenrede den „Missbrauch der Geschichte zu aktuellen Zwecken“ geißelte.

## Aufs Hühnerauge getreten

Der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, bezeichnete ihn daraufhin als geistigen Brandstifter. Das nahm Bubis später zwar ausdrücklich zurück, doch das nützte Walser ziemlich wenig. So ist das mit den deutschen Moralgerichten: Selbst wenn der Beschuldigte auch noch so feierlich freigesprochen wird, verbleibt er doch in den Ketten seiner vermeintlichen Schuld. Der mittlerweile 96-jährige Walser läuft seit der Rede mit dem Verdikt herum, „umstritten“ zu sein.

Von „Missbrauch“ wollen wir hier nicht reden. Müssen wir auch nicht, denn allein der Anschein des konjunkturell schwankenden „Gebrauchs“ von Geschichte steht schon quer genug zum hohen moralischen Anspruch, mit dem die jeweils aktuelle Sicht auf die Vergangenheit eingefordert wird – nebst heftigster Verurteilung der kleinsten Abweichung. Wer diesen Gebrauch aufdeckt, wie Walser es getan hat, der tritt auf ein Hühnerauge und wird das zornige Wehgeschrei der Getretenen seinen Lebtag nicht los.

—  
Der Schriftsteller Martin Walser hat sich sehr unbeliebt gemacht, als er den „Missbrauch der Geschichte“ geißelte



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)